Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

6. März 1974 Jg. 2 Nr. 5 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel.0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 43 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 6.3.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 3.3.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

1 500 DM monatlich steuerfrei!

und WEG MIT ALLEN INDIREKTEN STEUERN!

In diesem Jahr wird der Staat ein Viertel aller von der Arbeiterklasse produzierten Werte als Steuer einsacken (1/4 des Sozialprodukts). Der Anteil der Lohnsteuer am Steuergesamtaufkommen wird auf ungefähr ein Drittel anwachsen, denn die Lohnsteuereinnahmen wachsen bei 11 % Bruttolohnerhöhung um 22 %, also doppelt so stark. Aber nicht nur die Lohnsteuer, auch die sogenannten Sozialabgaben wachsen, so daß von jeder zusätzlich verdienten Mark nur 53 Pfennige übrig bleiben, also rund die Hälfte. (Zahlen nach Ifo Institut, in Süddeutsche Zeitung und FAZ vom 19.2.74) Und die werden von den Preissteigerungen mehr als aufgefressen. Denn bei einer Bruttolohnerhöhung von 11 %, von der netto nur 5,5 % übrigbleiben, bleibt real an Kaufkraft bei Preissteigerungen von ca. 10 % ein Lohnabbau von 4,5 %.

Damit nicht genug, denn in jedem Lebensmittel, das der Arbeiter kauft, zahlt er noch einmal die indirekten Steuern, die Mehrwertsteuer, die Salzsteuer, die Zuckersteuer, die Kaffeesteuer, die Biersteuer, die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer usw. Diese ganzen indirekten Steuern und die sonstigen Steuern, die die Kapitalisten direkt auf den Preis der Waren aufschlagen können, machen insgesamt noch einmal mehr aus als die direkten Lohnsteuern.

Weil das Anwachsen der Lohnsteuer von jedem Arbeiter auf dem Lohnstreifen sehr wohl auszurechnen ist, hat die Bundesregierung eine Steuerreform vorbereitet, um die Empörung über diesen Zustand abzuwehren. Allerdings ist die geplante Steuererleichterung für die Lohnabhängigen so gering, daß sie gerade im ersten Jahr das Wachstum der Lohnsteuer stopt, im nächsten Jahr wird die Lohnsteuer schon wieder anwachsen, und im Jahr darauf wieder schneller als vorher emporschnellen.

Die SPD will nun diese fantastische Steuerreform unbedingt frühestens Anfang 1975 einführen, damit sie gerade im Jahr der Bundestagswahl noch davon profitieren kann, während die CDU/CSU schon jetzt diese, und zwar im wesentlichen die gleiche Steuerreform fordert, um jetzt die Empörung auf ihre Mühlen zu leiten und der SPD das Wahlgeschenk zu rauben. Alle bürgerlichen Parteien betreiben den Wettkampf im Volksbetrug. Und währnd sie über den Zeitpunkt der Steuerreform sich ihre Gefechte liefern, werden schon die Pläne für die Erhöhung der indirekten Steuern ausgeheckt, worin sich ebenfalls alle bürgerlichen Parteien einig sind. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist eine praktisch beschlossene Sache, auf den günstigsten Moment warten sie noch, und sie werden sich sicher auch noch darüber ausgiebige Scheingefechte liefern.

Diesen betrügerischen Scheingefechten und der wachsenden Ausplünderung durch den Staat mittels direkter und indirekter Steuern muß die Arbeiterklasse mit eindeutigen Forderungen entgegentreten. In seinem Programm stellt der Kommunistische Bund Westdeutschland die Forderung auf: "Bestreitung der Staatsausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft." Das heißt: Weg mit allen indirekten Steuern. Monatlicher Steuerfreibetrag von mindestens 1 500 DM. Im Kampf um diese Forderungen kann die Arbeiterklasse das ganze werktätige Volk gegen die Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat vereinen. – Red. –



Frankfurt: Trotz Polizeibelagerung und Demonstrationsverbot

DEMONSTRATION GEGEN NOTSTANDSMASSNAHMEN UND WOHNRAUMZERSTÖRUNG

Über eine Woche lang machten Polizeiaufgebote die Stadt Frankfurt unsicher, um den breiten Protest gegen die volksfeindliche Politik des Frankfurter Magistrats und der hessischen Landesregierung zu brechen. Magistrat und Landesregierung, die seit Jahren den Ausverkauf der Stadt Frankfurt an Grundstückspekulanten und Mietwucherer fördern, ließen zunächst am 21. Februar 5 guterhaltene Wohnhäuser mit einem Polizeiüberfall auf die schlafenden Besetzer für den Abriß räumen. Diese Herren, die über Aufsichtsrats- und Vorstandsposten in Banken und Baugesellschaften selbst tief im Frankfurter Grundstücksgeschäft mit drin stecken, versuchten sodann die gewalttätigen Polizeiaktionen gegen die Protestkundgebungen großer Teile derBevölkerung als Schlacht für die Demokratie hinzustellen. Zumindest in Frankfurt, wo die Bevölkerung die Zusammenhänge kennt und die von diesen Herren verantwortete Wohnungsmisere am eigenen Leib spürt , ist dies Manöver mißlungen.

In einer bundesweiten Kampagne über Presse, Rundfunk und Fernsehen versuchten Landesregierung und Stadtmagistrat mit Unterstützung der Bundesregierung die Unordnung in der Stadt als das Werk von Linksradikalen hinzustellen. Linksradikale terrorisieren die Bevölkerung – so hießen die Schlagzeilen.

Als nach der gewaltsamen Räumung und dem polizeilich bewachten sofortigen Abriß der Häuser die Ersten sich in den Straßen zum Protest zusammenschlossen, wurden sie von großen Polizeiaufgeboten durch die halbe Innenstadt gejagt. Am folgenden Samstag kam ein angemeldeter Demonstrationszug zustande, an dem sich über 5 000 Menschen beteiligten. Viele Menschen aus den von der Wohnungsmisere betroffenen Stadtviertel schlossen sich dem Zug an. Überall, wo er vorbeikam, fand er Zustimmung in der Bevölkerung. Nachdem die Herren von der Stadt und der Landesregierung solcherart in der Meinung der Bevölkerung abgeschifft hatten, mußten sie durch das durch Polizeigewalt provozierte Chaos wieder in die Offensive kommen. Als ein Teil der Demonstranten sich vor den Trümmern der abgerissenen Häuser auf einen Zusammenstoß mit der Polizei einließ, benutzte diese die Gelegenheit zum Generalangriff auf die gesamte Demonstration und zur Errichtung eines regelrechten polizeilichen Belagerungszustandes während der gesamten folgenden Woche. Magistrat und Landesregierung erklärten, sie würden Demonstrationen in Frankfurt kaum mehr genehmigen. Doch sie hatten nicht gesiegt. Am Samstag wurde trotz Verbot eine Demonstration in der Innenstadt durchgeführt. Über 600 Bürger hatten mit ihrer Unterschrift zu der Demonstration aufgerufen. Die Unterschriften waren in den polizeilich belagerten Stadtvierteln und in der Innenstadt gesammelt worden. Trotz großem Polizeiaufgebot konnte sich die Demonstration immer wieder sammeln. Die Hetzkampagne und die Einschüchterung durch Polizei und Demonstrationsverbot, die zeitweise sich durchzusetzen schienen, konnten durchbrochen werden. – Red. –

Ausführl. Bericht Seite 8 und 9

Die Wahlniederlage der SPD

VORWÄRTS IM WIEDERAUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Bei den Bürgerschaftswahlen von Hamburg am 3. März hat die SPD ungefähr 10 % an Stimmen verloren und ihre bisherige absolute Mehrheit eingebüßt. Mehr als die Hälfte des Stimmenverlustes der SPD ist an die CDU gegangen, ein weiterer Teil an die FDP.

Eindeutig zeigt das Wahlergebnis die wachsende Unzufriedenheit mit der SPD-Stadtbürokratie, die verfilzt ist mit den Bodenspekulanten, die abgewirtschaftet hat in der Meinung der Bevölkerung, weil sie im eigenen und im Interesse der Kapitalisten gewirtschaftet hat. Die junge KBW-Ortsgruppe, die noch nicht kandidieren konnte, aber aktiv in den Wahlkampf eingriff, schildert dies eindrucksvoll in einem Bericht auf der nächsten Seite.

Am wenigsten bewußt ist diese Tatsache aber sicher den Wählern, die von der SPD zur CDU gewechselt haben. Denn die CDU ist genauso wie die SPD und die FDP mit den örtlichen Kapitalisten und Grundstückshaien verfilzt. Sie sind Parteien des Kapitals, und das wird desto offensichtlicher, je länger sie an der Regierung sind. Das trifft für alle Parteien gleichermaßen zu, wie man in CDU- oder CSU-regierten Ländern und Städten genauso sehen kann.

Doch die vielen Wähler, die der SPD treu geblieben sind, immerhin 45 % – ist es richtig, zu glauben, sie hätten die SPD nicht durchschaut als das, was sie ist: eine Partei, die vorgibt, die Interessen des Volkes und besonders der Arbeiter zu vertreten, und die doch nur nach den Interessen des Kapitals handelt? Sicher nicht. Ihnen ist nur deutlicher bewußt, daß ein Wechsel zur CDU oder FDP, zu einer anderen Partei des Kapitals, die politischen Verhältnisse nicht zum Bessern ändern kann.

Eine Veränderung zum Besseren, ein Ausbruch aus dem Betrugskarrussel der bürgerlichen Parteien kann nur gelingen, wenn eine wirkliche Alternative aufgebaut wird. Und diese Alternative kann nur der Aufbau der Kommunistischen Partei sein, den sich der Kommunistische Bund Westdeutschland zur Aufgabe macht. Mit dem Etikett der kommunistischen Partei kann dies nicht gelingen, wie das Wahlergebnis der DKP (2,2 %) zeigt, die als Schwanz der SPD auftritt, und das des Roten Morgen (0,3 %), den sicher nicht mal alle seine Wähler ernst nehmen.

Die Kommunistische Partei wird aufgebaut in den wirklichen Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes. Diese wirklichen Kämpfe sind gerade nicht mit dem Ziel zu führen, die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes in und durch bürgerliche Parlamente wahrzunehmen. Sie sind mit dem Ziel zu führen, daß die Arbeiterklasse als Führerin der Volksmassen ihre eigenen demokratischen Machtorgane schafft und zugleich die Staatsmaschinerie der Diktatur des Kapitals zerschlägt und die Ausbeuterherrschaft beseitigt.

Im Kampf für dieses Ziel muß die Kommunistische Partei aufgebaut werden und sich bewähren als Vorhut der Arbeiterklasse. Im Kampf um dieses Ziel wird sie sich auch an Wahlen beteiligen, um die Parlamente als Tribüne und Lautsprecher der Arbeiterklasse zu nutzen, um die Volksmassen zum Ansturm gegen die kapitalistischen Machtorgane zu sammeln. –bb–

Aus dem Inhalt

Genscherthesen
Bundesinnenminister Genscher plant ein Gesetz für den öffentlichen Dienst, das allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie bei den Beamten das Streikrecht nehmen, den Lohnkampf ausschließen und sämtliche gewerkschaftlichen und politischen Rechte beseitigen soll.
In die gleiche Richtung geht das vom Bundestag inzwischen beschlossene Personalvertretungsgesetz
Seite 2

Brandt fuhr in die Grube
Für einen Besuch von Bundeskanzler Brandt in der Kohlenzeche Minister Stein mußten sogar die Grubenstreben geweißelt werden. / Seite 3

Volksbegehren in den Ruhrstädten
Widerstand gegen Eingemeindung
Seite 3

88 % der Metaller in Bremen für Streik
Erfolgreiche Streiks bei Rheinstahl und Miele
Seite 4

Gespräch mit einem Kollegen von Opel Bochum
IG Druck Tarifrunde
Vorbereitung auf Gewerkschaftstage
Seite 5

Zahlreiche Lehrer solidarisieren sich mit dem Lehrer F.Güde
Seite 6

Kampf gegen Entlassung der Lehrerin Christiane Huth
Seite 7

Kämpfe der Jugend
Zum internationalen Kommunistischen Frauentag am 8. März
Seite 10

Der Verbrecher ist die bürgerliche Justiz
Wie der Kampf gegen die zunehmenden Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz zu führen ist. / Seite 11

Bürgerkriegsausbildung beim Bundesgrenzschutz
Wüstenkampf in der Bundesrepublik – Manöver Gordischer Knoten
Seite 12

Soldatenaufstand in Äthiopien
Freiheitskampf des Morovolkes auf den Philippinen
Hinrichtung in Spanien
Die spanischen Faschisten haben zwei Revolutionäre hingerichtet / Seite 13

Totes Rennen – Wahlen in England
Die SU–Imperialisten rüsten gegen die Volksrepublik China
Seite 14

Aufbau des Sozialismus in Albanien – Kinder in Albanien
Seite 15

Für den Sieg des kambodschanischen Volkes – Solidarität!
Seite 16

Hamburger Wahlkampf

STRASSENDISKUSSIONEN UND WAHLVERANSTALTUNGEN WURDEN ZUM FORUM DER KRITIK UND DER ANKLAGE

Diese ersten Landtagswahlen nach der Bundestagswahl 1972 haben sich in ihrem gesamten Verlauf von vorherigen Wahlen deutlich unterschieden. Die Bundestagswahlen von 1972 waren noch charakteristisch durch den vermeintlichen Gegensatz zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien. Die Arbeiter brachten ihre Ablehnung der Reaktion, ihr Eintreten für Frieden, Demokratie und Fortschritt durch die Wahl von Willy Brandt und der SPD und die Absage an die CDU zum Ausdruck. In Hamburg regieren Sozialdemokraten seit 1945 ununterbrochen. Das Volk hatte hier genügend Gelegenheit, sich über die Politik dieser Partei ein Bild zu machen. Hier kann es der SPD nicht mehr gelingen, ihre Politik als Alternative zur CDU herauszuputzen und als Politik des Fortschritts an den Mann zu bringen. Der Hamburger Bürgerschaftswahlkampf war von Anfang an bestimmt durch den Widerspruch des Volkes zur Politik **aller** bürgerlichen Parteien. Das kam darin zum Ausdruck, daß Straßendiskussionen und Wahlveranstaltungen zunehmend zum Forum der Kritik, der Anklage gegen die bürgerliche Politik wurden.

Den Demagogen der Sozialdemokratie war von vornherein klar, daß für sie auf dem Gebiet der großen Politik nicht viel zu holen ist. Arbeitslosigkeit, Inflation und Krise und vor allem die geplante Diätenerhöhung im Bundestag (die von Spitzenpolitikern der SPD einfach abgestritten wurde) sprechen eine klare Sprache. Sie verlegten sich darauf, zu erklären: "Wir geben zu, daß – wegen internationaler Entwicklungen – die Lage nicht rosig aussieht", um dann ihre "Leistungen" auf kommunalpolitischem Gebiet herauszustellen. Das war für sie garnicht günstig, wegen dieser "Leistungen" wurden sie immer wieder zur Rede gestellt, wobei das Volk ihnen keine Möglichkeit ließ, über konkrete Tatsachen hinweg ihr Heil in allgemeinen Ausflüchten zu suchen. Wahlveranstaltungen liefen in der Regel so ab:

Wirtschaftssenator Kern spricht im Stadtteil Langenhorn zum Thema "Hamburg – die humane Stadt". Langenhorn liegt in der Lärmzone des Hamburger Flughafens. Kern referiert über "die Bemühungen des Senats im Kampf gegen den Fluglärm": Verbot des sogenannten Umkehrschubs, Anlage von schalldämpfenden Pflanzengürteln, etc. Die Bewohner rechnen ihm vor, daß es sich in den vergangenen Jahren nicht verbessert, sondern alles nur verschlechtert hat: Der Lärm ist so stark, daß die Ziegel von den Dächern fallen. Beim Landen von Flugzeugen kann man in den Schulen und Wohnungen sein eigenes Wort nicht verstehen. Die vielgerühmten Pflanzengürtel verdörren wegen der starken Abgase. Kern hält diesen unbestreitbaren Tatsachen und Erfahrungen die Ausführungen des Behörden-Lärmschutz-Beauftragten entgegen. Seine Antwort mündet in der Versicherung: "Als Beamter ist er dazu verpflichtet, die Wahrheit zu sagen". Riesengelächter.

Wenig später kommt der 1. Bürgermeister Schulz in den Stadtteil und spricht dort zum gleichen Thema. Er hat vorsorglich 20 Ordner angeheuert, die die Taschen der Leute nach kommunistischen Flugblättern und Broschüren durchsuchen. Er hält eine ellenlange Rede, um die Diskussion abzukürzen. Es wird unruhig im Saal. Schulz wird aufgefordert, zu den Problemen der Langenhorner Stellung zu nehmen. Schulz verwahrt sich gegen die drängenden Fragen und Vorwürfe: "Das ist eine Wahlveranstaltung der SPD. Hier wird niemand zur Rechenschaft gezogen". Später kontert er die Vorwürfe der Bewohner mit Hinweisen auf die Zustände in der DDR. Ein Langenhorner ruft ihm zu: "Wollen Sie in der DDR Bürgermeister werden oder in Hamburg?" Beifall. Schließlich wird die Veranstaltung beendet mit den Worten: "Wer hier etwas anderes will als die SPD, der wird von Ordnern auf die Straße gesetzt".

Eine große Rolle im Wahlkampf spielten Wohnprobleme. Die Mieten in Hamburg gehören zu den höchsten der Bundesrepublik. Ganze Straßenzüge mit alten, aber verhältnismäßig billigen Wohnungen sind vom Abriß bedroht. Wohnungsbaugiganten wie die SAGA (städtisches Unternehmen) und Neue Heimat (Gewerkschaft) wollen an deren Stelle Büropaläste oder Wohnsilos mit unerschwinglichen Mieten setzen. Mehrere Mitglieder des Senats und der SPD-Fraktion sitzen im Vorstand oder Aufsichtsrat der Neuen Heimat (DGB-Vorsitzender Saalfeld; der ehemalige Innensenator Ruhnau; und Adalbert Höhne, Mitglied des Fraktionsvorstands). Das Stichwort "Neue Heimat" bringt überall die Menschen zur Weißglut. Im Stadtteil St. Pauli spricht Bausenator Cäsar Meister zum Thema "Sozialer Wohnungsbau". Cäsar Meister versucht, den Leuten zu erklären, daß die SAGA und die Neue Heimat keine kapitalistischen, sondern gemeinnützige Unternehmen seien. Das gelingt ihm nicht. Eine alte Frau ruft ihm unter dem Beifall der Anwesenden zu: "Nimm du doch meine Wohnung. Ich nehm dafür deine Villa".

Das sind drei Beispiele von vielen über SPD-Wahlveranstaltungen. Der CDU erging es nicht besser. Sie versuchte es damit, die berechtigte Empörung über die SPD-Politik aufzugreifen und ihrerseits das Blaue vom Himmel herunterzuversprechen. Damit kam sie überhaupt nicht an. Wenn CDU-Politiker Straßendiskussionen veranstalteten, bildeten sich häufig Trauben von Menschen, die alles, was sie über deren Schandtaten wußten, zur Sprache brachten: Berufsverbote, Chile, Schulpolitik in Schleswig-Holstein und Bayern usw. Die bürgerlichen Politiker sind nirgendwo mehr gern gesehen. Überall schafft sich der Zorn des Volkes über diese Bande Luft. Selbst auf den Fußballstadien: Als beim Fußballspiel HSV gegen Eintracht Frankfurt der Stadionsprecher die CDU-Spitzenkandidaten Echternach und Blumenfeld begrüßte, antworteten die 35 000 Zuschauer mit einem gellenden Pfeifkonzert. Beifall erntete der Sprecher, als er verkündete, daß Bürgermeister Schulz dem Spiel wegen politischer Verpflichtungen **fernbleiben** müßte.

Wir müssen feststellen: Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten sind dazu da, die Tatsache zu verwischen, daß eine kleine Zahl von Kapitalisten mitsamt dem ganzen Pack bürgerlicher Politiker das Volk ausbeutet und unterdrückt. Wahlen sind dazu da, dem Volk den Eindruck zu verschaffen, es könne durch die Macht des Stimmzettels etwas verhindern. Es war aber noch nie so, daß in bürgerlichen Staaten das Volk über Parlamente seinen Willen durchsetzen konnte. Es ist vielmehr immer so, daß über solche Parlamente die Herrschaft der Bourgeoisie abgesichert wird. Solche Parlamente sind nur scheinbar demokratisch. Sie sind nicht kontrollierbar, denn sie sind niemandem rechenschaftspflichtig. Das Volk kann die Abgeordneten nicht **jederzeit** abwählen, denn Wahlen finden nur alle 4 Jahre einmal statt. Und **abwählen** kann es diese "Volksvertreter" überhaupt nicht, denn wer ins Parlament kommt, darüber entscheiden die bürgerlichen Parteien durch Aufstellen ihrer Kandidatenlisten und Absprachen untereinander. Auf die Entscheidungen dieser Parteien hat aber die breite Masse des Volkes schon gar keinen Einfluß. Der ganze Schwindel mit den Wahlen funktioniert aber so lange, so lange das Volk ihn nicht durchschaut. Heute durchschauen diesen Schwindel schon viele Menschen. Wenn dieser Betrug aber schon nicht mehr so richtig funktioniert, dann ist das der Anfang vom Ende der bürgerlichen Herrschaft. Wenn die Menschen zu Wahlveranstaltungen schon nicht mehr gehen, um sich über ihre Stimmabgabe klar zu werden, sondern, um die bürgerlichen Politiker zur Rede zu stellen, dann ist das außerordentlich günstig. Auf solchen Wahlveranstaltungen machen die Menschen wichtige Erfahrungen: Die bürgerlichen Politiker beweisen in der Regel selber sehr gut, daß sie Betrüger sind, von denen eine Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Massen nicht zu erwarten ist, die aber das Blaue vom Himmel herunterversprechen, weil sie ganz genau wissen, daß sie dafür weder zur Rechenschaft gezogen noch kontrolliert werden können.

Auf diesen Wahlveranstaltungen und bei den Straßendiskussionen hatten wir ausgezeichnete Gelegenheit, den Menschen zu erklären, daß sich nichts ändert, solange sie nicht selber für ihre Interessen kämpfen, und daß in diesem Kampf die bürgerlichen Politiker ihre Feinde sind. Und daß das Volk Volksvertretungen braucht, wie sie im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland gefordert werden: Volksvertretungen, in denen jeder Abgeordnete dem Volk jederzeit rechenschaftspflichtig ist, und aus denen jeder Abgeordnete jederzeit abgewählt werden kann. Volksvertretungen, in denen alle Belange des Volkes entschieden werden können, und daß die Abgeordneten nicht mehr verdienen dürfen als ein Facharbeiter im Durchschnitt.

– L.P., Hamburg –

Das neue Personalvertretungs-Gesetz

DER PERSONALRAT WIRD ZUM BÜTTEL DES DIENSTSTELLENLEITERS

Ab 1. April soll ein neues Personalvertretungsgesetz in Kraft treten. Im Bundestag wurde das Gesetz von allen Parteien gemeinsam beschlossen. Es gehört zu einem Paket von Maßnahmen, Verordnungen und Gesetzen, die für den öffentlichen Dienst geplant oder schon beschlossen wurden. Alle diese Gesetze sollen die Entrechtung und Knebelung der Beschäftigen im öffentlichen Dienst sichern.

Was können die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst von diesem Personalvertretungsgesetz jetzt erwarten? Sichert es ihre Rechte gegenüber dem staatlichen Arbeitgeber? Gibt es – wie die ÖTV schreibt – "Mehr Einfluß für die Beschäftigten des Bundes"? Welche Interessenvertretung ist dabei herausgekommen, welches Gesetz ist verabschiedet worden, das die DGB-Führung in ihrem Wochenblatt "Welt der Arbeit" lobt: "Ein langer harter Kampf um eine fortschrittliche Gestaltung der betrieblichen Mitbestimmung hat seinen vorläufigen Abschluß gefunden"?

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen Vertretungen, die gegen den Staat ihre Forderungen klar und deutlich vertreten und durchsetzen können. Sie brauchen Instrumente, die sie gegen die Lohndrückerei, zunehmende Arbeitshetze, Rationalisierungen auf ihrem Rücken und gegen die politische Knebelung wirksam einsetzen können.

Die Regierung hat dagegen durch das Gesetz den Personalrat zum direkten Arm der staatlichen Dienststelle gemacht. Die Personalvertretung muß nach dem Gesetz die Aufgaben der Dienststelle erfüllen: "Dienststelle und Personalvertretung arbeiten ... vertrauensvoll ... zum Wohle der Beschäftigten **und zur Erfüllung der der Dienststelle obliegenden Aufgaben zusammen**". (§ 2)

Oberstes Gebot ist natürlich nicht die geradlinige Interessensvertretung der Arbeiter und Angestellten. Die Arbeit und der Frieden der Dienststelle darf nicht beeinträchtigt werden (§ 6b) Dabei muß sich die Personalvertretung so verhalten, daß das Vertrauen der Verwaltungsangehörigen in die Objektivität und Neutralität ihrer Amtsführung nicht beeinträchtigt wird. Wenn der Personalrat einseitig nur von den Interessen der Arbeiter und Angestellten ausgeht, und nicht gleichzeitig auch die Geschäfte der Dienststelle und der Vorgesetzten gegen die Kollegen betreibt, dann wird er als nicht neutral angeklagt werden. Außerdem hat er "Maßnahmen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen zu beantragen." Der Dienststelle nützt jegliche Sparmaßnahme auf dem Rücken der Kollegen. Wenn der Personalrat sich weigert, den verlängerten Arm der Dienststelle zu spielen, dann verstößt er gegen die Gesetze. Dann kann der Leiter der Dienststelle den Ausschluß eines Mitglieds aus dem Personalrat oder die Auflösung des Personalrates wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten beantragen (§ 28).

Der Unterdrückungsapparat Staat muß schlagkräftig sein für die, die an den Hebeln sitzen. Wenn seine Pläne den Betroffenen, den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst oder auch aller Lohnabhängigen insgesamt rechtzeitig und umfassend bekannt werden, können sie ihren Widerstand und ihren Kampf für ihre Interessen besser organisieren. Das will der Staat verhindern. Deshalb haben auch die Personalräte über die ihnen bei ihrer Arbeit "bekanntgewordenen Angelegenheiten und Tatsachen Stillschweigen zu bewahren" (§ 10). Eine Ausnahme gilt nur bei Sachen, die sowieso schon bekannt sind. Was schon allen bekannt ist, kann natürlich nicht mehr als geheim erklärt werden. Verlängerter Arm der Dienststelle, Friedens- und umfassende Schweigepflicht, das heißt für die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft "Mehr Einfluß für die Beschäftigten". Geworben wird außerdem für dieses Unterdrückungsgesetz mit der Behauptung: jetzt gäbe es umfassende Mitbestimmungsrechte, wo vorher nur papierner Protest für den Papierkorb des Chefs eingereicht werden konnte.

Wie steht es damit? Bei der wichtigsten Angelegenheit für die Kollegen, bei der Kündigung, "wirkt der Personalrat mit", d. h. der Personalrat kann widersprechen. Und das heißt natürlich nichts anderes: er kann ein Stück Papier schreiben, sonst heißt das überhaupt nichts. Dieser Widerspruch verhindert die Kündigung nicht.

Der Katalog der mitzubestimmenden Angelegenheiten wurde zwar erweitert, doch prüft man das Verfahren bei Auseinandersetzungen zwischen Dienststellenleitung und Personalrat nach, so endet man schnell bei einer sogenannten Einigungsstelle, die aus 7 Mitgliedern besteht, 3 von der obersten Dienstbehörde, 3 aus dem dort zuständigen Personalrat und einen sogenannten Neutralen, auf den sich die beiden Seiten einigen müssen, oder den bei Nichteinigung der Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes bestellt. Erfahrungen mit solchen Einigungsstellen gibt es wenige und die sind meist schlecht, weil dieses langwierige Verfahren so umständlich ist, daß man es meistens sein läßt.

Für Beamte ist der Spruch der Einigungsstelle sowieso nicht verbindlich. Der Leiter der Dienststelle kann jederzeit die Zustimmung des Personalrates unterlaufen. Er kann bei Entscheidungen "die der Natur der Sache nach keinen Aufschub dulden ... vorläufige Regelungen treffen."

Die Dienststelle trifft also ihre Entscheidungen, egal was der Personalrat zu sagen hat, und diese sind dann ausgeführt. Bis die Einigungsstelle dann vielleicht anders entscheidet, ist es längst zu spät. Der Personalrat hat keine Möglichkeit auf dem gerichtlichen Weg ein wesentlich kürzeres Verfahren durchzusetzen. Der Personalrat als Organ kann keine gerichtlichen Schritte einleiten.

Diese Mitbestimmung bringt den Arbeitern und Angestellten nichts. Neu ist dagegen die Mitbestimmung bei Richtlinien zur personallen Auswahl und bei Kündigungen. Das bedeutet schlicht, daß nun der Personalrat das Geschäft der staatlichen Dienststelle besorgen soll, z. B. bei Entlassungen bei Rationalisierung. Er soll sich überlegen, wen man am besten hinauswirft. Das ist die Mitbestimmung des Personalvertretungsgesetzes.

Dieses Personalvertretungsgesetz dient von vorn bis hinten der Unterdrückung der Lohnabhängigen.

Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht der Personalräte!

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!

Weg mit dem reaktionären Personalvertretungsgesetz!

Weg mit dem besonderen Dienstrecht

DER STAAT WILL DIE BEDIENSTETEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST VERSTÄRKT IN DEN GRIFF BEKOMMEN

Im öffentlichen Dienst wird eine umfassende Entrechtung geplant. Sie läuft unter dem Namen "Reform" und beruht auf den sogenannten "Genscher-Thesen", die von einer Kommission des Innenministeriums ausgearbeitet und vor einer Mehrheit verabschiedet wurden, unter anderen vom Genschers Staatssekretär Hartkopf, vom parlamentarischen Geschäftsführer der CSU, Wagner, vom Chef des Deutschen Beamtenbundes Krause, vom Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber, Herbst.

Wirtschaftsminister Friderichs drängte in einem Rundfunkinterview: Die Streiks und die zunehmende Unzufriedenheit im öffentlichen Dienst drängten jetzt, die "Genscher-Thesen" endlich in Gesetzen zu fassen. Der Staat soll die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verstärkt in den Griff bekommen. Wie soll das erreicht werden?

Die einzelnen Vorschläge der Genscher-Thesen sind:

- **"Für alle öffentlichen Bediensteten gelten die bisherigen Beamtenpflichten."**

Das bedeutet: Die bisher nur für die Beamten geltenden Einschränkungen demokratischer Rechte, wie die Beschränkung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der freien politischen Betätigung, sollen in Zukunft auch für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst gelten. Sie sollen an die rechtlose Lage der Beamten angepaßt werden. Hierdurch werden mehr als 3,2 Millionen Lohnabhängige wesentlicher demokratischer Rechte beraubt, um sie reibungslos für die Interessen des kapitalistischen Staates und zur Unterdrückung der wachsenden Unruhe unter dem Volk einsetzen zu können.

- **Abschaffung der Tarifautonomie und des Streikrechts für alle Beschäftigten. Anstelle von Lohnkämpfen und von Tarifverhandlungen sollen die Einkommen im öffentlichen Dienst "jährlich ... auf der Grundlage der Durchschnittseinkommen aller unselbständig Beschäftigten ... nachträglich auf der Grundlage des Vorjahres ... vom Parlament festgelegt werden", wobei das Parlament "aus haushalts- und konjunkturpolitischen Gründen nach oben oder unten abweichen kann."**

Die Möglichkeit der Beschäftigten, um die Erhaltung ihres Lebensniveaus zu kämpfen, soll liquidiert werden und stattdessen von der Gnade der Parlamentarier und der kapitalistischen Krisenpolitik abhängig gemacht werden. Daß dies für die Beschäftigten mit Sicherheit Lohnabbau bedeuten wird, zeigt das Verhalten aller im Bundestag vertreten Parteien: Während sie sich selbst Diätenerhöhunge um 5 517 DM gewährten, konnten sie nicht genug von Rücksichtnahme auf den Bürger usw. reden, um die Kampfentschlossenheit der Kollegen zu schwächen.

- **Die Bindung an die bestehende Gesellschaftsordnung soll durch die Verpflichtung zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen gefestigt werden, in denen "staatsbürgerliches Wissen vermittelt wird, da es den Beschaftigten hilft, ihren Pflichten zum Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung besser nachzukommen."**

Angesichts des Vertrauensschwundes weiter Teile der Bevölkerung in das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem versucht der Staat, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ideologisch aufzurüsten, um ein willfähriges Instrument zur Hand zu haben, wenn sich die Klassenkämpfe verschärfen.

- **Durch einen organisatorischen Umbau des öffentlichen Dienstes wird sichergestellt, daß die Beschäftigten "so optimal wie möglich und den Erfordernissen der Verwaltung entsprechend verteilt werden", ohne daß die Kollegen auf die Entscheidung Einfluß nehmen können; eine Beteiligung von Kollegen oder Personalrat bei der Entscheidung ist ausdrücklich ausgeschlossen.**

Dazu gehört auch die Berechnung des Lohns durch die analytische Arbeitsplatzbewertung. Für ältere Kollegen, die dem Leistungsdruck nicht standhalten oder keine den Anforderungen entsprechende Ausbildung erhalten haben, bedeutet das, daß sie weniger verdienen werden. Für alle Kollegen bedeutet es die Verfeinerung der Instrumente der Lohndrückerei und die Spaltung der Belegschaft, da jeder einen anderen Lohn erhält. 15 % der Beschäftigten sollen besondere Leistungszulagen bekommen und als gekaufte Büttel die anderen überwachen und bei der Arbeit antreiben helfen. Ein solches System ist bis jetzt von Hamburg und von der Bundespost erarbeitet worden. Nach jüngsten Äußerungen von Postminister Ehmke ist geplant, die Post "nach volkswirtschaftlichen Prinzipien zu strukturieren". Was das für die Postler bedeutet, kann man jetzt schon deutlich sehen: 28 000 Stellen sollen eingespart werden, am Arbeitsplatz werden Zeitmessungen vorgenommen, die Leistungsnormen wurden erhöht, die Pausenzeiten werden nicht mehr auf die Arbeitszeit angerechnet.

Doch Rationalisierung bedeutet nicht nur Kostensparen auf dem Rücken der Kollegen, sondern auch Abbau von öffentlichen Leistungen für die Bevölkerung: Im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen bei der Post sollen die Paketzustellung und die Geldzustellung zum Beispiel der Renten eingestellt werden.

Durch verstärkte Arbeitshetze und umfassende Entrechtung will der Staat seine Reihen schließen. Die Beschäftigten im Staatsdienst sollen im Dienst der Unterdrückungsmaschine Staat weiterhin wirksam funktionieren.

Das neue Dienstrecht soll die Trennung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von den anderen Teilen des Volkes verstärken und einen gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung verhindern. Der Kampf gegen die Genscher-Thesen muß geführt werden unter den Parolen:

Kein besonderes Dienstrecht im öffentlichen Dienst!

Volle Tarifautonomie und uneingeschränktes Streikrecht im öffentlichen Dienst!

Komitee gegen die Berufsverbote
Heidelberg

Brandts Grubenfahrt

"WENN SO EIN HOHES TIER WIE WILLY KOMMT, MUSS DIE FASSADE GLÄNZEN"

Am Freitag, den 1. März, unternahm der Bundeskanzler Willi Brandt auf der Zeche Minister Stein eine Grubenfahrt, zusammen mit: Adolf Schmid, Vorsitzender der IG Bergbau; Bund, Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrkohle AG, und anderen hohen Tieren. Von der Werksdirektion aus war die Grubenfahrt dadurch vorbereitet worden, daß die Fassade der Zeche aufgemöbelt wurde. Schrott, der seit Jahren rumlag, mußte plötzlich weggeschafft werden. Die Wiese, auf der der Hubschrauber landete, mußte gefegt werden. Zum ersten Mal seit Jahren wurden die Fenster der Übertagewerkstätten von Fensterputzern geputzt. Der Raum, in dem Brandt zu Mittag speiste und in dem er eine Pressekonferenz gab, wurde total renoviert.
Untertage sah es noch schlimmer aus. Die Strebe in der 4. und 5. Sohle, die Brandt besichtigte, wurden mit Steinstaub-Bindemittel gestrichen. Das sah da so ähnlich aus, als wenn man sein Zimmer weiß streicht. Ansonsten ist der Staub da so dicht, daß man seine Hand nicht vor den Augen sieht. Die Kumpels, die in der 4. und 5. Sohle arbeiten, mußten am Freitag in andere Sohlen einfahren. Stattdessen wurden ausgesuchte "Kameraden" (hauptsächlich Steiger) dort eingesetzt, falls Willi tatsächlich mal einen fragen sollte. Natürlich wurde erst alles nach Bomben abgesucht. Die Hysterie der Werksleitung ging so weit, daß der Sprengmeister am Freitag noch nicht einmal Munition bekam.
Die meisten Kumpels hielten von der Art der Vorbereitung nicht viel. Einige, die noch Illusionen über die Rolle von Brandt hatten, meinten: wenn jetzt alles so sauber und aufgeräumt ist, glaubt der Willi garnicht, daß die Arbeit hier schwer ist. Der Großteil der Kumpels war einfach sauer über die anfallenden Arbeiten, wofür einige Überstunden schieben mußten. Viele fragten sich: Wenn so'n hohes Tier wie Willi kommt, muß die Fassade glänzen, und wenn wir kommen?

ist, glaubt der Willi garnicht, daß die Arbeit hier schwer ist. Der Großteil der Kumpels war einfach sauer über die anfallenden Arbeiten, wofür einige Überstunden schieben mußten. Viele fragten sich: Wenn so'n hohes Tier wie Willi kommt, muß die Fassa-

Die erste freundliche Reaktion, als Willi ankam, war, daß sich einige Schulklassen und SPD-Mitglieder am Zaun aufgestellt hatten, und riefen: Wir wollen Willi sehen! Während drinnen Kumpels, die zu der Zeit Pause hatten, sich über das starke Polizeiaufgebot wunderten, und nicht wußten, was das Ganze sollte.
Nachdem Brandt mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes um cirka 10 Uhr gelandet war, fuhr er für 2 bis 3 Stunden ein. Danach gab er eine Pressekonferenz bis 14 Uhr.

DIE REDE VON WILLI BRANDT VOR DER BELEGSCHAFT:

In unserer Betriebszeitung "Roter Kumpel" hatten wir Brandts Grubenfahrt als billige Propaganda eingeschätzt. Als solche stellte sie sich heraus. Angefangen damit, daß er die Arbeit des Bergmanns als die schwerste einschätzte, nach dem, was er gesehen hätte. Sofort danach lobte er die "mustergültige Disziplin" der Kumpels in den letzten Jahren, als es der armen Ruhrkohle AG doch so schlecht ging. Wie partnerschaftlich sich doch da die IG Bergbau erwiesen hätte. (Das war eine Anspielung auf die letzten Tarifrunden im Bergbau, die von der IG-Bergbau-Führung regelmäßig abgewürgt wurden. Letztes Jahr: Lohnabschluß von 9,6 %, 12 Monate Laufzeit, geforderte Urabstimmung nicht durchgeführt. Gefordert wurde von den Kollegen 11 bis 15 % und kürzere Laufzeiten.) Brandt meinte dann weiter, daß die Regierung in Zusammenarbeit mit der IG Bergbau das Energieprogramm ausgearbeitet hätte, das dem Kumpel endlich Gewißheit über seine Zukunft verschaffen würde. Das Energieprogramm der Bundesregierung bringt zwar dem Kumpel Gewißheit, und zwar die, daß noch stärker rationalisiert wird, und daß noch mehr

arbeitet hätte, das dem Kumpel endlich Gewißheit über seine Zukunft verschaffen würde. Das Energieprogramm der Bundesregierung bringt zwar dem Kumpel Gewißheit, und zwar die, daß noch stärker rationalisiert wird, und daß noch mehr

Schachtanlagen geschlossen werden. So meinte Brandt dann auch noch, er fände es voll und ganz richtig, wenn Schachtanlagen, die unrentabel sind, geschlossen würden. Zur Mitbestimmung meinte er: Durch Mitbestimmung wird ein Betrieb rentabler, und es werden noch bessere Mitarbeiter herangebildet. Dann sprach er noch über die sozialen Leistungen, von denen man aber nie viel merkt. Besonders viel Platz nahmen die Pläne ein, die er hatte. Was er da nicht alles versprach. Zum Schluß meinte er noch, er würde immer ein guter Freund der Bergarbeiter bleiben. (Daran wird man sich erinnern, wenn jetzt Ende März Tarifverhandlungen sind, ob er dann wohl sagt: Lohnerhöhungen, so viel es geht, oder ob er dann nicht sagt: stabilitätsgerechte Tarifabschlüsse.)
In der Schwarzkaue, in der er seine Rede gehalten hat, waren cirka 2 000 Menschen. Ungefähr die Hälfte davon dürften Kumpels gewesen sein. Der Rest Angestellte und Gäste, die auch das Klatschen für die Kumpels übernahmen. Dadurch kam es, daß Willi sogar Applaus erhielt. Denn der überwiegende Teil der Kollegen interessierte das Ganze kaum. Sie warteten darauf, daß das Kau leer wird und sie sich umziehen konnten.

Erläuterungen:
Sohle: Ein Höhengebiet unter Tage (z.B. von 200 bis 300 m u.T. geht die 1. Sohle).
Streb: Gang unter der Erde, in dem auch Kohlen gefördert werden.
Schwarzkaue: In Zechen gibt es zwei Kauen; eine Weißkau und eine Schwarzkaue. In der Weißkau hängt man seine Unterwegssachen auf den Bügel und geht dann in die Schwarzkau, wo die Arbeitsklamotten an Haken an die Decke gezogen werden. Daher sind die Schwarzkauen auch sehr hoch und groß. Deswegen werden Schwarzkauen oft als Versammlungsort genommen.

Bergbauzelle des KBW, Ortsaufbaugruppe Dortmund / F.K., Lehrling auf Minister Stein

sehr hoch und groß. Deswegen werden Schwarzkauen oft als Versammlungsort genommen.

Bergbauzelle des KBW, Ortsaufbaugruppe Dortmund / F.K., Lehrling auf Minister Stein

Versuche mit Menschen

KREBSFORSCHUNG AN SCHWANGEREN FRAUEN

Durch den "Kommentar", die Betriebszeitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland am Krebsforschungszentrum in Heidelberg, kam ans Tageslicht, daß am Institut für Nuklearmedizin ohne ausreichende Aufklärung an schwangeren Frauen Experimente mit radioaktivem Material durchgeführt wurden.
In einer breit angelegten Versuchsreihe wird schwangeren Frauen radioaktives Indium eingespritzt. Mit diesem Stoff, der Strahlen aussendet und im Mutterkuchen gespeichert wird, soll die Durchblutung und die Funktion des Mutterkuchens durch ein spezielles Gerät aufgezeichnet und beurteilt werden. Es geht darum, herauszufinden, ob die Funktion des Mutterkuchens auch mit Hilfe der Nuklearmedizin, einem neuen und technisch sehr aufwendigen Zweig der Medizin, untersucht werden kann. Neben dieser Methode gibt es auch eine ganze Reihe anderer Untersuchungsmöglichkeiten.
Man spricht davon, daß für diese Experimente mindestens 400 bis 600 Frauen untersucht wurden. Eine genaue Zahl ist nicht bekannt, da das Material von den verantwortlichen Wissenschaftlern immer noch nicht offengelegt worden ist.
Es ist wichtig, daß die Empörung der Betroffenen und aller Menschen, die bisher von diesen Schandtaten erfahren haben, sich nicht in erster Linie gegen die Verwendung von radioaktivem Material richtet. Das wirklich Empörende an diesem Vorgehen ist, daß die Frauen, ohne daß sie ausreichend über die Experimente aufgeklärt worden wären, als menschliche Versuchskaninchen verwendet wurden.
Das Geschwätz der Mediziner und Wissenschaftler von "im Dienst des Menschen stehen" entlarvt sich mit aller Deutlichkeit. Was wir schärfstens anprangern und verurteilen, ist, daß mindestens 400 Frauen, bei denen zum Teil überhaupt kein Hinweis auf eine Schädigung des Mutterkuchens vorlag, ohne ihr Wissen als menschliche Versuchskaninchen dazu dienten, zu erproben, ob eine neue Untersuchungsmethode des Mutterkuchens verläßliche Ergebnisse bringt, was natürlich Experimente sind. Es entspricht den Tatsachen, daß bei einem Teil der Frauen überhaupt kein Grund für die Untersuchung des Mutterkuchens vorlag, denn ein Teil der Frauen diente innerhalb der Versuche als sogenannte Kontrollgruppe. Und was heißt denn Kontrollgruppe? Nichts anderes, als daß Patienten mit Krankheitssymptomen mit gesunden Patienten verglichen werden.

WEM NÜTZEN ALSO DIESE EXPERIMENTE?

In erster Linie nützen sie der Karriere dieser bürgerlichen Wissenschaftler und der zielstrebigen Suche nach ihrem eigenen Vorteil. Deswegen können wir auch verstehen, weshalb die Frauen nicht über die Experimente aufgeklärt wurden. Denn dann hätte sich wohl niemand für solche Versuche mit Radioaktivität hergegeben. Das ganze Projekt wäre gescheitert und der persönliche Ruhm dieser Herren Wissenschaftler wäre flöten gegangen.
Die Wissenschaftler benutzen die Kassenpatienten ohne deren Wissen; alles einzig und allein im Dienste ihrer Karriere. R.F., Heidelberg

Bauschutt im Krankensaal

FÜR "ALLE FÄLLE": TETANUS–IMPFUNGEN

Heidelberg. In der Heidelberger Universitäts-Frauenklinik werden seit während ihrer Renovierung acht Tage lang geschlossen werde. Vier Tage

Bauschutt im Krankensaal

FÜR "ALLE FÄLLE": TETANUS–IMPFUNGEN

Heidelberg. In der Heidelberger Universitäts-Frauenklinik werden seit November die Dritte-Klasse- Stationen renoviert. Während die ersten beiden Stationen renoviert wurden, waren sie noch mit Patienten belegt. "Als ich auf die Station kam, dachte ich, ich wäre auf einer Baustelle statt in der Klinik", sagte eine Patientin. Und so sah es auch aus: Der Bauschutt lag auf dem Boden herum, Geräte und Schränke verstellten den Gang, der herumwirbelnde Staub drang in alle Ritzen und die Hämmer und Schlagbohrer dröhnten den Patientinnen von morgens bis abends die Ohren voll. Die Gefährdung durch den Dreck ist so hoch, daß man inzwischen dazu übergegangen ist, alle Patientinnen vor der Operation gegen Wundstarrkrampf zu impfen. Aber wer garantiert ihnen, daß nicht irgendwelche andere gefährlichen Keime in ihre Wunde kommen?
Als die ersten zwei Stationen fast fertig waren und klar wurde, daß die Klinikleitung nicht vorhatte, bei der Renovierung der nächsten Stationen anders zu verfahren, benachrichtigten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Klinik den Personalrat und sammelten Unterschriften für eine Personalversammlung der Frauenklinik. Der Klinikchef Kubli bestellte daraufhin zwei der drei Vertrauensleute zu sich, um sie einzuschüchtern, woraufhin einer auch zurücktrat. Aber trotz der Hetze der Klinikleitung unterschrieb eine Station geschlossen. Offensichtlich hatte Kubli große Angst vor einem geschlossenen Vorgehen der Kollegen und wollte auf alle Fälle einer Personalversammlung zuvorkommen, auf der er vor allen Kollegen hätte Rede und Antwort stehen müssen. Darum bot er von sich aus an, daß die nächste Station während ihrer Renovierung acht Tage lang geschlossen werde. Vier Tage später wurde der einen Vertrauensfrau, die sich besonders für die Unterschriftensammlung eingesetzt hatte, gekündigt. Unter dem Vorwand, man brauche die Planstelle, auf der sie als Schwesternhelferin arbeitet, für eine Vollschwester, sollte eine politische Kündigung durchgesetzt werden. Diese Entlassung rief unter der Belegschaft der Frauenklinik große Empörung hervor, und als sie in den anderen Universitätskliniken bekannt wurde, kamen aus vielen Kliniken Protestresolutionen, die die Zurücknahme der Entlassung der Vertrauensfrau forderten. Die Heidelberger Tagespresse und der Süddeutsche Rundfunk schalteten sich ein. Selbst der mehrheitlich sozialdemokratische Personalrat sah sich gezwungen, eine Stellungnahme gegen diese Entlassung abzugeben, von der allerdings die Kollegen nie etwas zu sehen bekamen. Im übrigen zeigte sich die wahre Einstellung des Personalratsvorstandes, als die Jugendvertreter eine Jugendversammlung wegen der Entlassung der Vertrauensfrau, die noch Jugendliche ist, einberufen wollten. Er riet dem Verwaltungsdirektor, die Jugendversammlung nicht zu genehmigen, da sie Unruhe in den Kliniken verursachen würde. Die Versammlung fand daraufhin in einer Wirtschaft statt und verabschiedete eine Resolution, in der der Personalrat aufgefordert wurde, keiner weiteren Einstellung einer Schwesternhelferin zuzustimmen, bis die entlassene Vertrauensfrau nicht wieder eingestellt ist, da ja die Begründung der Kündigung war, daß man sie nicht mehr brauche, weil sie nur Schwesternhelferin und nicht Vollschwester ist. L.,Hdb.

Trotz Scheitern Volksbegehren in NRW ein Erfolg

Am 26.2.1974 ging das Volksbegehren gegen die geplante Gebietsneuordnung des Ruhrgebiets zu Ende. Das Ziel ist nicht erreicht worden: ein Volksentscheid wird nicht durchgeführt. Trotzdem war es ein Erfolg: In Wattenscheid schrieben sich über 71,4 % und in den linksrheinischen Gemeinden wie z. B. Rheinhausen über 60 % oder Wesseling bei Köln 83 % in die Listen ein. Damit hat das Volksbegehren klar bewiesen: Die große Mehrheit der Bevölkerung in den Gemeinden, die von den Eingemeindungen betroffen sind, ist gegen die Gebietsneuordnung der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Doch die Stimmenzahl von 2,4 Millionen, die nach den Gesetzen erforderlich ist, wurde nicht erreicht. Denn in den großen Städten trug sich nur ein verschwindend geringer Teil in diese Listen ein. In Dortmund waren es nur 385.

In den von der Eingemeindung betroffenen Gemeinden war den meisten Bewohnern von vornherein klar, man muß gegen die Eingemeindung stimmen, denn eine Eingemeindung bringt nur Verschlechterungen der Lebenssituation und Einschränkung der Rechte: Weniger soziale Einrichtungen, schlechtere Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz, teuerere Wohnungen durch Sanierungen und noch weniger Möglichkeiten, von den sogenannten Volksvertretern im Stadtrat Rechenschaft zu verlangen. Daß in den betroffenen Gemeinden so viele Menschen das Volksbegehren unterstützten und die Beteiligung zum Teil höher war als bei den Kommunalwahlen ist ein klares Votum der Volksmassen für die Erhaltung der selbstverwalteten Gemeinden.

Die Landesregierung und die drei Landtagsparteien besitzen die Unverschämtheit, ihre Gemeindeneugliederung gegen diesen klar geäußerten Volkswillen durchzuziehen. Ihre Gebietsneuordnung besteht darin, aus der großen Zahl eigenständiger kleiner und mittlerer Städte, eine geringe Zahl riesiger "Superstädte" zu machen. Diese "Superstädte" bieten für das Volk überhaupt keinen Vorteil. Nur für die Kapitalisten und die Regierung wird durch diese Zentralisierung die Situation verbessert. Sie können ganze Wohnviertel abreissen und Fabriken hinsetzen, ohne den umständlichen Weg über die eigenständigen Gemeinden zu gehen, d. h. ohne ihre Politik vor den Bewohnern der Städte rechtfertigen zu müssen.

Die Aktion Bürgerwille hat das Volksbegehren durchgeführt. In ihr haben vor allem die örtlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien und verschiedene lokale Kleinkapitalisten den Protest gegen den Gebietsneuordnungsentwurf der Landesregierung angeführt. Ihr Motto war: Mehr Mitbeteiligung der Bürger. Sie schlugen vor, nicht wenige Superstädte, sondern einen Super-Regionalverband aufzubauen.
Auf den Versammlungen redeten die Sprecher der Aktion Bürgerwille ungeheuer radikal und demokratisch: direkte Demokratie gegen die diktatorischen Maßnahmen der Parteienspitzen. Den Führern der Aktion Bürgerwille konnte es aber nicht gelingen, dem Volk ihre Vorstellungen als eine Alternative zu den Vorschlägen der Landesregierung zu erklären. Denn tatsächlich war es keine Alternative. Was die Aktion Bürgerwille vorgeschlagen hatte, war im Grunde nur, daß alles so wie bisher bleiben sollte.
Der Kampf gegen die Eingemeindungen und für selbstverwaltete Gemeinden kann nur entschieden geführt werden als Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung. Im Kampf für die ungeteilte Volksherrschaft gegen die Bourgeoisie und ihren Staat liegt die wirkliche Alternative. P., Dortmund



Am Donnerstag, dem 28 Februar, fand im Landtag von Baden-Württemberg die erste Lesung des Gesetzes zur Gemeindereform statt. Zu diesem Anlaß kamen aus allen Teilen des Landes ca. 2 500 Menschen nach Stuttgart, um gegen die Pläne der CDU-Landesregierung zu demonstrieren. In Sprechchören und auf Transparenten sprachen sie sich gegen "Reformen am grünen Tisch", gegen "diktatorische Maßnahmen der Landesregierung" und für das Recht auf Selbstbestimmung der Gemeinden aus. Anschließend zog ein Teil der Demonstranten zum Landtagsgebäude, wo einige Abgeordnete, u. a. Innenminister Schieß, in heftige Diskussion verwickelt wurden.

»Bild« hetzt gegen Streiks

ES FLUCHTE KEINER UND KEINER GING ZU FUSS

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 4/74 stand, daß während des ÖTV-Streiks die Bild-Zeitung in Freiburg erschien mit der Schlagzeile "Freiburg flucht und geht zu Fuß". Auch in Göttingen und Hannover, vermutlich in allen größeren Städten der BRD, erschien die Bild-Zeitung mit der gleichen Schlagzeile, entsprechend abgewandelt: "Göttingen flucht ...", "Hannover flucht ...". Wäre es nach den Bild-Schreiberlingen gegangen, so hätte an diesem Tag jede Großstadt geflucht und wäre zu Fuß gegangen.
Die Wirklichkeit sah anders aus: Nicht Ablehnung, sondern breite Sympathie für die Streikenden, das war die Reaktion der Bevölkerung. Zu diesem Ergebnis kam auch die Lokalpresse, die "Gespräche mit den Bürgern" geführt hatte.
Diejenigen, die "fluchend zu Fuß gingen", das waren die Kapitalisten und ihre Schreiberlinge, und auch hier sagt die Bild-Zeitung nur die halbe Wahrheit, denn diese Leute fluchten zwar mächtig über die Streiks, sind aber nur selten auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen und gehen deshalb auch nicht zu Fuß!

Fazit: Keine Lüge ist den Kapitalisten zu plump, kein Betrugsmanöver zu schäbig, wenn es darum geht, Teile des Volkes gegeneinander aufzuhetzen. Daß ihnen sowas immer weniger gelingt, zeigt die Ohnmächtigkeit ihrer Wut.

– D.W., Göttingen –

88% für Streik

KOLLEGEN SAMMELN UNTERSCHRIFTEN FÜR EINE FESTGELDFORDERUNG FÜR ALLE GLEICH

Bremen, 2. März. Am letzten Donnerstag und Freitag haben 88 % der Bremer Metaller für Streik gestimmt. Der Schlichtungsvorschlag in Bremen hieß: 14 % mehr Lohn und 2 Tage mehr Urlaub. Der Schlichtungsvorschlag bedeutet auf den Ecklohn gerade 140 DM mehr, erheblich unter dem Mindestbetrag im öffentlichen Dienst.

Die IG-Metall-Tarifkommission stimmte zu, die Kapitalisten aber lehnten ab. Als sie später das 11-%-Angebot wie in Nordrhein-Westfalen vorschlugen, wagte es die IG-Metall-Führung noch nicht so schnell, den Lohnraub mit den Kapitalisten perfekt zu machen.

Die IG Metall muß den Abschluß noch hinauszögern und viel Wind machen, um das Vertrauen der Metaller nicht ganz zu verspielen. So ganz einfach geht das nicht: Erst 18 % als Forderung aufstellen und dann sang- und klanglos bei 11 bis 12 % abschließen.

Daß die Schlichtung gescheitert ist und am letzten Donnerstag und Freitag die IG Metall die Urabstimmung durchführen mußte und Streikvorbereitungen treffen mußte, hat eine ausgezeichnete Situation geschaffen, in der die Arbeiter selbst wieder die Initiative im Lohnkampf ergreifen können, die ihnen die IG Metall für Monate in dem Verhandlungstheater und in der Schlichtung entrissen hatte, weil die IG Metall gezwungen ist, die Arbeiter zu mobilisieren. Daß die Schlichtung gescheitert ist, obwohl die IG Metall dem Schlichtungsvorschlag schon zugestimmt hatte, hat die IG Metall gezwungen, wieder die ursprüngliche Forderung auf den Tisch zu bringen und in der Urabstimmung über Streik unter dieser Forderung abstimmen zu lassen. Das ist gut, weil es der IG Metall den Weg zu den geplanten 12 % schwierig macht.

Jetzt sieht die Lage so aus: Bei der Urabstimmung haben 88 % der Metaller für Streik gestimmt. In verschiedenen Betrieben haben die Arbeiter selbst die Initiative ergriffen, erneut die Forderungen beraten, unter denen sie kämpfen wollen, die Organisierung des Streiks besprochen und erste Streikmaßnahmen selbständig organisiert.

EINE FESTE MINDESTFORDERUNG DURCHSETZEN!

Bei VFW-Mitte (Flugzeugwerk) haben 100 Kollegen in einer Unterschriftensammlung einen festen Mindestbetrag für alle in Höhe von 185 DM gefordert, das entspricht 18 % auf den Ecklohn. Ebenso die meisten Lehrlinge bei der Großwerft AG Weser, die unter dieser Forderung die einheitliche Streikfront der älteren Kollegen mit den Lehrlingen herstellen wollen. Bei der Bremer Vulkan-Werft haben Vertrauensleute die 185-DM-Forderung aufgegriffen und in zwei Tagen über 200 Unterschriften dafür gesammelt. Bei Nordmende (Radio-Fernseher-Werk) sind an einem Tag dafür hundert Unterschriften zusammengekommen. In allen Metallbetrieben wird ein fester Mindestbetrag für alle Kollegen diskutiert. Der Kampf der Kollegen im Öffentlichen Dienst, die einen festen Mindestbetrag erzwungen haben, hat den Metallern gezeigt, wie gut es ist, sich unter einer solchen Forderung zusammenzuschließen, und hat die Debatte um die Forderungen und **gegen die Prozentspaltung** erneut vorangetrieben, was der IG-Metall-Führung garnicht lieb ist. Wenn es zum Streik kommt, muß die Forderung nach einem festen Mindestbetrag zur Kampfforderung der Metaller werden; das ist Voraussetzung für die Selbständigkeit der Metaller im gewerkschaftlich organisierten Streik und für die Weiterführung des Lohnkampfes nach dem Tarifabschluß. Wie sehr die sozialdemokratischen IG-Metall-Funktionäre diese Forderung fürchten, zeigte sich bei Nordmende, wo zwei Kollegen, die für 185 DM Unterschriften sammelten, vom SPD-Betriebsrat der Gewerkschaftsausschluß angedroht wurde.

ÜBERSTUNDEN VERWEIGERT

Bei Lloyd-Dynamo, einem Elektro-Mittelbetrieb, wo die Kollegen zum Teil durch Überstundenzwang einen Zwölf-Stunden-Tag haben, verweigern seit Anfang letzter Woche 300 Kollegen jede Überstunde. Auf dem Bremer Vulkan haben die Werftarbeiter am letzten Donnerstag auf ihren Branchenversammlungen beschlossen, daß auf der ganzen Werft vorerst keine Überstunden mehr gemacht werden. In anderen Betrieben laufen seit Wochen die Bänder langsamer (Hanomag-Henschel, Siemens). Beim Bremer Vulkan haben die Arbeiter auf Branchenversammlungen eine ganz ausgezeichnete Kampfmaßnahme beschlossen: Sie wollen den Großtanker, der am Ausrüstungskai der Werft liegt, besetzen und auf dem Tanker eine Betriebsversammlung machen, falls die Vulkan-Kapitalisten versuchen sollten, den Tanker noch vor dem Streik aus Bremen abzuschleppen und im Ausland fertigmachen zu lassen, was gerüchteweise aus den Vorstandsetagen drang. Der fast fertige Großtanker ist ein ausgezeichnetes Druckmittel in den Händen der Arbeiter im Streik, und die Kollegen sagen: "Der Pott darf nicht raus!"

Die Kapitalisten, die wohl unsicher sind, ob es nicht doch zum Streik kommt, haben in der letzten Woche mit Drohungen, Erpressungen und Rechentricks eine umfassende Kampagne gegen den Lohnkampf der Metaller organisiert. Gleichzeitig haben sich einzelne Kapitalisten auf die Aussperrung vorbereitet.

Aber die Lügen, Drohungen und die Hetze haben nichts ausrichten können. Allein bei den Lehrlingen hatten die Kapitalisten teilweise Erfolg, indem sie die Unterschrift der Lehrlinge unter ein Papier erzwangen, in dem steht: Mir ist bekannt, daß mein Lehrverhältnis aufgelöst werden kann, wenn ich am Streik teilnehme. Bei BWM (Bremer Werkzeug- und Maschinenbau) haben die organisierten Lehrlinge diese erpresserischen Unterschriften verweigert. Insgesamt haben die Kapitalisten alles vorbereitet, um die Lehrlinge im Streik in den Betrieben zu behalten und zum Streikbruch zu zwingen. Beim Bremer Vulkan wurden an alle Lehrlinge Streikausweise verteilt.

Die IG-Metall-Führung hat alles getan, um die Metaller aus der Vorbereitung des Streiks rauszuhalten und den ganzen Kampf zu einer Niederlage für die Metaller zu organisieren. Bei der Urabstimmung haben 88 % der Metaller für Streik gestimmt; dennoch wurde der Streikbeginn auf Mittwoch, 7. März, rausgezögert, um noch genügend Zeit zu Verhandlungen und zum Einigwerden mit den Kapitalisten zu haben. Die IG-Metall-Führung will keinen Streik!

Jetzt geht es darum, die Verzögerungstaktik und die Spaltungsversuche nach dem eindeutigen Streikvotum zu durchbrechen und überall Streiks zu organisieren. Dabei muß überall die Forderung nach einem festen Mindestbetrag aufgestellt werden.

W., Bremen

7Gewerkschaftstage

WELCHE ANTRÄGE SOLLEN ZU DEN GEWERKSCHAFTSTAGEN AUFGESTELLT WERDEN?

Zur Zeit finden in sieben Einzelgewerkschaften Antragsberatungen und Delegiertenwahlen für die Gewerkschaftstage statt.

Es sind dies die Gewerkschaftstage:
4. Juni Erziehung und Wissenschaft in Mainz,
1. September Nahrung–Genuß–Gaststätten in Wolfsburg,
8. September Gartenbau–Forsten in Offenburg,
15. September IG Metall in Hannover,
27. September IG Bergbau und Energie in Essen,
13. Oktober IG Druck und Papier in Hamburg,
20. Oktober Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg,
4. November Textil und Bekleidung in München.

Der Gewerkschaftstag ist das höchste Gremium jeder Einzelgewerkschaft. Seine wesentliche Aufgabe ist, die Politik für die kommenden drei Jahre festzulegen.

Wahl der Delegierten und Antragsfristen sind jeweils in der Satzung festgelegt; bei der IGM zum Beispiel kommen auf 5 000 Mitglieder ein Delegierter. Anträge können hier stellen die Vertreterversammlung der Verwaltungsstellen, der Vorstand, der Ausschuß, der Angestellten-, Frauen-, Jugend- und der Handwerksausschuß des Bundes. Die Anträge müssen (zum Beispiel bei der IGM 15 Wochen) vorher dem Vorstand eingereicht werden. Sie sind 8 Wochen vorher den Mitgliedern bekannt zu geben. Anträge können zu allen die Gewerkschaft und die Gesellschaft betreffenden Fragen gestellt werden.

Die Kollegen sollten die Anträge rechtzeitig und gewissenhaft beraten und nicht nur die Hauptamtlichen als Delegierte entsenden.

Hauptpunkte der Auseinandersetzung auf dem letzten Gewerkschaftstag der IGM im September 1971 in Wiesbaden waren zum Beispiel Anträge, die sich richteten gegen die Konzertierte Aktion, gegen die Schlichtung, für aktive Lohnpolitik, mehr Urlaub, für die Verankerung der Vertrauensleute in der Satzung. Über einen Großteil der Anträge konnte dann allerdings nicht abgestimmt werden. Sie wurden von der Antragsberatungskommission zu einer Entschließung zusammengefaßt, in der vom jeweiligen Inhalt des Antrages oft kaum noch was zu erkennen war. Durch die am Anfang verabschiedete Geschäftsordnung war ein solches Vorgehen abgesichert. Kollegen, die zum ersten Mal Delegierte waren, durchschauten diesen Trick des Vorstandes nicht gleich, sie stimmten der Geschäftsordnung zu und hatten damit, bevor sie's merkten, ihre eigenen Anträge vom Tisch gestimmt, bevor darüber beraten war. Ein anderer Teil der Anträge wurde als Material an den Vorstand gegeben. Dieses Vorgehen wurde von vielen Delegierten als "Beerdigung erster Klasse" bezeichnet.

Trotz heftiger Kritik am Vorstand in einzelnen Punkten konnte sich beim letzten Gewerkschaftstag der IGM der Vorstand mit seiner sozialpartnerschaftlichen Politik durchsetzen.

Welche Anträge sollten zu den Gewerkschaftstagen gestellt werden?

Im Prinzip können alle Forderungen, wie sie im Programm des KBW als demokratische und wirtschaftliche Forderungen aufgestellt sind, auf dem Gewerkschaftstag gestellt werden. Ich möchte einige Punkte zusätzlich benennen, weil sie für die Arbeit in der Gewerkschaft von zusätzlicher Bedeutung sind.

Zur Lohnpolitik:
Raus aus der Konzertierten Aktion
Weg mit der Schlichtung
In Zukunft sollten nur noch Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich gestellt werden. Urabstimmung vor jedem Abschluß.
Einheitlicher Tarifkampf für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge.

Für die Einheitsgewerkschaft, deshalb:
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Von den Programmforderungen möchte ich besonders herausstellen die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag, 8 Wochen Urlaub, Verbot von Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme, Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen und 55 Jahre bei Männern, Erhöhung der Renten auf mindestens 75 % eines Facharbeiterlohns; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen.
Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Eddi Riethmüller,
Mitglied des Ständigen Ausschusses
des ZK des KBW

KURZARBEIT DROHT BEI VW

Die Tarifverhandlungen für die 6 inländischen Werke wurden von der IG-Metall-Tarifkommission für gescheitert erklärt. Die Kapitalisten boten 9,9 % an, was bei dem Wegfall der Teuerungszulage seit Februar tatsächlich 6 % ausmacht, was bei den Kollegen große Empörung auslöste.

In welche Lage die Sozialdemokraten in Ortsvorstand und Großer Tarifkommission die Belegschaft hineinmanövriert haben, ist jetzt deutlich geworden: Der VW-Vorstand will Kurzarbeit anmelden. Der Termin steht noch nicht fest; entweder vom 4. bis 19. April oder vom 15. bis 30. April.

In den letzten Monaten sind mit Zustimmung des Betriebsrates unheimlich viele Überstunden gefahren worden. "Die Kollegen wollen Überstunden machen", war der Kommentar des Betriebsrats. Daß die Kollegen sich nur deshalb bereit erklärten, weil ihnen das Geld durch die Preissteigerungen in der Lohntüte fehlte, davon sagte er kein Wort. Auf diese Weise haben die VW-Kapitalisten die Belegschaft gezwungen, auf Lager zu produzieren. So hat die Politik der Sozialdemokraten in Großer Tarifkommission und Betriebsrat die Kampfbedingungen für die VW-Belegschaft verschlechtert.

– Zelle VW des KBW –

GEGEN UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE

Osnabrück. In einer Resolution an den Ortsvorstand der Gewerkschaft Handel–Banken–Versicherungen hat die HBV-Jugendgruppe Osnabrück den sogenannten Nichtvereinbarkeitsbeschluß des HBV-Vorstandes scharf verurteilt. Die Jugendgruppe fordert die sofortige Aufhebung des Beschlusses. Den Osnabrücker Ortsvorstand hat sie beauftragt, die Resolution an den Bundesvorstand weiterzuleiten. Gleichzeitig soll die Resolution dem Landesbezirksjugendausschuß des DGB zur Kenntnisnahme übermittelt werden.



Hausen/Kreis Offenbach. Am Samstag, dem 23. Februar, demonstrierten etwa 100 spanische Arbeiter gegen die Entlassung von 35 Kollegen bei Ymos. Bereits im Dezember wurden 50 Arbeiter entlassen und vor einem Monat wurden wieder 12 entlassen, darunter ein Vertrauensmann der IG Metall. Die spanischen Kollegen zogen durch die Wohnviertel und vor das Werksgelände unter Parolen wie: Rücknahme aller Entlassungen! Raus mit den Verrätern aus dem Betriebsrat! Lohnverzicht hat noch keinen Arbeitsplatz gerettet! Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront! Die Ortsaufbaugruppe Offenbach des KBW unterstützte die Kollegen bei der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration.

MIELE: Streik für Zulagen

Am Donnerstag, 28. Februar, traten die Kollegen in den drei Miele-Betrieben spontan in den Streik. Der Streik dauerte von Donnerstag Morgen 7.15 Uhr bis Freitag 13.45 Uhr.
Grund des Streiks: Nach dem 11-%-Abschluß wurde die übertarifliche Zulage (etwa 40 Pfennig pro Stunde) um durchschnittlich 20 Pfennig in der Stunde abgebaut. Dies ließen sich die Kollegen nicht bieten und traten in den selbständigen Streik.

In den Verhandlungen vertrat die Unternehmensleitung einen sehr harten Standpunkt und war zum Schluß nicht bereit, weiter zu verhandeln, bevor nicht die Arbeit wieder aufgenommen würde, was dann auch geschehen ist. Die Betriebsräte gingen auf das Ultimatum der Unternehmensleitung ein und empfahlen die Wiederaufnahme der Arbeit. Die übertarifliche Zulage wurde bei Miele vor zwei Jahren eingeführt und war verbunden mit einer Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten und Stückzahlen in den Montageabteilungen.

Während des Streiks wurde keine Streik- oder Betriebsversammlung abgehalten. Die Kollegen blieben an ihren Arbeitsplätzen und im Betrieb, folgten aber nicht den Aufforderungen der Unternehmensleitung, die Arbeit wiederaufzunehmen.

Ein Kompromißangebot der Unternehmensleitung soll am Montag den Kollegen vorgelegt werden. Die Unzufriedenheit der Kollegen ist weiterhin recht groß, wozu sicherlich der niedrige 11-%-Abschluß eine Menge beigetragen hat. Klar ist aber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit die Verhandlungsposition der Kollegen geschwächt hat.

– Initiative
für eine Kommunistische Gruppe
Bielefeld –

Erfolg bei Rheinkabel

Wie schon in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 4/74 berichtet, hatten die Kolleginnen aus der Spinnerei und dem Prüffeld für ihre Hinaufstufung von Lohngruppe 2 nach Lohngruppe 4 gestreikt. Seit einem halben Jahr hatten sie wegen der schweren Arbeit und dem nervtötenden Lärm die Höherstufung gefordert. Jetzt hatten sie die Verzögerungen satt. Am 12. Februar flog der Hebel raus. Das Ergebnis des selbständigen Handelns: Ein großer Erfolg für die Frauen aus der Spinnerei, teilweise ein Erfolg für die Frauen aus dem Prüffeld. Die Frauen haben den Betriebsrat zwingen können, standfest ihre Forderungen zu vertreten.

Die Lohngruppe 2 ist nun im ganzen Werk weggefallen! Alle Frauen aus der Spinnerei und ein Teil aus dem Prüffeld haben die Lohngruppe 4 erreicht. Für sie bedeutet das etwa 1 Mark mehr in der Stunde.

Gleichzeitig mit den Kolleginnen hatten auch die Vorarbeiter ihre Höherstufung von Lohngruppe 6 nach Lohngruppe 8 gefordert. Sie erreichten ohne großen Kampf teilweise die Lohngruppe 8, der Rest Lohngruppe 7.

Allerdings treten jetzt die Kollegen der höchsten Lohngruppen (Handwerker) auf den Plan und fordern entweder die Zurückstufung der Vorarbeiter, oder ihre Höherstufung. Sie wollen, daß der Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern in voller Größe aufrechterhalten bleibt. Diese Kollegen haben nicht erkannt, daß **alle** zu wenig Lohn erhalten, um den Lebensstandard zu erhalten.

Es gilt daher, den Gruppenklüngel zu bekämpfen und gegen den spalterischen 11-%-Abschluß der IG-Metall-Führung den Kampf um die Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich aufzunehmen.

– W., Betriebsaufbauzelle
Rheinkabel, Köln –

Sturm bei Kaffee Hag

Am 14. Februar fand bei Kaffee Hag in der Abteilung "Kaffee" eine Versammlung statt, die im Gegensatz zu bisherigen Betriebsversammlungen stürmisch verlief. Die anwesenden 250 Kollegen ließen sich nicht einschläfern. Als erstes Thema kamen die Frauenlöhne auf den Tisch, die um 1 DM unter denen der Männer liegen. "Sie glauben wohl, für uns steigen die Preise nicht!", empörte sich eine Arbeiterin. Und eine andere deckte auf, daß die Frauen durch willkürliche Einstufung des Meisters an der gleichen Maschine unterschiedlich bezahlt werden, um die Konkurrenz und den Neid zu steigern.

Ein Arbeiter meldete sich zu Wort und berichtete, daß er wegen Krankheit keinen Lohn erhielt. Um die Empörung in den Griff zu kriegen, wurde ihm die Bezahlung sofort zugesagt. Großer Unmut wurde deutlich über die völlig fehlenden Pausenräume. Zwar stehen den Kollegen kurze Pausen zu, aber die müssen sie mitten im Lärm der Maschinen verbringen, und wenn sie eine rauchen wollen, steht nur die Toilette zur Verfügung. "Alles schon geplant", wiegelte die Geschäftsleitung und der Betriebsrat ab. Ein ganzes Jahr soll's noch so weitergehen. Und dann wohl noch das nächste.

Nach zwei Stunden wurde die Abteilungsversammlung abgebrochen. Sie war eine gute Vorbereitung auf die im Sommer anstehende Chemie-Tarifrunde. 25 % mindestens bei monatlicher Kündigung des Tarifvertrags, sagen die Kollegen. Und eine Betriebsversammlung zur Beschlußfassung der Forderungen muß her! Dort wird auch darüber diskutiert werden müssen, ob eine Prozentforderung überhaupt richtig ist. Die Kollegen werden erkennen, daß nur eine Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich geeignet ist, die Spaltung zu überwinden und alle im Kampf zu vereinigen.

– r., Bremen –

Kurzarbeit - Stabile Profite in der Krise

KORRESPONDENT DER KOMMUNISTISCHEN VOLKSZEITUNG SPRACH MIT EINEM KOLLEGEN VON OPEL BOCHUM

Bei Opel wird jetzt zum dritten Mal innerhalb von drei Monaten kurzgearbeitet. Opel redet von Absatzschwierigkeiten. Ist das der Grund?
Du kannst Dich darauf verlassen, wenn Opel gut verkaufen kann, dann ist die Produktion voll ausgelastet, dann möchten die am liebsten noch Nacht- und Sonderschichten zulegen. Es gibt schon Absatzschwierigkeiten – auch schon viel länger als in anderen Zweigen. Das ist nicht nur Mache. Wo der Absatz nicht so groß ist, wie die Produktion zuläßt, da gibt es eben andere Mittel, um die Profite stabil zu halten. Eins davon ist die Kurzarbeit, d. h. ja nichts anderes als daß die Kollegen – bei uns jetzt – eine Woche im Monat nicht von Opel, sondern vom Arbeitslosengeld, das sie selbst einbezahlt haben, bezahlt werden. Die Kurzarbeit ist für Opel praktisch eine Woche Lohnkosten-Pause, wo die Kollegen vom eigenen Geld leben. Hinterher sind dann die Bandgeschwindigkeiten und Stückzahlen unheimlich hochgeschraubt, so daß dann in drei Wochen genauso viel aus der Halle geht, wie vorher in vier.

Du sprichst das Arbeitslosengeld an. Welche Rolle spielt das Arbeitsamt bei der ganzen Sache?
Das Arbeitsamt muß ja die Kurzarbeit "erlauben". Aber das passiert meistens ohne weiteres. Nach der Entscheidung des Arbeitsamtes sind dann Massenentlassungen legal, erhöhte Bandgeschwindigkeiten legal – aber der Kampf gegen die Kurzarbeit, etwa vom Betriebsrat aus, der ist illegal. Man muß sich das mal überlegen! An Feiertagen, wie Ostern, wo Opel sonst den Lohn fortzahlen mußte, melden die jetzt einfach Kurzarbeit an und wir leben die Tage über vom eigenen Geld. Man müßte mal nachrechnen, was die dabei für einen Reibach machen. Daran, was das Arbeitsamt macht, gibt es jetzt eine Diskussion unter den Kollegen, was für Gesetze wir eigentlich haben und für wen die gut sind. Einige Kollegen sagen ironisch: "Logisch. Die Gesetze hat der Moses vom Berge Sinai mitgebracht, und das muß wohl alles so sein . . ."

Was bedeutet die Kurzarbeit für die Kollegen?
Am Anfang, im Dezember, haben sich viele über die eine Woche Pause gefreut. "Eine Woche nicht an das Scheiß-Band, da bezahl ich noch viel mehr für", haben sie gesagt. Jetzt fangen die Überlegungen an, wo man was einsparen kann. Viele haben den Urlaub für dieses Jahr schon gestrichen.

Stimmt das, daß der Krankenstand zurückgegangen ist, während der Kurzarbeitszeit?
Ja. Einmal natürlich, weil wir uns jetzt in der Woche Pause auskurieren. Dann muß man sich aber auch mal vorstellen, welche Angst die Kollegen haben, vor die Tür gesetzt zu werden. Systematisch hat die Personalabteilung Kollegen, die öfter krank sind, darauf hingewiesen, wegen zu häufiger Krankheiten die Kündigung aussprechen zu können. Dauernd steht dir einer im Nacken. Wenn du nicht richtig spurst, wird mit Umbesetzung in ein anderes Werk gedroht, oder "du weißt ja, Leute haben wir genug". An den Uhren wird kontrolliert, ob auch ja keiner eine halbe Minute früher stempelt. Das Arbeitstempo ist unheimlich erhöht.

Gibt es Versammlungen, Diskussionen, auf ,denen Kampfmaßnahmen gegen die Kurzarbeitsschikane von Opel beraten werden?
Im Augenblick läuft eine Unterschriftensammlung für eine außerordentliche Betriebsversammlung, auf der das passieren soll. Wir haben ja hier einen besonders reaktionären Betriebsrat, angeführt von Perschke, der noch nicht mal die Forderung nach Lohnfortzahlung aufgestellt hat. Stattdessen wendet er sich mit Briefen an die Regierung, sie soll doch die Geschwindigkeitsbebegrenzung aufheben und die Mineralölsteuer senken, damit die Leute mehr Autos kaufen und Opel aus der Krise kommt. Dagegen fordern die Kollegen von der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit. Am härtesten betroffen sind bisher über 200 spanische Kollegen, denen wegen der "Auftragslage" die Arbeitsverträge nicht verlängert wurden. Spanische Vertrauensleute haben bereits eine Versammlung abgehalten. Ihre Forderung nach Verlängerung der Verträge ist aber von den Vertrauensleute-Vorständen abgewiegelt worden mit Argumenten wie: "Ihr habt eben nur Jahresverträge. Opel ist in einer Krise. Die Vertragskündigung ist legal; wir werden euch Schulung besorgen, damit ihr die Gesetze besser kennenlernt."

Die Tarifkommission der IGM hat hier in Bochum die 11 %-Schlichtung angenommen. Wie haben die Kollegen reagiert?
Eigentlich war keine besonders breite Empörung. Die Drohungen von Opel mit Entlassungen usw. sitzen den meisten tief in den Knochen. Die sagen etwa: "Wart mal auf den Sommer. Da müssen wir uns wieder das Geld holen." Viele fallen auch noch auf die Rechnung rein, die die IGM-Führung auftischt: mit den 2 Tagen mehr Urlaub sowie der Erhöhung des Urlaubsgeldes wären wir ja auf fast 14 % gekommen. . .

Gab es vorher im Betrieb andere Forderungen?
Die Vertrauensleute-Vollkonferenz hat 18 % gefordert. Die Kollegen von der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter haben die Forderung 18 % = 300 DM für jeden aufgestellt und auf den Betriebsversammlungen erläutert. Die Forderungen waren gegenüber dem Seich, den der Perschke erzählt hat, gut verankert.

Ist jetzt an Streik zu denken?
Im Augenblick wohl nur, wenn die Kollegen woanders vorweg gehen, wie vielleicht jetzt an der Unterweser. Dann werden sich auch hier viele Kollegen sagen: "Da sind sie für 14 % dabei, da lassen wir uns doch hier nicht mit 11 % abspeisen." Viele meinen aber auch noch, bei einem Streik jetzt würde Opel sich freuen. Da muß man ihnen langsam klar machen, daß ein Streik in keiner Wirtschaftslage ein Grund zur Freude für die Kapitalisten ist.

Wie ist überhaupt die Stimmung nach dem letzten Streik, in dem die Forderung nach 300 DM Teuerungszulage ja nicht durchgesetzt werden konnte?
Nach dem letzten Streik haben viele gesagt: "So schnell gehen wir jetzt nicht wieder raus. Aber wenn wir rausgehen, dann richtig. Dann lassen wir uns nicht wieder einseifen." Ich glaube, so ist die Lage auch.

Nach diesem sogenannten wilden Streik hat Opel sieben Kollegen entlassen, weil sie von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht hatten. Darunter 2 Spanier, die sofort in ihr faschistisches Heimatland abgeschoben wurden. Die Klage von drei Kollegen auf Wiedereinstellung ist bei allen zurückgewiesen worde. Mit welcher Begründung?
Der Streik war "illegal". Das war wohl die Hauptbegründung.

Hat die IGM Rechtsschutz gewährt?
In den meisten Fällen nicht. Bei einem der entlassenen Kollegen, Vertrauensmann der IGM, haben sie erklärt, bei der herrschenden Rechtslage sei nix drin und haben den Rechtsschutz verweigert. Das Arbeitsgericht hat dann sofort einen Vergleich, also eine Entschädigung für den Kollegen angeboten. Das hat viel Furore im Betrieb gemacht, daß so ein pimpeliger Arbeitsrichter mehr für den Kollegen tun mußte, als die IGM zugeben wollte.

IG Druck: 15 Prozent

FESTGELDFORDERUNG KONNTE NOCH NICHT DURCHGESETZT WERDEN

In der IG Druck und Papier sind die Verhandlungen um den Manteltarifvertrag beendet. Die Lohnverhandlungen in der Papierverarbeitung wurden mit 11,2 % abgeschlossen. Die Tarifrunde für die Druckindustrie steht bevor.

TARIFRUNDE IN DER DRUCKINDUSTRIE

Am 19. Februar hat in Stuttgart die Tarifkommission eine Lohnforderung von 15 % festgelegt sowie die Erhöhung der ersten und zweiten Gehilfenjahre um zusätzlich 2 %. Die Lohngruppen V und IV sollen zusätzlich 2 %, die Lohngruppen III, II, I 3 % bekommen. Einstimmig wurde der Tarifvertrag in der Tarifkommission gekündigt. Bei der Abstimmung über 45 DM je Woche linear stimmten 17 Mitglieder der Tarifkommission dafür, 24 dagegen, 4 enthielten sich. Bei der Abstimmung über 17 % waren 11 dafür, 36 dagegen. Für 15 % stimmten 38, bei 8 Gegenstimmen und einer Enthaltung. Die Abstimmung über die 3 %-Preisklausel ergab 23 zu 23.

Diese Abstimmungsresultate zeigen deutlich, daß die Auseinandersetzung über den Tarifkampf sich selbst in der Tarifkommission zuspitzt. Die Gewerkschaftsführung schreibt dagegen im Informationsdienst von einer "überzeugend deutlichen Mehrheit" für die aufgestellte Forderung.
Die Auseinandersetzung über die 15-%-Forderung wird im Moment in den Ortsvereinen aufgenommen, so zum Beispiel in Mannheim und Hamburg. In Osnabrück ist ein entsprechender Antrag gegen 15 % nicht durchgekommen, obwohl die Kollegen die lineare Forderung weiter für richtig halten.

Ein Prinzip hat es in den letzten Jahren in der IG Druck und Papier gegeben: Der Tarifabschluß in der Druckindustrie war immer höher als der in der Papierverarbeitung!
Die Kommunisten müssen aber an folgendes denken: "Unsere Politik darf nicht zugunsten eines scheinbaren Realismus den Gang der Niederlagenpolitik der bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften untergeordnet werden, das heißt wir schwenken auf deren Kapitulantenforderung nicht ein, selbst wenn wir die Forderung in Mark und Pfennig nur propagandistisch aufrecht erhalten können." (Dokumente des ZK des KBW, S.18)

MANTELTARIFRUNDE

Das Ergebnis der Verhandlungen für die "gewerblichen Arbeitnehmer der Druckindustrie" ist in den Betrieben mit Gelächter und Murren über die Gewerkschaftsführung aufgenommen worden. Die Kollegen wissen, daß der Abschluß nicht ausreicht, um die Arbeitshetze und die erhöhte Belastung in der Produktion auszugleichen.
Das 13. Monatsgehalt wird schrittweise bis 1978 auf 100 % erhöht (1974 40 %, dann immer 15 % dazu).
Das Urlaubsgeld ist mit 40 % und 45 %, später 50 %, bis 1978 festgelegt worden.
Der Urlaub ist bis 1980 für alle fünf Altersstaffelungen um zwei bis sechs Tage erhöht worden.
Die Druck- und Papier-Gewerkschaftsführung hat den Kampf für einen "besseren Manteltarifvertrag" sehr geschickt geführt, indem die Kampfkraft der Kollegen nicht benutzt wurde, einen wirklich guten Vertrag zu erreichen.

11,2 %-ABSCHLUSS IN DER PAPIERVERARBEITUNG

Die Lohntarifrunde in der Papierverarbeitung hat ein Ergebnis von 11,2 % gebracht und reiht sich damit ein in die Lohnabbau-Abschlüsse von ÖTV und IGM. Im Informationsdienst der IG Druck und Papier ist zu lesen: "So weigerten sie (der Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie, Red.) sich sehr lange hartnäckig, die 11 % zu überschreiten. Sie mußten jedoch zur Kenntnis nehmen, daß Tarif- und Verhandlungskommission unserer Organisation nicht bereit waren, ein bestimmtes Limit zu unterschreiten. Dies zwang die Unternehmerseite gegen Mitternacht schließlich zu einem höheren Zugeständnis."

Hoesch-Werk Kassel wird stillgelegt

SPONTANER STREIK GEGEN STILLEGUNG – 134 KOLLEGEN SOLLEN AUF DIE STRASSE

Am 1. August soll das Kasseler Werk Lagertechnik der Hoesch-Werke Hohenlimburg-Schwerte stillgelegt werden. Dann werden 134 Arbeiter und Angestellte auf der Straße sitzen. Der Konzernvorstand begründet die Schließung damit, daß das Werk nicht mehr rentabel sei. Mit der Stillegung soll am 31. März begonnen werden. Sie soll bis Anfang August abgeschlossen sein.
Als der Betriebsrat über die Vertrauensleute die Belegschaft über die Stillegung informierte, trat sie spontan eine Stunde in den Streik. Die Arbeiter und Angestellten forderten eine außerordentliche Betriebsversammlung, vorher würden sie nicht mehr arbeiten, sagte der Betriebsratssprecher. Auf der Betriebsversammlung versuchte der Vorstand "mit hartem Zahlenmaterial" und der Ankündigung eines Sozialplans die Belegschaft zu beruhigen.
Durch die Unruhe in der Belegschaft wurde auch die IG Metall und die Kasseler Stadtverwaltung nervös. Mit allen rechtlichen und politischen Mitteln wollte die Gewerkschaft den Betriebsrat unterstützen, die Arbeitsplätze zu erhalten, sagte der Bevollmächtigte der IG Metall Kassel, Lips. Aber anstatt die Belegschaft zu unterstützen, wandte er sich an den Oberbürgermeister, der gerade auf Kuraufenthalt im Schwarzwald weilte und "bestürzt reagierte" (Hessische Allgemeine, 21. Februar) sowie an den hessischen Ministerpräsidenten. Mit moralischen Appellen wie "Verpflichtung gegenüber der Stadt Kassel und der Region" will er die Konzernleitung von der Stillegung abbringen (Hessische Allgemeine, 19. Februar). Aber gerade daran hat sie kein Interesse. So konnte Lips in der Betriebsversammlung auch nur darauf hinweisen, daß in der Belegschaft der Eindruck entstanden sei, die Manager hätten versagt. Das ist auch ziemlich klar: wenn es um die Arbeiter geht, versagen die Manager grundsätzlich, wenn es um den Profit geht, dann schließen sie ein "unrentables" Werk. Mit höchstem Zynismus bemerkt der "Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Hoeschwerke", Oeser: "Der Entschluß ist uns schwergefallen, denn uns bewegt auch das menschliche Schicksal, das hinter jedem Arbeitsplatz steht" (Hessische Allgemeine, 20. Februar). Die Werksleitung will angeblich sich bemühen, andere Arbeitsplätze innerhalb des Konzerns anzubieten, wenn die Arbeiter ihren Wohnort wechseln wollen. So sollen die Arbeiter wie ein Stück Dreck verschoben werden.
Für die Kasseler Kollegen bedeutet die Stillegung eine immer größer werdende Unsicherheit. Kassel liegt mit einer Arbeitslosenquote von etwa 3 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosenzahl ist in den letzten Jahren dauernd und kontinuierlich gestiegen. Kassel selbst ist von einer ständigen Abnahme der Industriearbeitsplätze betroffen.

Keine Stillegung!
Zahlung eines Arbeitslosengeldes von 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

– F.H., Kassel –

GdED-KOLLEGEN OPLADEN:

Abschluss abgelehnt

Wenn von Streiks, Kämpfen und Versammlungen bei der letzten Tarifrunde die Rede war, dann hat man den Kampf bei der Bundesbahn zu wenig beachtet. Bei uns im Ausbesserungswerk (ca. 1 400 Beschäftigte) sah sich die Gewerkschaftsführung durch den starken Streikwillen in die Defensive gedrängt. Sie führte am Montag nach der ersten Urabstimmung eine außerordentliche Betriebsversammlung durch, wo sie den Kollegen einiges von den durchaus harten Verhandlungen mit den Arbeitgebern erzählte, aber ansonsten die Ansicht vertrat, Flächenstreiks wären fehl am Platze. Als ein Kollege dem energisch widersprach und für einen sofortigen Streik und eine Protestdemonstration in die Stadt hinein sich aussprach, konnten die SPD-Gewerkschaftsführer dies nur mit Drohungen und antikommunistischer Hetze verhindern. Unser Fehler war in dieser Situation, zu schnell aufgesteckt zu haben, und nicht weiter die Auseinandersetzung mit den Bürokraten geführt zu haben. So konnten sie wieder "Ruhe und Ordnung" im Betrieb herstellen. Aber bei der zweiten Urabstimmung, die bei uns abgehalten wurde, erhielten sie dennoch eine Abfuhr. Von 800 abgegebenen Stimmen lehnten 500 (!) das ausgefeilschte Lohnraubergebnis von 11 %, 170 DM mindestens, kein Urlaubsgeld ab.

– Zelle Bundesbahn-Ausbesserungswerk der IG-KAJB Opladen –



Das Bild zeigt Wolfsburger ÖTV-Kollegen bei der Urabstimmung. Das Ergebnis: 63 % stimmten mit „Nein", 36 % mit „Ja".

ÖTVler in Hessen lehnen Ergebnis ab

Kassel. 400 ÖTV-Vertrauensleute hatten dazu aufgerufen, bei der Urabstimmung mit Nein zu stimmen, da das Ergebnis "keine ausreichende Sicherung der Reallöhne und -gehälter ist" (Hessische Allgemeine, 19.2.). Der ÖTV-Kreisvorstand wurde aufgefordert, das den ÖTV-Mitgliedern so schnell wie möglich mitzuteilen. Noch am selben Tag wurden Flugblätter an die ÖTV-Mitglieder verteilt.
Bei der Urabstimmung stimmten von den 13 000 ÖTV-Mitgliedern 60–65 % bei einer Wahlbeteiligung von 90 % mit NEIN. In Hessen als einzigem Bundesland stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 77,3 % 55 % gegen das Ergebnis. So stellte sich die Hessische Allgemeine die Frage: "Werden in Kassel die Straßenbahnen und Busse wieder still stehen, Behörden nicht mehr arbeiten, wird der Müll nicht abgefahren? " (23.2.) Diese Frage scheint für die Gewerkschaftsführer in Kassel und Hessen nicht zu existieren, denn sie ignorieren die Ablehnung des Ergebnisses durch die große Mehrheit der Kollegen, sie rufen nicht zum Streik auf. Sie scheren sich einen Dreck um die Meinung der Kollegen, verpulvern die Kampfkraft der Kollegen durch Schwerpunktstreiks etc. und wollen alle, die anderer Meinung sind, aus der Gewerkschaft rausschmeißen.
Kämpfen wir darum entschieden für die innergewerkschaftliche Demokratie und freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf! K.N., Kassel

Noch eine kleine Begebenheit am Rande:
Während gegen die Arbeiter und Angestellten, die im Streik das Rathaus besetzten, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen, ein Ermittlungsverfahren wegen Sabotage und versuchter Nötigung eingeleitet ist, darf das Kasseler Volk am Rosenmontag das Rathaus besetzen und "die Magistratsherrschaft für drei Tage absetzen. Und die Herren haben sich echt gar nicht gewehrt." Wenn das kein "freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat" ist, wo das Volk sich sogar für drei Tage "befreien" darf.

Lehrer wehren sich gegen die Unterdrückung

LESERBRIEFE UND STELLUNGNAHMEN ZU DEM OFFENEN BRIEF DES LEHRERS FRITZ GÜDE

Bis jetzt erreichten uns schon zahlreiche Briefe, die die Unterdrückungsmaßnahmen des Oberschulamtes gegen Güde verurteilen. F.Güde hatte u.a. die KVZ verkauft.

Wir begrüßen den mutigen Schritt des Kollegen Fritz Güde, sich öffentlich gegen die zunehmende politische Unterdrückung der Lehrer und aller Beamten zu stellen und nachdrücklich auf der Wahrnehmung der elementaren demokratischen Rechte der Meinungs- und Koalitionsfreiheit zu bestehen. Die Fragen des Oberschulamts bezüglich des Berufsverbote-Komitees zeigen sehr deutlich, worauf der Staat hier aus ist: Er will sogar verhindern, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sich zusammenschließen, um sich gegen ihre durch denselben Staat vorgenommene politische Entrechtung zu wehren. Genauso ist es mit dem Streikrecht für Beamte: Der Staat verordnet Lohnkürzungen für einen großen Teil der hessischen Lehrer und will zugleich verhindern, daß sich die Lehrer durch einen Streik dagegen wehren. Wie sollen wir Lehrer die Schüler zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte erziehen, wenn wir uns diese Rechte aus der Hand nehmen lassen? Deshalb freuen wir uns, daß Güde in seiner Antwort an das Oberschulamt schreibt:
"Ich kann Ihnen versichern, daß ich mir das Recht, die 'Kommunistische Volkszeitung' zu lesen, zu kaufen und zu verkaufen, wann immer und wo ich will, nicht werde nehmen lassen. Ebenso wie ich für das Recht eines jeden anderen eintrete, eine Zeitung zu vertreiben, die er den Interessen des Volkes für dienlich hält."
Damit verteidigt der Kollege Güde auch unsere Rechte und die aller Menschen. Deshalb fordern wir die sofortige Einstellung der Ermittlungen des Oberschulamts Karlsruhe gegen Fritz Güde.
Gerd Steffens
Irmgard Kmitta
Helmut Heiden
Dr. Joh. Krämer
Hans Jürgen Schmidt
Hildegard Krämer
Hedwig Kurtz
Waltraud Ohlenbach
Jutta Sporer
Norbert Hofmann
Albert Gal
Walter Machon
Frank Nonnenmacher
' ehrer an der Gesamtschule Lampertheim

. . . wir sind ebenso wie der Kollege Güde der Meinung, daß wir unsere Lehrtätigkeit und unsere politische Tätigkeit nur vor dem Volk direkt zu verantworten haben und auch nur seiner Kontrolle unterliegen sollten.
Renate Kuhn, Lehrerin, Bremen
Isa Carbonell, Lehrerin, Bremen
Christa Meyer, Lehrerin, Bremen, Schule an der Alfred-Faust-Straße

IN ÄHNLICHEM SINNE ÄUSSERTEN SICH IN ZUSCHRIFTEN:

Die Lehrer:
Wolfgang Merseburger / Dieter Waibel / Rainer Thienhaus / Elisabeth Stallknecht / Ursula Daum (alle aus Mannheim); Antje Schmierer, Studienrätin in Sinsheim; Reinhard Juschkat / Jörg Ogrowski / Heike Wintermantel (alle aus Heidelberg); Brigitte Klack, Freiburg; Marianne Schmidt-Reindahl, Wolfenbüttel; Waltraud Dold, Studienassessorin in Heidelberg; Reinhold Fertig / Ursula Graf (beide aus Frankfurt); H.-J. Reinhard, Gesamtschule Wolfhagen; Eva-Christa Krabel /Marita Hindemith / Peter Altenburg (alle aus Hamburg); Marita Döll, Lehramtsreferendarin an einer hessischen Schule; Detlev Gieseke, Realschullehrer z. A. in Braunschweig; Rolf Stallknecht / S. Popovic / A. Greiner / H. Krumm / L. Flory (alle aus Mannheim) Karin Henninger, Schriesheim

Die angehenden Lehrer:
Inge Pulkowski / Rose Eckardt (beide Lehramtsanwärter aus Heidelberg);
Eine Gruppe von angehenden Gymnasiallehrern aus Freiburg, die sich z.Zt. auf das Staatsexamen in Geographie vorbereitet; i.A. der Gruppe: Andreas Salomon;
Gerade Examen gemacht haben und wollen jetzt Lehrer werden: Ruth Möller / Brigitte Schumm / Gabi Ripke / Edelgard Abenstein / Claudia Stecher / Werner Holly (alle aus Heidelberg);
Gerade Examen an der Pädagogischen Hochschule gemacht und angehende Lehrer: Luzia Günter / Ulrike Waltz / Barbara Gerhard / Christiane Wüntscher / Wolfgang Mohl (alle aus Heidelberg);
Manfred Hiller, Heidelberg, angehender Lehrer; Klaus Hoffstädter, Braunschweig, angehender Lehrer; L. Blumentritt / H. Herzog, GEW-Mitglieder aus Freiburg; Karl Bergmann / Krista Schuller / Christina Schuler / Horst-U. Jäckel (alle Lehrerstudenten aus Hamburg);

Aus der Universität:
Zukünftige Lehrer an der Gesamthochschule Kassel: Greta Ohling / Hans-Jürgen Kündemand / Reinhard Mehles / W. Aulemann / Monika Schwerwenka / Gerhard Kunz / Bernd Scheidemann / Bernd Hein / Gerlinde Versling / Ulrich Jünemann / Dieter Schwerdtle / Andreas Wehmeier / Julia Becker / Bernd Perlinger / Gotthard Esswei / Klaus Nagel / Reinhard Ludan / Uschi Koch / Helmut Gross / Bärbel Völker / Hanne Boerner / Peter Dieckmann / H.-J. Schudder / Wolfgang Bauer / Harald Eiwein / Rainer Duhm / Karin Göritz / Helmut Pranz / H. Gauckel / Helmut Wilhelm / Rainer Weber;
Hochschullehrer und Dienstleister an der Universität Bremen: Martin Bennhold / Bernd Dolling / Jürgen Metzger / Volker Wihstutz;
Bernd Falke, wissenschaftliche Hilfskraft / A. Pohl, Studentin / H.-J. Bartell, Student / R. Arndt, Studentin / Benno Sprenger, Student / W. Eiermann, Student / Monika Gessat / Helga Jautzen / Ute Deichmann (alle aus Heidelberg); Rainer Gruber, Diplomphysiker / Helga Zähringer, Psychologiestudentin (beide aus Freiburg);

Barbara Kasper / Klaus Rürup (beide aus Karlsruhe).

Die Kommunistische Volkszeitung berichtet wahrheitsgemäß

Mit Fritz Güde meine ich auch, daß die Kommunistische Volkszeitung die einzige Zeitung ist, die im Moment umfassend über die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes wahrheitsgemäß berichtet und den Lesern den richtigen Weg zur Veränderung ihrer Lage zeigt. Deshalb verkaufe auch ich schon seit längerem die KVZ. Auch in Delmenhorst steigen die Verkaufszahlen – im Januar wurden noch 145 KVZs verkauft, jetzt sind es schon 200 Exemplare.
H.Schnittker, Lehrerin in Delmenhorst



Beim KVZ-Verkauf in der Stadt

KVZ im Unterricht

In der Nr.4 der KVZ, vom 20.2.74, habe ich den offenen Brief des Kollegen F.Güde gelesen und möchte hiermit ausdrücken, daß ich sein Vorgehen für richtig halte und es voll unterstütze.
Zu Punkt 2 des Fragebogens könnte ich vielleicht noch ergänzen: Ich halte es auch für mein Recht, die KVZ im Unterricht zu benutzen. Durch den Lehrplan bin ich dazu gezwungen, mit meinen Schülern Texte zu lesen wie: "Streiks hängen mir zum Halse raus. Sie lähmen nicht nur das Land, verursachen das Steigen der Lebenshaltungskosten, sondern machen auch für Frauen und Mütter das Leben unerträglich." (so zu lesen in: Englisch für Sie, Aufbaukurs Wirtschaft, Hueber Verlag, Lektion 2 A). Ich halte es für mein Recht und meine Pflicht, diese Unternehmerideologie zu widerlegen, und das habe ich mit Streikartikeln aus der KVZ getan.
Helga Greulich, Heidelberg

Warum berichten die bürgerlichen Zeitungen nicht?

... Als Teilnehmer an der GEW-Großkundgebung in Köln haben wir miterlebt, wie der "Kollege" von Dohnahnyi den kampf- und streikbereiten Lehrern mit den "hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums" drohte. Hier zeigt sich, daß das besondere Dienstrecht auch für die Lehrer ein Hindernis im Kampf für ihre Interessen ist. Weder im SPIEGEL noch in der FRANKFURTER RUNDSCHAU konnten wir einen Artikel wie in der KOMMUNISTISCHEN VOLKSZEITUNG finden, der den Charakter des Kölner Großschauspiels richtig wiedergab. In derselben KVZ war eine Stellungnahme des Kollegen Fritz Güde abgedruckt. Die Maßnahmen gegen diesen Kollegen reihen sich ein in die Überprüfung tausender von Lehramtskandidaten in Niedersachsen, in die erniedrigenden Verhöre von Berliner Lehrern. Die entwürdigenden Ausforschungen zeigen, daß das besondere Dienstrecht auch gegen so elementare Rechte wie die Meinungsfreiheit und ungehinderte politische Betätigung eingesetzt wird. Auch die Beamten brauchen diese grundlegenden Rechte, um für ihre Interessen eintreten zu können.
W.Richter / I.Klügel, Lehrer in Braunschweig

Der Lehrer Fritz Güde ist, wie aus dem Fragebogen des Oberschulamtes Karlsruhe und der offenen Stellungnahme von Fritz Güde hervorgeht, seit längerer Zeit Überwachungs- und Verfolgungsmaßnahmen der Schulbürokratie ausgesetzt ... Die Lehrer dürfen sich nicht das Recht auf Meinungsfreiheit und auf freie politische Tätigkeit nehmen lassen. Die Bevormundung und Entrechtung im öffentlichen Dienst muß scharf verurteilt werden. Meines Wissens berichtete die Frankfurter Rundschau nichts über den Fall Fritz Güde, obwohl er ihr den Brief des Oberschulamtes Karlsruhe und seine Stellungnahme dazu zugänglich gemacht hat.
Warum erfahren die FR-Leser davon nichts?
P.S. Das Original geht an die FR.
Brigitte Arenhövel, Dietzenbach

Für freie politische Betätigung der Beamten

Am 24.1.1974 bekam der Lehrer Fritz Güde einen Brief vom Oberschulamt Karlsruhe betreffs Vorermittlungen gegen ihn wegen angeblichen Verstoßes gegen die Landesdisziplinarordnung. Was hat er getan? Fritz Güde hat sein Recht auf Meinungsfreiheit und freie politische Betätigung wahrgenommen, indem er die "Kommunistische Volkszeitung" verkaufte und außerdem Mitglied des "Komitees gegen die Berufsverbote und die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst" in Karlsruhe war.
Wir protestieren schärfstens gegen das Vorgehen des Oberschulamtes, da wir meinen, daß auch Beamten das demokratische Grundrecht auf freie politische Betätigung zusteht.
Bremen: Mitglieder des Arbeitskreises junger Lehrer und Erzieher in der GEW
Barbara Schramm / Michael Moll / Gudrun Münchow / Marina Täger / Ulrich Gerstenberg / Wolfgang Meyer / Ussel Reuter / H.Rolfs / G.Reymann / Bernhard Stredele

Im AjLE Delmenhorst wurde die oben angeführte Resolution diskutiert und einstimmig bei einer Enthaltung bei 16 Teilnehmern angenommen. Folgende Kollegen unterstützen namentlich die Resolution: Dagmar Krüger, Lehrerin / Heimo Buck / Werner Meiners, Lehrer / Karl-Heinz Bassen, Lehrer / Paul Brandt, Lehrer / Peter Pielok, Lehrer / Jürgen Brakel, Lehrer / Dagmar Dreisbach, Lehrerin / Inge Glaß, Lehrerin / Renate Haevke, Lehrerin / Inge Figge, Lehrerin.

In zwei pädagogischen Seminaren (Fortbildungsseminare und Junglehrer) wurde diese Resolution diskutiert. Im Grundschulseminar haben 9 Leute unterschrieben, im Hauptschulseminar haben 4 Leute unterschrieben, die aber namentlich nicht genannt werden wollen. Außerdem unterschrieben:
O.Schultz Delmenhorst
Friedel Delmenhorst

GEW bedroht Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung

Ich habe die Stellungnahme des Kollegen Güde gegen die Einschüchterungsversuche der vorgesetzten Behörde mit großer Aufmerksamkeit gelesen und unterstütze ihn voll und ganz in seinen Forderungen.
Ich selbst bin Lehrer im Vorbereitungsdienst; ich verkaufe die Kommunistische Volkszeitung seit über einem halben Jahr, nämlich seit der ersten Nummer, unter anderen auch vor Veranstaltungen der GEW.
So sind zum Beispiel im Zug auf der Fahrt der Lehrer nach Köln 200 Zeitungen verkauft worden, an jeden dritten eine Zeitung!
Der Vorsitzende des Bremer Spaltervereins in der GEW hat das jetzt zum Anlaß genommen, mir damit zu drohen, "ich würde der erste sein". Hermann Kuhn, Bremen, Lehrer in Vorber., Schule am Pürschweg

Man kann dem Kollegen Güde nur zustimmen in der Auffassung, daß es sehr viel besser wäre, wenn das Volk die Kontrolle über die Tätigkeit der Lehrer ausübte als die vorgesetzte Behörde.
Gleichzeitig möchte ich betonen, daß ich mir das Recht, die KVZ öffentlich zu lesen und zu verkaufen, wie bisher auch weiterhin nehmen werde.
Karin Maier, Gymnasium Huckelriede Bremen

Der Lehrer Güde hat die Wahrheit über die Schule gesagt

Wir haben uns gefreut, in der letzten KVZ den offenen Brief von Fritz Güde zu lesen. Wir begrüßen sein Vorgehen und unterstützen ihn in seinen Forderungen.
Das geschieht nicht zuletzt deswegen, weil wir Fritz Güde auf einer PH-Veranstaltung mit dem Thema: "Moderne Didaktik – Alternative zum Rohrstock" persönlich kennengelernt haben. Fritz Güde erwies sich als einer der wenigen Menschen, die je an der PH (Pädagogischen Hochschule) die Wahrheit über die Schule berichtet haben, der konkrete Tatsachen aus der Schule dargestellt hat, der einem tatsächlich Einblick in das, was einen erwartet, geben konnte, von dem man wirklich etwas gelernt hat. . . .
Gerade wir Junglehrer brauchen solche Beispiele wie Fritz Güde, um nicht zu resignieren. Denn solche Lehrer zeigen uns durch ihren Unterricht und durch ihre Arbeit an der Schule und mit den Eltern einen Weg, die Schulsituation zu bewältigen und sie in Zusammenarbeit mit Eltern und Schülern zu verändern.
Solche Lehrer sind für den Staat aber unbequem, da sie die Mißstände beim Namen nennen, und er versucht deshalb, sie durch Berufsverbote einzuschüchtern oder mundtot zu machen.
Um wirkungsvoll gegen diese Maßnahmen des Staates angehen zu können, war es richtig von Fritz Güde, öffentlich auf die Fragen des Oberschulamtes zu antworten. Auch wir meinen, daß ein Beamter nicht einer Amtsverschwiegenheit unterliegen soll, sondern das Recht haben muß, seine Meinung frei zu äußern, das heißt auch das Recht haben muß, als Beamter die KVZ zu verkaufen.

Im übrigen halten wir die KVZ für eine gute Zeitung, weil sie breit über die Vorgänge und Bewegungen im Volk informiert.
Barbara Fochler, Heidelberg, Referendarin
Edeltraud Wick, Heidelberg, Referendarin
Ingrid Seifritz, Heidelberg, Referendarin

Gegen jede Einschüchterung

Diese Erklärung wurde auf einer Versammlung einer GEW-Gruppe in Hamm aufgesetzt und unterschrieben:

Unabhängig von allen politischen Unterschieden sind wir einig mit allen, die gegen das Berufsverbot kämpfen. Wir treten entschieden für das Grundgesetz ein und das darin verbürgte Recht der freien politischen Betätigung, im Rahmen dieses Grundgesetzes. Dieses Recht haben selbstverständlich auch alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.
Wir wenden uns gegen jede Einschüchterung und Verfolgung auf Grund politischer Aktivitäten wie im Falle des Lehrers Fritz Güde und erklären uns in diesem Sinne mit ihm solidarisch! Denn diese Fälle häufen sich in letzter Zeit in erschreckender Weise.
Volker Rath, Stud. phil.; Hartmut Peek, Dipl.-Psych. / Lehrer; Michael Kottmeyer, Stud. phil.; Jörg Theis, Sozialarbeiter; Jörg Petersen, Studienrat; F. S. (im Original unleserlich), Sozialarbeiter.

AStA Karlsruhe protestiert

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Universität Karlsruhe protestierte in einer Presseerklärung gegen die Maßnahmen, die das Oberschulamt Nordbaden gegen den Studienrat Güde eingeleitet hat. Der AStA fordert die sofortige Beendigung der Bespitzelung und Bedrohung von Fritz Güde. Am Ende seiner Presseerklärung schreibt der AStA, der von der DKP-Studentenorganisation MSB Spartakus getragen wird:
"Deshalb wird der AStA Fritz Güde, unbeschadet einer Reihe ideologischer Differenzen in seinem Kampf gegen Einschüchterung und drohendem Berufsverbot unterstützen."

Resolution der Kreisjugendkonferenz der ÖTV Hannover am 28.2.1974

Verschiedene Anlässe machen den Kollegen im öffentlichen Dienst gerade jetzt wieder deutlich, daß der Staat ihnen Rechte vorenthält, die sie dringend brauchen, um den Kampf für ihre Interessen zu führen.
Den Beamten wird das Streikrecht verwehrt. In der Tarifbewegung dieses Jahres wurde klar, was das heißt: Die Beamten können als Streikbrecher eingesetzt werden und gegen die anderen Kollegen ausgespielt werden. Nach den Vorstellungen des Innenministeriums soll das Streikrecht im öffentlichen Dienst noch weiter eingeschränkt werden.
Der Kollege Klaus Dörries wird deshalb nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis in der LVA übernommen, weil er Mitglied der DKP ist und sich entsprechend politisch betätigt hat. Vorher hatte man ihn ein Jahr lang mit Zeitarbeitsverträgen in der LVA beschäftigt.
Gegen den Lehrer Fritz Güde aus Karlsruhe wird ein Berufsverbots-Verfahren eingeleitet, weil er kommunistische Zeitungen verkauft.
Diese und ähnliche Vorkommnisse veranlassen uns zu den Forderungen:
VOLLES STREIKRECHT,
KEINE BESCHNEIDUNG DER MEINUNGS-, REDE- UND ORGANISATIONSFREIHEIT,
FREIE GEWERKSCHAFTLICHE UND POLITISCHE BETÄTIGUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST!
FÜR DIE ABSCHAFFUNG JEDES BESONDEREN DIENSTRECHTS IM ÖFFENTLICHEN DIENST!
Die Resolution wurde einstimmig von etwa 30 Kollegen verabschiedet.

Schikanöse Behandlung: Hoheitsrecht des Schulamts

Anläßlich des offenen Briefes des Kollegen Güde an das Oberschulamt Nordbaden möchten wir von einem Beispiel an unserer Schule berichten, das zeigt, wie Lehrer gemaßregelt werden, wenn sie auch nur die elementarsten demokratischen Rechte wahrnehmen.
Unser Kollegium verfaßte eine Resolution, die die schikanöse Behandlung eines unserer Kollegen bei der Anstellung zum Studienrat beim Oberschulamt zum Inhalt hatte.
In dem Antwortschreiben erwiderte das Oberschulamt mit dem Hinweis auf seine Hoheitsrechte in Sachen Schule und verbat sich jede Stellungnahme der Kollegen als Einmischung in Angelegenheiten, die das Kollegium nichts angingen.
Wir werden uns aber unsere demokratischen Rechte auch nicht durch Drohungen nehmen lassen und solidarisieren uns mit dem Kollegen Güde im gemeinsamen Kampf um freie politische Betätigung.
Klaus Riebel, Oberstudienrat
Gerhart Waltz, Studienassessor
Rolf Schimanski, Oberstudienrat
Jürgen Daum, Studienassessor
Jürgen Leonhardt, Studienrat
Robert Hahn, Oberstudienrat
Brigitte Schwenger, Gymnasialrätin, Lehrer am Tulla-Gymnasium, Mannheim

Ähnlich gegangen

Ich habe in der letzten KVZ mit ganz besonderem Interesse den offenen Brief des Kollegen Fritz Güde gelesen. Ich fand es sehr richtig, wie er öffentlich dagegen protestiert hat, daß ihm das Recht auf freie Meinungsäußerung genommen werden soll. Mir ist es so ähnlich gegangen. Ich bin aus dem Schuldienst entlassen worden, weil ich meine Meinung frei geäußert habe. Ich finde, wir dürfen als Lehrer solche Einschränkungen nicht einfach hinnehmen.
Christiane Huth
(siehe hierzu auch den Artikel über C.Huth in dieser KVZ)

GEW-Gruppe solidarisch

Die Teilnehmer der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises junger Lehrer und Erzieher in der GEW, Kreisverwaltung Varel, vom 27.2.1974 erklären sich solidarisch mit dem Kollegen Fritz Güde. Wir begrüßen es, daß der Kollege Fritz Güde konsequent und vor allem öffentlich gegen die politische Disziplinierung durch die Karlsruher Schulbehörde angeht . . .
i.A. Walter Groothues
Sprecher des AjLE Varel

Öffentlich auftreten!

Heute versucht der Staat und das Oberschulamt die Berufsverbotekomitees, wie sie in mehreren Städten Baden-Württembergs gegen den Schieß-Erlaß gegründet wurden, zu diffamieren und uns an unserer Arbeit zu hindern. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, daß wir in aller Öffentlichkeit gegen solche Einschüchterungsmaßnahmen auftreten.
Mechtild Veil, Lehrerin in Sinsheim

Resolution der Landeskonferenz

Resolution der Landeskonferenz der Personalräte und Seminarratsanwärter-Vertreter der Referendare in Hessen vom 2.3.74 (Kelsterbach):
Der Angriff des Oberschulamtes Karlsruhe auf die freie politische Betätigung betrifft alle, die für ihre politischen Vorstellungen aktiv eintreten. Das Verhalten Fritz Güdes für sein demokratisches Recht nach freier politischer Betätigung offen einzutreten, ist die einzige Möglichkeit gegen die Beschneidung politischer Freiheiten einzutreten. Politische Rechte bekommt man nur dann, wenn man sich öffentlich dafür einsetzt und durch seine Arbeit viele Menschen für seine politische Arbeit gewinnt. Nur so kann man den Kampf gegen die Disziplinierungen und gegen das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst führen.
(Die Resolution wurde telefonisch durchgegeben, deswegen sind einige Namen nicht genau zu verstehen gewesen, d.Red.)
Ursula Graf / Werner Welsch / Hans M.Meister / (. . .) / Wolfgang Tack / Renate Thron / Ricarda Kransch / (. . .) / Peter Griesch / Peter Gerstmann / Inge Thielmann / Ulrike Sages / G.Becker / E.Speck / Stephan Riedel / (. . .) / T.Burg

LEHRER GEGEN UNTERDRÜCKUNG

Güde zeigt richtigen Weg

Der Lehrer Fritz Güde zeigt den richtigen Weg, sich gegen politische Disziplinierungsversuche von Behörden zur Wehr zu setzen: demokratische Rechte sind nur dadurch zu erhalten und zu erweitern, daß man sie öffentlich in Anspruch nimmt. Der Versuch, Verkäufer der KVZ einzuschüchtern, ist ein Akt in einer großangelegten Kampagne – hier innerhalb des öffentlichen Dienstes, die sich zu Unrecht auf demokratische Grundsätze beruft und die in Wahrheit darauf abzielt, Kritik am kapitalisitschen Wirtschaftssystem und sozialistische Alternativen hierzu an der Entfaltung zu hindern. Dagegen muß öffentlich Front bezogen werden, und für das Recht eines Lehrers, die KVZ zu verbreiten, müssen auch diejenigen Sozialisten eintreten, die sich nicht mit dem KBW identifizieren. Disziplinierungsversuche gegen antikapitalistische Lehrer sollen letzten Endes die Arbeiterbewegung treffen, ohne deren Kämpfe demokratische Rechte nicht bestehen würden und von deren Stärke es abhängt, inwieweit der Begriff der Demokratie zur gesellschaftlichen Realität werden kann.

Dr. Arno Klönne
Prof. an der PH Bielefeld

Bischof setzt Gemeinde unter Druck

Hanau. Wir sind als Sozialarbeiter in einem Jugendzentrum im Kreis Hanau tätig. Wir haben den offenen Brief des Lehrers F. Güde in der letzten KVZ gelesen und unterstützen sein mutiges Auftreten gegen die politischen Disziplinierungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates. Wir sind mit F. Güde der Meinung, daß es grundlegende demokratische Rechte sind, sich zusammenzuschließen, mit wem man es für richtig hält, seine politische Meinung offen zu sagen, alle Zeitungen und Zeitschriften, deren politischen Inhalt man für richtig hält, zu lesen und zu verkaufen. Bei uns ist ein ehemaliger Lehrer auf Honorarbasis eingestellt, der aus dem Schuldienst geflogen ist, weil er nicht bereit war, die Köpfe seiner Schüler mit bürgerlicher Ideologie zu verkleistern, und vesucht hat, ihnen ihre Situation in der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen. Es dauerte nicht lange, da hat der Landesbischof (das Jugendzentrum wird von der evangelischen Kirche getragen) auf Betreiben des Ministerpräsidenten Osswald versucht, den Kirchenvorstand der Gemeinde unter Druck zu setzen. Der ist bis jetzt aber hart geblieben – nicht zuletzt dadurch, daß auch die Jugendlichen des Jugendzentrums sich aktiv gegen das drohende Berufsverbot und für den Lehrer einsetzten. Der Konflikt ist aber mit Sicherheit noch nicht aus der Welt geschafft.

Gerhard Ellenberger
Hermann Schmale
Reinhold Müller

aber mit Sicherheit noch nicht aus der Welt geschafft.
Gerhard Ellenberger
Hermann Schmale
Reinhold Müller

Ev.-luth. Wicherstift

Hiermit unterstützen die Unterzeichneten den Kampf des Lehrers Fritz Güde gegen das Oberschulamt Karlsruhe. ... Wir begrüßen es, daß Fritz Güde für seine Stellungnahme die Form des Offenen Briefes gewählt hat. ...

F. Kunow, Delmenhorst / B. Block, Elmeloh / W. Fischer, Delmenhorst / H. Thrau, Elmeloh / Uwe Heeren, Elmeloh / Peter Kunow, Delmenhorst / Gerhard Bartels, Delmenhorst / Karl Mumm, Elmeloh / Rainer Gandermeier, Delmenhorst, ÖTV-Mitglied / Michael Müller, Elmeloh, ÖTV-Mitglied / Horst Meyer, Delmenhorst / Alfred Vogt, Lilienthal / Michael Böhm, Elmeloh / Holger Hübner 2875 Ganderkesee I Elmeloh / Detlef Coffier, Ganderkesee I Elmeloh / Michael Ruppert, Ganderkesee I Elmeloh, / Hans-Jürgen Stemme, Ganderkesee / Paul Hutig, Ganderkesee / Andreas Faber, Delmenhorst

Die Unterzeichner sind ausschließlich Mitarbeiter des Ev.-luth. Wichernstifts in Delmenhorst.

Kollegen beim Senat

Wir, Kollegen beim Senator für Bildung Wissenschaft und Kunst in Bremen, Mitglieder und Vertrauensleute in der ÖTV meinen, daß das Verhalten des Lehrers Güde gegenüber den Überwachungs- und Verfolgungsmaßnahmen der Schulbürokratie beispielhaft ist. Alle Lehrer und Beamten müssen sich auf diese Weise für ihre demokratischen Rechte einsetzen und dürfen sich nicht durch die Drohungen von Regierungen und Behörden einschüchtern lassen. ...

Für freie politische Betätigung im öffentlichen Dienst!

Gerda Kiesewetter
Sabine Kraffzick
Antje Linder
Klaus Spradau
und 10 weitere Kollegen

Die Tutorenvollversammlung an der Universität Oldenburg beschloß mehrheitlich eine Resolution und solidarisierte sich u.a. mit dem Studienrat Fritz Güde.

„Die Lehrerin Frau Huth muß bleiben"

ELTERN UND SCHÜLER KÄMPFEN FÜR IHRE LEHRERIN, FÜR EIN DEMOKRATISCHES VOLKSBILDUNGSWESEN

Hamburg. Seit einem halben Jahr war die Lehrerin Christiane Huth Klassenlehrerin der 7. Hauptschulklasse der Bismarckschule in Hamburg-Eimsbüttel. Zum 28.2. wurde ihr von der Behörde die Kündigung ausgesprochen, zusätzlich wurde sie für die letzten 14 Tage auch noch versetzt; es wurde ihr aber auch freigestellt, gleich ganz zu Hause zu bleiben.

Mit Händen und Füßen sträubt sich die Schulbehörde dagegen, die wahren Gründe für diese Entlassung anzugeben. Sie spricht von "mangelnder Eignung" – hauptsächlich bezogen auf den Umgang mit der Schulleitung und der Behörde (!) – , von "mangelnder Loyalität", und verschweigt wohlweislich, daß Chr. Huth der Schulbehörde nicht unbekannt war. Bereits mehrfach war sie im letzten halben Jahr zur Schulbehörde zititert worden:

- wegen ihrer Arbeit im Referendarvorstand zusammen mit den inzwischen entlassenen Referendaren Marita Hindemith und Peter Altenburg,
- wegen der Diskussion eines Flugblattes im Unterricht, das die Schüler mitgebracht hatten,
- wegen ihrer Teilnahme an einem Elternabend ihrer Klasse (!), den der Schulleiter aufgelöst hatte ("Die drohende Entlassung einer Lehrerin ist kein Problem der Schule und des Unterrichts und kann daher nach dem Schulverfassungsgesetz auch nicht Thema eines Elternabends sein.").

Die Eltern und Schüler wollen sich die Lehrerin nicht nehmen lassen, eine Lehrerin, die eng mit ihnen zusammengearbeitet hat, die die Eltern nicht von der Schule fernhalten wollte, sondern sich in ihrer Arbeit von ihnen kontrollieren ließ und alle Mißstände an der Schule vor ihnen aufdeckte.

Bereits vor der Entlassung von Chr. Huth hat sich in Eimsbüttel ein Komitee gebildet, das **Komitee für ein demokratisches Volksbildungswesen (VBW)**. Hier arbeiten Eltern und Schüler mit anderen Interessierten aus dem Stadtteil zusammen mit dem Ziel, über alle Vorgänge an den Schulen selber zu bestimmen, über die Lehrpläne und die Lehrer, und für alle Kinder und Jugendlichen eine einheitliche, gleiche und kostenlose Ausbildung zu erreichen.

Daß diese Forderungen die richtige Antwort auf die jetzige Situation im Schulwesen sind, zeigt allein schon die Tatsache, daß von Mal zu Mal mehr Menschen an den Sitzungen des Komitees teilnehmen, inzwischen bis zu 45.

die Tatsache, daß von Mal zu Mal mehr Menschen an den Sitzungen des Komitees teilnehmen, inzwischen bis zu 45.

Augenblicklich ist der Schwerpunkt unserer Arbeit natürlich der Kampf dafür, daß Chr. Huth Lehrerin bleibt. Dafür haben wir regelmäßig Flugblätter vor den Schulen und im Stadtteil verteilt. Die Schüler haben ihre eigenen Flugblätter gemacht und sind in der vergangenen Woche dann zu Schulsenator Apel gegangen. Wie nicht anders zu erwarten, wich Apel allen Fragen aus, ganz nach dem Motto, das Oberschulrat Kayser zur Frage "Entlassung von Lehrern" gegenüber den Elternvertreter der Klasse genannt hatte: "Das geht die Schüler einen Dreck an!"

"Die Lehrerin Frau Huth muß bleiben, sonst werden wir's dem Apel zeigen!" Aufkleber mit dieser Parole kleben auf vielen Schultaschen und auf Häuserwänden in Eimsbüttel, und die Schulbehörde und die Polizei hatten auch immer wieder alle Hände voll zu tun, um die Plakate der Schüler in den Schulen und die Plakate des Komitees an den Häusern wieder abzureißen. Sie konnten aber nicht verhindern, daß am 22.2. 300 Eimsbütteler die Veranstaltung des Komitees besuchten. Die hohen Herren der Schulbehörde glänzten dagegen durch Abwesenheit. Dafür vertraten zwei Lehrer aus dem Kollegium der Schule Bismarckstraße die Meinung der Schulbehörde. Es ist mit ihren Beiträgen zuzuschreiben, daß allen Versammelten noch einmal deutlich wurde, wie notwendig es ist, daß die Bevölkerung und nicht die Schulbehörde darüber bestimmt, wer Lehrer wird und wer nicht. So hieß es auch in der Resolution, die bei nur 4 Gegenstimmen auf der Versammlung abgestimmt wurde.

Auch Vertreter anderer Elterninitiativen aus anderen Stadtteilen brachten ihre Solidatiät mit dem Kampf der Eimsbütteler zum Ausdruck. Die besten Agitatoren aber waren wohl die Schüler. Für ihr Theaterstück, in dem sie noch einmal die Geschichte der Entlassung darstellten, und für die Darstellung des Oberschulrats Kayser – mit Krone – erhielten sie viel Beifall.

So waren es dann auch am 26.2. schon 500 Eimsbütteler – überwiegend Schüler – die dem Aufruf des fall.

So waren es dann auch am 26.2. schon 500 Eimsbütteler – überwiegend Schüler – , die dem Aufruf des Komitees zu einer Demonstration mit Fackeln und Laternen gefolgt waren. Schon seit dem frühen Nachmittag hatte die Polizei die Schule Bismarckstraße dicht abgeriegelt und drei Mannschaftswagen hatten sich direkt davor auf der Straße postiert. Denjenigen, die am Abschlußkundgebungsplatz warteten, wurde auf ihre Fragen geantwortet: "Heute abend kommen hier welche, die die Schule zertrümmern wollen. Sie haben doch sicherlich von Frankfurt gehört. Die hier sind noch schlimmer!"

Doch die Demonstrationsteilnehmer ließen sich nicht provozieren. Eine Mutter: "Wir kämpfen doch für eine bessere Schule. Da werden wir doch keine Schulen zertrümmern!"

Auch die Gegenseite blieb in den letzten Wochen nicht untätig. Doch im Gegensatz zu uns, die die offene Auseinandersetzung immer wieder suchen, arbeitet sie mit anonymen Anrufen und Drohungen.

Nach einer Fernsehsendung, in der Eltern und Schüler zu Wort gekommen waren und klar gesagt hatten: "Solche Lehrer brauchen wir!", erhielt ein Teil der Eltern einen bereits vorgeschriebenen Brief, in dem sie ihren Protest gegen die "einseitige Sendung" zum Ausdruck bringen sollten. Senator Apel kündigte an, daß er sich beim Programmdirektor beschweren und den Programmbeirat einberufen wolle.

Der Elternratsvorsitzende der Schule ließ durch die Lehrer einen Hetzbrief an alle Schüler verteilen: "Warnung! Eltern, laßt eure Kinder nicht verführen! Eltern, schützt eure Kinder vor willkürlichem Mißbrauch!"

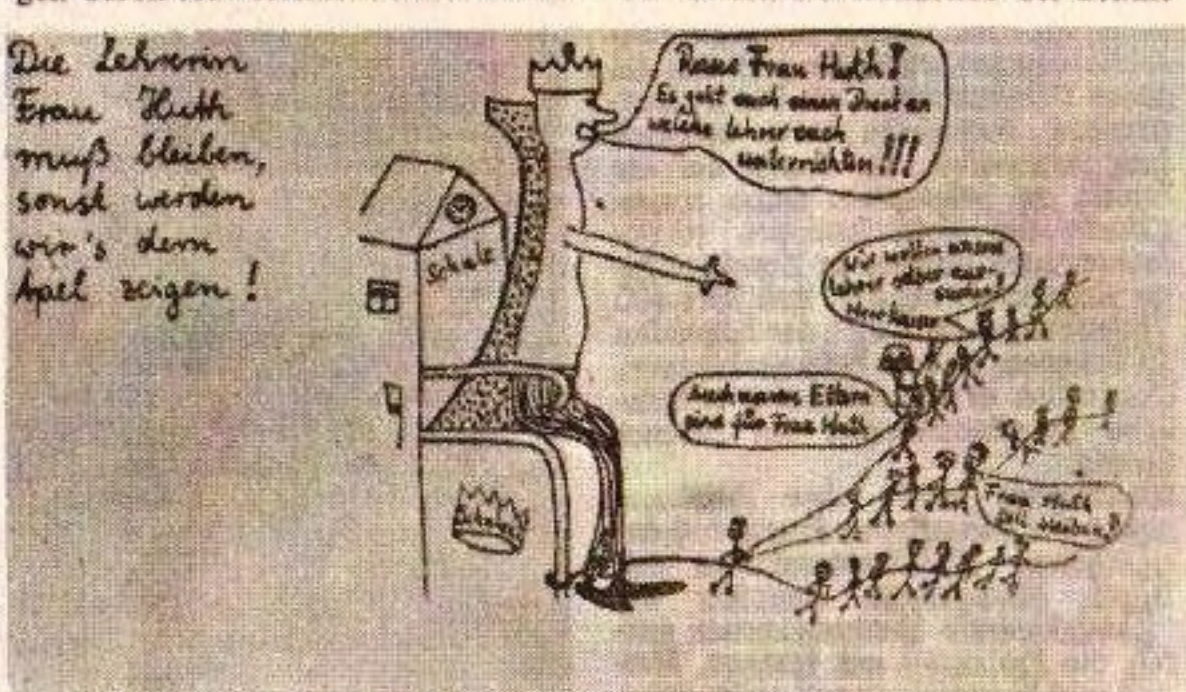
Dieser Elternrat, der sich gleichzeitig bisher beharrlich weigerte, Informationsblätter der Elternvertreter der Hauptschule 7 weiterzuleiten, wird die richtige Antwort noch erhalten. Die Eltern brauchen keinen Behördenbüttel! Sie brauchen einen Elternrat, der **ihre** Interessen vertritt! Gegen die Behörde!

Das Komitee wird jetzt weiter alle Schulkonflikte im ganzen Stadtteil aufgreifen, auf öffentlichen Versammlungen Forderungen aufstellen, Beschlüsse fassen und auf dieser Grundlage weiterarbeiten.

Dabei erweist sich täglich immer wieder die Richtigkeit der Forderungen im Programm des KBW, und die wirkliche Entwicklung gibt auch all denjenigen die Antwort, die heute sagen: "Kontrolle durch die Bevölkerung? Wahl der Lehrer durch das Volk? Da

im Programm des KBW, und die wirkliche Entwicklung gibt auch all denjenigen die Antwort, die heute sagen: "Kontrolle durch die Bevölkerung? Wahl der Lehrer durch das Volk? Da
würde ja etwas noch Schlechteres dabei rauskommen, als wenn der Staat das macht!" Denn wir haben die Erfahrung gemacht – und Eimsbüttel ist überall –, daß wir uns vor anderen Meinungen nicht zu scheuen brauchen. Denn wer gegen ein demokratisches Volksbildungswesen spricht, wer dagegen spricht, daß es das Recht der Bevölkerung sein muß, alle Angelegenheiten im Stadtteil selber zu kontrollieren und über sie zu entscheiden, der soll mal versuchen, eine breite Anhängerschaft in der Bevölkerung für diese Meinung zu finden! Der größte Teil der Bevölkerung sind die Arbeiter, die genug Erfahrungen mit dem Staat und den Kapitalisten in ihrem Betrieb gemacht haben und die diesen Vertretern schon die richtige Antwort geben werden. Auf der Versammlung in Eimsbüttel und auf der Demonstration haben sie das schon getan.

–M.H., Hamburg–



Presse erklärung

Am 16.2.1974 beschloß der Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nord-Baden unseren Ausschluß.

Als Begründung gibt der Vorstand "schweren Verstoß gegen die Interessen des Verbandes" an. Er sieht ihn bei den Kollegen Klaus Bregler, Heidrun Fischer, Fritz Güde, Rolf Stallknecht und Dieter Waibel darin, daß die Fachgruppe Gymnasien Nordbaden, die Fachgruppen Gymnasien Mannheim und Heidelberg, sowie der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher Mannheim und Heidelberg, sowie der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher Mannheim und Weinheim die Teilnahme an einer Demonstration gegen die Berufsverbote und den Schieß-Erlaß am 14.4.1973 in Stuttgart für richtig hielten. Er sieht ihn darin, daß der Kollege Jürgen Daum ein Flugblatt des Komitees gegen die Berufsverbote und gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst – Mannheim und die Kollegin Ursula Waibel ein Flugblatt des Kommunistischen Bundes Westdeutschland während der Fahrt zur GEW-Kundgebung in Köln am 6.2.1974 verteilt haben. Sowohl durch die Teilnahme an der Stuttgarter Demonstration als auch durch den Inhalt der Flugblätter sieht sich die GEW-Führung angegriffen und greift deshalb zum Ausschluß. ...

Wir halten es für besonders gewerkschaftsschädigend, daß mit den Ausschlüssen über die betroffenen Einzelmitglieder die gewerkschaftlichen Standpunkte ihrer GEW-Gruppen unterdrückt werden sollen. Die beabsichtigten Folgen dieser Ausschlüsse – Einschüchterung und Lähmung der gewerkschaftlichen Arbeit – widersprechen vollends der Politik einer demokratischen Einheitsgewerkschaft.

Unterschiedliche gewerkschaftliche Standpunkte haben ihre Ursachen nicht in der Person Einzelner, sondern sind Ausdruck einer Lage im Schulbereich, die durch materielle Verschlechterungen und politische Unterdrückung einerseits und durch Empörung und wachsenden Widerstand andererseits gekennzeichnet ist. Diese Lage dürfen wir nicht beschönigen, sondern wir müssen entschieden Partei ergreifen.

Fritz Güde
Klaus Bregler — *Rolf Stallknecht*
Jürgen Daum — *Dieter Waibel*
Heidrun Fischer — *Ursula Waibel*

WEG MIT UNVEREINBARKEITSBESCHLUSS !
Auch die GEW-Führung hat jetzt

WEG MIT UNVEREINBARKEITSBESCHLUSS !

Auch die GEW-Führung hat jetzt einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen kommunistische Organisationen gefaßt. Sie beschloß:

"... die Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund Westdeutschland oder einer ähnlichen Gruppierung oder eine generelle Solidarisierung mit diesen Gruppen erfüllt den Tatbestand des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ... Der Unvereinbarkeitsbeschluß des Vorstandes des Landesverbandes Hamburg der GEW vom 15. Januar ist satzungsrechtlich und politisch richtig."

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse spalten die Gewerkschaft. Setzen wir uns für die Einheitsgewerkschaft ein! Die GEW darf kein verlängerter Arm des bürgerlichen Staates bleiben. Sie muß sich allein an den Interessen der Mitglieder ausrichten, die gegen den Staat durchgesetzt werden müssen.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Kampf den Gewerkschaftsausschlüssen!

Weg mit dem Notenerlaß

Stuttgart. In den "Vorläufigen Richtlinien zur Bewertung von Prüfungsarbeiten (gewerblicher Bereich)" vom Oktober 1973 (Notenerlaß) heißt es:

Mit "ungenügend" sind zu bewerten:
1. Verunglimpfung von Einzelpersonen, Personengruppen, Völkern, Staaten und legalen demokratischen Einrichtungen sowie von politischen und religiösen Anschauungen.
2. Befürwortung und Verherrlichung von illegalen Handlungen, Maßnahmen, Einrichtungen sowie illegale politische Anschauungen."

Was heißt das? Als Schüler kriegst du eine 6, wenn du schreibst, der chilenische Putschgeneral Pinochet und Thieu sind Massenmörder, Nixon ist ein Lügner und Strauß ist ein Faschist. Für den Lehrer heißt das, daß er dem Schüler eine 6 geben muß, auch wenn er weiß, daß dieser Schüler recht hat.

Mit diesem Erlaß startet die Schulverwaltung einen Angriff auf die politische Meinungs- und Informationsfreiheit der Schüler; gleichzeitig ist er ein hervorragendes Mittel, die politische Einstellung der Lehrer zu kontrollieren und ihren Unterricht zu beeinflussen. Für alle fortschrittlichen Lehrer steht dieser Erlaß in engem Zusammenhang mit dem Berufsverbot.

Verunglimpfung von Staaten ist es, wenn man schreibt, Portugal unterdrücke die Völker von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique und die Bundesrepublik leiste dabei Unterstützung.

Eine "Verunglimpfung von legalen politischen Einrichtungen" ist es, wenn man im Aufsatz schreibt, der Bundesgrenzschutz und auch die Bundeswehr werden systematisch zur Bürgerkriegsarmee gegen streikende und demonstrierende Arbeiter, Schüler und Studenten ausgebaut. Was illegal ist, wird von der Kapitalistenklasse bestimmt, denn sie alleine hat ein Interesse daran, daß die Verhältnisse so bleiben wie sie sind.

ed, Freiburg

WEGEN KVZ–VERKAUF SUSPENDIERT

Der GEW-Kreisvorstand Hoya (bei Bremen) hat die AjLE-Vorsitzende Ulla Gerstenberg-Beumler wegen des Verkaufs der Kommunistischen Volkszeitung suspendiert.

Offensichtlich wollen die GEW-Führungen den Ministerpräsidentenbeschluß in eigener Regie durchführen. Die Delegiertenversammlung der GEW Bremen forderte die Zurücknahme des Beschlusses. Auch in mehreren AjLE-Verbänden wurde dieser Beschluß mißbilligt.

GEW–URABSTIMMUNG

In der GEW Hessen findet vom 27.2. bis 6.3. eine Urabstimmung statt, am 13.3. soll ein eintägiger Streik stattfinden. Der Streik richtet sich u. a. dagegen, daß einem Teil der Lehrer um die 250 DM vom Gehalt gestrichen werden soll. Wir werden in der nächsten Nummer der KVZ darüber berichten.

GEGEN UNVEREINBARKEITSBESCHLUSS

Die Delegiertenversammlung des Verbandes Bremer Lehrerinnen und Lehrer (GEW) Bremen, die etwa 1 600 Mitglieder repräsentieren, hat auf ihrer Sitzung am 21. Februar einstimmig festgelegt, daß sich ihre Delegierten auf dem Bundeskongreß der GEW gegen die Übernahme jeglicher politischer Unvereinbarkeitsklauseln in die Satzungen der Gewerkschaft aussprechen und stimmen sollen.

Göttingen/Osterode. Die Bezirksvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat am 12.2. das Vorgehen der Hamburger GEW-Führung verurteilt. Die Bezirksvertreterversammlung von Göttingen/Osterode erklärt u. a. in der Resolution, daß durch solche Maßnahmen die innergewerkschaftliche Demokratie abgetötet und die Gewerkschaft geschwächt würde.

FRANKFURT

Polizeibelagerung und Demonstrationsverbot durchbrochen

FRANKFURTER BEVÖLKERUNG WENDET SICH IMMER STÄRKER GEGEN DIE NOTSTANDSMASSNAHMEN

Seit Donnerstag, dem 24. Februar machen Polizeiaufgebote Frankfurt unsicher. Die Stadt war tagelang grün von Polizeiuniformen, Wagen, Wasserwerfern.

Was war der Grund für diesen Aufmarsch? Der Grund ist folgender: Die Bewohner unserer Stadt müssen viel aushalten. Insbesondere in der Wohnungsfrage ist die Lage der werktätigen Menschen in Frankfurt ganz unerträglich. Der Magistrat tanzt nach der Pfeife der Grundstückseigner. Er überläßt ihnen diese Stadt als Spekulationsparadies. Aus ganzen Häuserteilen werden die Mieter verjagt, werden die Wohnungen abgerissen. Anschließend wird ein Bürohochhaus hingestellt. Das bringt höhere Einnahmen. Die Bewohner müssen in Siedlungen am Rande der Stadt ziehen, zahlen sich dort an den noch höheren Mieten krumm und müssen oftmals stundenlange Zufahrtswege zum Arbeitsplatz in Kauf nehmen. Das schafft Unmut in einer Zeit, wo sowieso schon die Löhne sinken, die Arbeitshetze steigt und die Preise inflationieren. Viele wissen nicht mehr ein noch aus. Endgültig lief aber vielen Bürgern in Frankfurt die Galle über, als in der letzten Woche Magistrat und Landesregierung eine riesige Polizeiarmee in Marsch setzten, bloß um den Geldsäcken, die die ganze Stadt zerstören, die Profite zu sichern.

Am Donnerstag, den 21. Februar wurden im Frankfurter Westend in den frühen Morgenstunden in einer großangelegten, bürgerkriegsmäßigen Polizeiaktion 5 guterhaltene Wohnhäuser zerstört. Vorher wurden die etwa 80 Bewohner dieser Häuser, zumeist Studenten, die dieses Haus seit längerer Zeit besetzt hielten, um die Zerstörungen dieser Wohnungen zu verhindern, verhaftet und auf die Straße gesetzt worden. An die Stelle dieser Häuser wird jetzt der stadtbekannte Grundstücksbesitzer Bubis ein 28 stöckiges Bürohochhaus setzen lassen.



Die Häuser werden unter Polizeischutz abgerissen.

Kurz nach Bekanntwerden dieser Polizeiaktion versammelten sich schon um 5 Uhr 300 bis 400 Menschen zum Protest gegen die Räumung der Häuser. Damit war der Plan des Magistrats, ohne viel Aufsehens vollendete Tatsachen zu schaffen, ins Wasser gefallen. Zwischen 6 und 7 Uhr früh fand eine Demonstration von ca. 1 000 Frankfurtern statt. Es wurden kurze Kundgebungen durchgeführt und die Bevölkerung über die Zerstörung dieses Wohnraums und die Bürgerkriegsmanöver unterrichtet. Das versuchte der Magistrat mit Polizeimitteln zu unterbinden: Verhaftungen, Prügel, Schikanen. Diese Methoden müssen Magistrat und Regierung anwenden, weil fast jeder im Volk unter den Miet- und Wohnungsverhältnissen leidet und einen die kalte Wut packt, wenn hunderte von Polizisten mit Wasserwerfern, Sirenengeheul, Tränengas und Knüppeleinsätzen dieses zerstörerische Treiben bewachen und alle, die sich dagegen auflehnen, durch die halbe Stadt jagen. Daher muß Protest aufkommen, wenn Menschen verfolgt, geprügelt und verhaftet werden, weil sie ihre Meinung auf die Straße tragen. Am darauffolgenden Samstag, zwei Tage später, demonstrierten deshalb auch bereits um die 5 000 Menschen. Sie stießen in der Bevölkerung nahezu überall auf Sympathie und Zustimmung. Um sich in dieser Lage Raum für seine volksfeindliche Politik zu schaffen, mußte der Magistrat einen Stimmungsumschwung herbeiführen versuchen. Landesregierung und Magistrat provozierten bei der Demonstration am Samstag schwere Zwischenfälle. Sie wollten die Demonstranten in das Licht von "Berufsstörenfrieden" und "Kriminellen" rücken. Es gelang der Polizeiführung auch, eine gewaltsame Auseinandersetzung zu verursachen. Vor dem Schutthaufen der ehemaligen Wohnhäuser – Symbol der Stadtzerstörung und des Widerstandes dagegen – postierte sie eine kleine Polizeitruppe. Die Hauptmasse der Polizeikräfte hielt sie im Hintergrund, in Nebenstraßen versteckt in Lauerstellung. Auf diese Provokation ist ein kleiner Teil der Demonstranten auch prompt hereingefallen. Sie gingen auf die Polizeigruppe los. Darauf hatte die Polizeiführung gewartet. Sie griff nun die ganze Demonstration an. Die Demonstranten versuchten zwei Stunden lang verzweifelt, ihr Recht auf die Straße zu behaupten. Dann triumphierte der Polizeiknüppel. 50 Demonstranten mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden, weit über 100 Verhaftungen im Laufe der folgenden 50 Stunden, überall Polizeischikanen, Kontrollen der Bevölkerung, willkürliche Durchsuchungen auf offener Straße.

Gleichzeitig setzte eine Hetzkampagne der bürgerlichen Presse und der staatlichen Rundfunkanstalten ein. Durch bluttrünstige Berichte wie "Randalierende Demonstranten griffen die Polizisten mit Steinen, Messern und Brandsätzen an" sollte Stimmung gegen den gerechten Kampf um die Erhaltung von Wohnhäusern und gegen den Bau eines weiteren Büroturmes gemacht werden.



5 000 Menschen demonstrierten zwei Tage nach der Polizeiaktion unter Sympathie und Zustimmung der Frankfurter Bevölkerung in der Innenstadt.

WEG MIT DEN NOTSTANDSMASSNAHMEN DER BOURGEOISIE UND IHRES STAATES!

Am nächsten Tag, Sonntag, entfaltete die hessische Landesregierung eine fieberhafte Tätigkeit. Sie führte eine Sondersitzung des Kabinetts durch und beschloß ein Sofortprogramm von 5 Millionen DM zur weiteren Aufrüstung der Polizeitruppen in Hessen, die während dieser Tage durch Einheiten aus Rheinland-Pfalz verstärkt worden waren.

Der Polizeipräsident von Frankfurt, Müller, erklärte öffentlich: in der nächsten Zeit werde es in Frankfurt keine Agitation, Kundgebung oder Demonstration zur Frage der Wohnraumzerstörung geben, da dies mit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verbunden wäre.

Am Montag war die Situation in Frankfurt schlecht. Der Magistrat und die Landesregierung, die diese Stadt Stück für Stück den Grundstückhaien in den Rachen schieben, lassen sich in der bürgerlichen Presse als Hüter von Sicherheit, Ordnung und Volkswohl feiern. Die öffentliche Meinung war gespalten und im Gefolge der Polizeiknüppel krochen die bürgerlichen aus den Lacken und beherrschten die Diskussion im Volk. Der Volksprotest gegen die Politik von Magistrat und Landesregierung, durchaus noch vorhanden, wagte sich kaum hervor.

In dieser Lage unternahm die Ortsleitung des KBW folgende Schritte. Sofort rief sie die Mitglieder des KBW und seiner Massenorganisationen zusammen und beriet die Lage. Es wurde beschlossen, daß sich alle Genossen in die Stadt begeben, die Agitation entfalten und mit einer Unterschriftensammlung gegen die Maßnahmen von Magistrat und Landesregierung beginnen. Es wurde beschlossen, eine Initiative für eine Demonstration am Samstag einzuleiten. Zu diesem Zweck sollte eine Aktionseinheit geschlossen werden. Als Losung dieser Aktionseinheit wurde vorgeschlagen: "Für eine Demonstration gegen Magistrat und Landesregierung", "Für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlung und Demonstration".

Am Dienstag wurde eine Besprechung von Vertretern "linker" Gruppen durchgeführt. Vorweg, es unterstützten überhaupt nur die Genossen der Gruppe Rote Fahne (KPD) unsere Initiative. Leute wie Daniel Cohn Bendit, der sich in Frankfurt gerne als großer Rebell feiern läßt, behauptete, die Initiative sei "ein Wahnsinnsunternehmen". Das hatte einen sehr schlechten Einfluß auf die anderen anwesenden Gruppen. Sie dachten sich: Wenn ein so großmäuliger und wilder Revolutionär wie Cohn Bendit die Sache für aussichtslos hält, dann ist sie bestimmt ein verrücktes Abenteuer. Wir haben uns von diesem Gerede nicht beeindrucken lassen. Wir haben uns auf die Berichte und Erfahrungen unserer Genossen verlassen, die in der Stadt mit der Bevölkerung diskutierten und folgendes berichteten; Die öffentliche Meinung ist gespalten, die Reaktionäre treten frech hervor wie sonst nicht, im Grunde aber ist eine Mehrheit gegen die Polizeimaßnahmen des Magistrates und der Landesregierung. Wir sind dann zu folgender Auffassung gekommen. Wenn schon die "linken" Plärrer nicht imstande sind, die politische Lage zu bewältigen, dann ist es nötig, daß wir jedermann auffordern, die Initiative "Für eine Demonstration gegen Magistrat und Landesregierung – Für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlung und Demonstration" zu unterstützen.

Nach den Provokationen der Polizei hetzte die bürgerliche Presse.

Es hat sich gezeigt, daß diese Einschätzung richtig war. Im Lauf der Woche unterschrieben mit vollem Namen und ausdrücklicher Billigung der Veröffentlichung weit über 600 Bewohner Frankfurts den Aufruf zur Demonstration. Wir drucken den Aufruf auszugsweise ab. Der Aufruf wurde in mehreren zehntausend Exemplaren verbreitet.

"Die Unterzeichner stellen fest:
Die schon seit Wochen organisierten bürgerkriegsmäßigen Aufmärsche, die planmäßige Zuspitzung der Auseinandersetzung am Samstag durch die Polizei, sowie die anhaltenden Übergriffe von Zivilbeamten zeigen: Die SPD/FDP-Regierung nutzt mit Hilfe der von ihr geführten Polizei jede Möglichkeit, um Bewegungen gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, gegen Wohnraumzerstörung, Mietwucher und Bodenspekulation, gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung den Stempel der Kriminalität aufzudrücken.
Die Provokation am Samstag beabsichtigte, einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung herbeizurufen und die 5 000 Demonstranten als "Politrocker" und "Kriminelle" hinzustellen. Damit sollte die Aufhebung des Demonstrationsrechts und der Versammlungsfreiheit in Frankfurt, die politische Knebelung des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA), die Freigabe des Schusswaffengebrauchs und die weitere Aufrüstung der Polizei durch einen Sonderetat von 5 Millionen DM gerechtfertigt werden.
Die Unterzeichner erklären:
Wir sind nicht bereit, uns diesen Angriff auf die politische Bewegungs- und Betätigungsfreiheit durch die Staatsorgane zu beugen.
Wir sind nicht bereit, diese Ausnahmerechte hinzunehmen, die es Magistrat und Landesregierung gestatten sollen, jedwede Bewegung gegen die Profitgier der Kapital- und Grundeigentümer nach Willkür zu unterbinden.
Diese Gesellschaft ist von Ungerechtigkeit und Ausbeutung gekennzeichnet. Daß sich ausgebeutete und unterdrückte Menschen, um für ihre Interessen zu kämpfen, zusammenschließen, ist gerechtfertigt.
Die Unterzeichner fordern:
SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSAUFMÄRSCHEN DER POLIZEI!
WEG MIT DEN NOTSTANDSMASSNAHMEN!
VOLLE DEMONSTRATIONS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT!
KEINE EINGRIFFE IN DIE RECHTE DES ASTA!
KEINE AUSWEISUNG DES ASTA-AUSLÄNDERREFERENTEN EDIL TOKMAR!
SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER NOCH INHAFTIERTEN! KEINE STRAFANTRÄGE!
Wir fordern jedermann auf, sich diesem Aufruf, und der Demonstration anzuschließen!

Auf der Linie der Aktionseinheit führten die Mitglieder der Ortsgruppe und aus den Massenorganisationen mit hunderten von Frankfurter Bürgern die öffentliche Debatte, deren Verhinderung das Ziel aller Polizeimaßnahmen war. Die Stimmung unter den Massen war gespalten, aber deshalb hatten die Kapitalisten und ihre Parteien ihren verlorengegangenen Kredit keineswegs wiedergewonnen. Das zeigt sich auch daran, daß zu den Bürgerversammlungen, die in zwei Stadtteilen durchgeführt wurden, über 150 Menschen kamen, um über ihre brennenden Probleme im Stadtteil um über die notwendigen Kampfmaßnahmen zu beraten. Auf diesen Versammlungen erklärten die Anwesenden einstimmig bzw. bei einer Gegenstimme: Daß es richtig ist, sich das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlung und Demonstration nicht nehmen zu lassen und beschlossen, sich an der Demonstration zu beteiligen.

MAGISTRAT UND LANDESREGIERUNG VERBIETEN DEMONSTRATION!

Einen Tag vor der Demonstration sprach der Frankfurter Polizeipräsident ein Verbot der Demonstration aus. Die Demonstration gefährde die "öffentliche Sicherheit und Ordnung". Tatsache aber ist, daß eine Demonstration gegen Magistrat und Landesregierung niemanden sonst gefährlich wird, als eben diesen Stadt-



In vielen Diskussionen stellte sich immer wieder heraus, dass eine grosse Mehrheit gegen die Polizeimassnahmen war.

Polizeibelagerung...

FORTSETZUNG

und Landesfürsten.
Die Bevölkerung ist unzufrieden mit dem Regiment dieser Leute, deshalb ist die Demonstration verboten worden. Doch die Probleme in der Stadt brennen den Menschen auf der Haut und sie haben ein großes Interesse daran, öffentlich über die Politik des Magistrats und der Landesregierung zu diskutieren. Daran konnte auch der Versuch der Polizeiführung, durch große Aufmärsche, durch Flugblattaktionen und Lautsprecherdurchsagen, die Bevölkerung einzuschüchtern, nichts ändern.
"**Meiden** Sie Stellen, an denen sich Demonstranten zusammenrotten, an denen Transparente entfaltet, Reden gehalten werden". (aus dem Flugblatt der Frankfurter Polizei an die Bevölkerung) Die Demonstration fand trotz aller Schikanen der Polizei, die selbst auf dem Fußgängerabschnitt der Zeil Einsatztrupps postierte und **hunderte** von zivilen Polizisten unter die Bevölkerung schickte, statt. Die Frankfurter Bevölkerung hielt sich nicht von den Demonstranten fern, sondern suchte im Gegenteil den Kontakt und die Debatte und unterstützte teilweise direkt die Demonstration.
Es gelang, einmal einen Demonstrationsblock von 1 000 Menschen zusammenzuschließen und in Bewegung zu setzen; mehrmals bildeten sich kleinere Demonstrationszüge.
Die Polizeikette quer über die Zeil konnte nicht verhindern, daß sich die Demonstranten mit den Zehntausend, die am Vormittag auf der Zeil ihren Einkäufen nachgehen, zusammenschlossen und eine breite und fruchtbare Debatte führten. Deshalb nicht, weil die Zehntausend die Debatte wollten.
Daß die Polizei den Anmelder dieser Demonstration, Gerd Koenen, Sekretär der Ortsgruppe Frankfurt des KBW, aus dem Gespräch mit der Bevölkerung heraus verhaftete, zeigt deutlich vor der ganzen Frankfurter Bevölkerung, wovor dieser Magistrat und diese Landesregierung Angst haben. Daß sie ihn schon am Nachmittag wieder freilassen mußte, beweist, daß die Demonstration politisch stark war. Politisch stark, weil das Volk seine Interessen frei debattieren will, nach eigenen Wegen sucht, die Probleme zu lösen und sich nicht mehr auf die bürgerlichen Parteien und die staatlichen Einrichtungen verläßt.
Mit dieser Demonstration hat die Aktionseinheit ein erfolgreiches Ende gehabt; der Triumpf des Polizeiknüppels wurde gebrochen; das Demonstrationsrecht hergestellt. Auf einer Versammlung nach der Aktion wurde nach ausführlicher Debatte folgende Resolution verabschiedet:
"Der Versuch des SPD-Magistrats und der Landesregierung, die Frankfurter Bevölkerung einzuschüchtern, ist nicht gelungen. Die Demonstration gegen Magistrat und Landesregierung – für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlung und Demonstration hat heute stattgefunden. Es ist der Polizei nicht gelungen zu verhindern, daß sich Bewohner dieser Stadt versammeln, ihre Meinung äußern und demonstrieren.
An die 2 000 Menschen waren an den Protestaktionen beteiligt: Obwohl starke Polizeikräfte aufgefahren wurden, konnte nicht verhindert werden, daß sich Demonstranten zu einem an die 1 000 Mann starken Zug und mehreren kleinen Demonstrationen formierten. Darin liegt der Erfolg dieser Aktion. Die Bevölkerung hat die Demonstration mit Interesse und großer Anteilnahme verfolgt. Viele Bürger stehen den Bürgerkriegsaufmärschen von SPD-Magistrat und Landesregierung feindlich gegenüber. Das totale Demonstrationsverbot ist durchbrochen und es ist bewiesen, daß Magistrat und Landesregierung nicht nach Willkür mit den Bewohnern dieser Stadt verfahren können. Die Versammelten protestieren dagegen, daß Flugblattverteiler belästigt und festgenommen wurden. Sie protestieren dagegen, daß Gerd Koenen, Anmelder der Demonstration und Sekretär der KBW-Ortsgruppe Frankfurt, aus dem Gespräch mit der Bevölkerung heraus festgenommen wurde. Sie fordern:
Sofortige und bedingungslose Freilassung aller Festgenommenen!
Keine Strafanträge! –KBW, Ortsgruppe Frankfurt–



Die Polizei ist gegen die Demonstranten aufgezogen; mit Lautsprecherwagen fordert sie die Bevölkerung vergeblich auf, die Demonstranten zu meiden.

Vor und während der Demonstration lasen viele Menschen die Wandzeitungen, die über die Polizeimassnahmen aufklärten und die Rechenschaftspflicht forder ten.





Mehr als 600 Menschen unterschrieben die obenstehende Resolution und unterstützten den Aufruf der Demonstranten.

DEMONSTRATION AUCH IN OFFENBACH

Offenbach. Die SPD-Stadtverwaltung in Frankfurt und die hessische Landesregierung haben versucht, die Frankfurter Bevölkerung durch den bürgerkriegsmäßigen Aufmarsch von Polizei aus verschiedenen Bundesländern einzuschüchtern und den Protest gegen das Wohnungselend und die Spekulation zu ersticken. Dieser unverschämte Versuch ist auch in der Offenbacher Bevölkerung auf breite Ablehnung gestoßen. Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Ortsaufbaugruppe Offenbach, konnten in rund 5 Stunden auf dem Markt in Offenbach etwa 230 Unterschriften gegen Wohnraumzerstörung, gegen den Polizeiaufmarsch und für freie politische Betätigung sammeln. Am Samstagmittag demonstrierten nach einer Kundgebung rund 40 Menschen unter den Parolen der Aktionseinheit in Frankfurt durch die Offenbacher Einkaufsstraßen.

OAG Offenbach



Eine Genossin berichtet von den Gesprächen in der Stadt

Nachdem die Stadt Frankfurt am Donnerstag, 21. Februar, die Häuser in der Bockenheimer Landstraße und Schumanstraße gegen den Willen der Bevölkerung und im Interesse der Spekulanten und Banken gewaltsam durch ihre Polizeitruppen räumen und sofort abreißen ließ, kam es in der Folge zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Teilen der Bevölkerung, größtenteils Studenten, die sich ihr Recht nicht nehmen ließen, ihren Protest gegen diese volksfeindlichen Maßnahmen auf die Straße zu tragen.

Dies in einer Situation, wo die Bevölkerung zunehmend beginnt, aktiv für ihre Interessen zu kämpfen: In Frankfurt haben nach den Streiks im öffentlichen Dienst weiterhin 74 % der Mitglieder der ÖTV das Lohnraubergebnis, das die Gewerkschaftsfunktionäre mit ihren Parteifreunden in der Regierung zum Schaden der Mitgliedermassen ausgehandelt haben, abgelehnt; der Widerstand gegen den Bau des Fechenheimer Großkraftwerks und den Bau der A 80, mitten durch bewohnte Stadtteile, wächst täglich; die Lehrer bereiten einen Warnstreik vor gegen ein Gesetz, das die miserablen Verhältnisse an den Schulen weiterhin festigen soll, und treten zunehmend für ein einheitliches Schulwesen ein; der Kampf gegen die Wohnraumzerstörung zugunsten von Büroklötzen für die Geldsäcke wird täglich breiter. All diese beginnenden Kämpfe sollen sofort massiv unterdrückt werden.

In dieser Situation gingen wir in die Stadt und diskutierten mit der Bevölkerung über die Zustände und sammelten Unterschriften
Der größte Teil der Bevölkerung – ich sammelte in Bornheim am Uhrtürmchen – hatte sich nicht irritieren lassen von der Hetzkampagne, weil er tagtäglich die Erfahrung macht von Mietwucher, Lohnraub, Preistreiberei. Weil er auf jedem Gang durch die Stadt, vor allem im Westend, auf viele leerstehende unbenutzbar gemachte Häuser trifft, obwohl doch Wohnungen so dringend benötigt werden, oder auf leere Wohnungen, die deshalb leer stehen, weil wir die Miete dafür nicht bezahlen können. Weil er weiß, daß er die politische Bewegungsfreiheit und das Recht, zu demonstrieren und zu streiken, unbedingt braucht, um für seine Interessen zu kämpfen. Weil er sieht, daß die Polizei von den Kapitalisten und ihrem Staat gegen uns eingesetzt wird.
So herrschte breite Empörung über die Notstandsmaßnahmen des Magistrats und der Landesregierung, und fast alle unterschrieben. Einige hatten Angst zu unterschreiben, Angst vor nachträglicher Verfolgung oder anderen Repressalien. Dann wies ich sie an diesem Beispiel darauf hin, daß dies ein bezeichnendes Licht auf unsere Gesellschaft wirft, wenn wir berechtigte Angst haben müssen, uns offen mit unserer Unterschrift zu unserer Meinung zu bekennen, Angst haben zu müssen, uns für unsere eigenen Interessen einzusetzen. Und daß es deshalb umso nötiger ist, zu unterschreiben, um sich das Recht zur freien Meinungsäußerung auf jeden Fall so zu erkämpfen, weil wir es im Kampf für unsere Interessen benötigen, und daß deshalb unbedingt viele unterschreiben müssen. Das überzeugte viele, die dann doch unterschrieben.
Gleichzeitig diskutierten wir darüber, daß so eine Unterschriftensammlung eine Form ist, dem Volkswillen auch gegen den Magistrat und die Landesregierung Ausdruck zu verschaffen. Es gibt in unserem Land keine Volksabstimmungen zu den wichtigen politischen Fragen, keine Demokratie für das Volk. Die sogenannten Volksvertreter sind dem Volk nicht rechenschaftspflichtig, sind nicht jederzeit abwählbar. Die bürgerliche Demokratie beschränkt sich auf den Gang zur Urne. Danach sind diejenigen, die unsere Interessen vertreten sollen, nur noch ihrem Gewissen verantwortlich. Und dieses Gewissen ist ein käufliches und fragt nicht im geringsten danach, was das Volk will.

– U.B., Frankfurt –

DKP auf der anderen Seite

DKP–STUDENTEN UNTERSTÜTZEN DIE POLIZEI

Frankfurt. Anläßlich der Ereignisse um die Demonstration gegen Wohnraumzerstörung und Polizeiterror in Frankfurt am 23.2. zeigten einige Führer des MSB Spartakus (der Studentenorganisation der DKP), die sich zur gleichen Zeit im Frankfurter Studentenhaus zu ihrem Bundeskongreß versammelt hatten, in deutlicher Weise ihr wahres Gesicht: sie sind ausgekochte bürgerliche Politiker.
Als die Polizeihorden das Studentenhaus stürmen wollten, die Scheiben einschlugen und das ganze Erdgeschoß mit Tränengas eindeckten, flohen viele der dort versammelten Demonstranten in den ersten Stock, um von dort aus zu einem Hinterausgang zu gelangen. Dazu mußten sie durch den Trakt, den der MSB für seinen Kongreß angemietet hatte. Sofort blockierten die Ordnertrupps des MSB die Eingangstüren des Traktes, ließen niemanden durch und drängten die die Treppe hochkommenden Menschen gewaltsam wieder ins Parterre, wo jederzeit damit zu rechnen war, daß sie dort von den Polizisten verprügelt und verhaftet werden würden. Einige Spartakistenlümmel, die sich besonders hervortun wollten, riefen den z. T. in Panik geratenen Demonstranten zu: "Verschwindet hier, sonst holen wir unsere Leute!" Die Führer des MSB scheuten sich nicht nur davor, die Demonstranten wieder in die Arme der Polizei zu treiben, damit diese ihr leichtes Spiel habe, sie taten sich noch damit hervor, Polizeipräsident Müllers Landsknechten die Arbeit abzunehmen, indem sie den Demonstranten Prügel androhten, falls diese den ersten Stock nicht räumen würden. Den Frankfurter Studenten wird die Rolle der MSB-Führer immer deutlicher:
Erst rufen sie großspurig zu machtvollen Demonstrationen auf, schicken dort selbst nur einen kümmerlichen Haufen von 15 Mann hin, um das Gesicht ihres Verbandes vor den Massen zu wahren und fallen ihnen bei der erstbesten Gelegenheit in den Rücken, wechseln mit fliegenden Fahnen das Lager und unterstützen das Spiel des Frankfurter SPD-Spitze.
Daß es sich bei den MSB-Führern um bürgerliche Politiker übelster Sorte handelt, beweist allerdings nicht nur der Vorfall im Studentenhaus, sondern auch die Presseerklärung, die der Spartakus-Vorsitzende Steffen Lehndorff im Anschluß an die blutigen Polizeiprovokationen gab. "Die Räumung der besetzten Häuser in der Bockenheimer Landstraße/Schuhmannstraße stehe in direktem Zusammenhang mit dem Bundeskongreß des MSB Spartakus" erfährt der erstaunte Leser der Frankfurter Rundschau am 25.2.. Genauso wie die Politiker der großen bürgerlichen Parteien jeden möglichen 'Fall' ausschlachten, um sich daran persönlich zu profilieren, entblödet sich dieser Politikaster nicht, die Ereignisse des Samstag als billige Publicity für seinen Verband auszunützen.

Nun, die Frankfurter Bürger haben in den letzten fünf Wochen ihre Erfahrungen mit bürgerlichen Politikern gemacht – die Studenten auch. Sie werden dem MSB in der kommenden Zeit zeigen, was sie davon halten.

R.S., KSB Frankfurt

WUPPERTAL

Der Kampf um ein Jugendzentrum

Am Samstag, den 16. Februar, diente die Wuppertaler Nordstadt der Polizei als Übungsfeld: Geübt wurde der Einsatz gegen friedliche Demonstranten, gegen Jugendliche, die ihre Rechte fordern.
Seit einem Jahr kämpfen die Wuppertaler Jugendlichen um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Ihre Forderungen seit einem Jahr, ein leeres Haus zu bekommen und die laufenden Kosten zu tragen, wurden jedoch von der Stadt abgelehnt.

Schon letzten Herbst hatten die Jugendlichen zu einem ihrer Notlage entsprechenden Mittel gegriffen. Sie führten eine auf 30 Stunden befristete Warnbesetzung durch (KVZ Nr. 6/73), die nach 7 Stunden durch einen brutalen Polizeieinsatz aufgerieben wurde.
Am 16. Februar wollte die Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum (ISJ) sich ihre Rechte selber erkämpfen und sich ein städtisches leerstehendes Haus nehmen und selbst einrichten. Wie aber die Stadt und ihre hilfsbereite Polizei über die Rechte der Jugendlichen denken, konnten die Bewohner der Elberfelder Nordstadt mit eigenen Augen verfolgen. Mit scharfgemachten Hunden, mit Helmen, Visieren, Schlagstöcken und Schutzschildern ausgerüstete Polizisten gingen massiv gegen die Jugendlichen vor. Ein Aufgebot von über hundert Polizisten brachte für diesen Zweck Aufruhr in die Nordstadt, weitere Hundertschaften standen in Bereitschaft, um eingesetzt zu werden. Für das Geld, das hier ausgegeben wurde, hätte man schon einige Jahre die laufenden Kosten eines Jugendzentrums decken können. Mit Recht sagte eine Nordstadt-Bewohnerin, die ganz empört die Polizeiaktion verfolgt hatte und am liebsten gegen die "Bullen" vorgegangen wäre: "Soll die Stadt den Jugendlichen doch endlich ein Jugendzentrum bauen – ich habe auch Kinder im jugendlichen Alter und verstehe ihre Forderungen sehr gut. Und gerade in der Nordstadt, wo die Jugend sich nur auf der Straße aufhalten kann, muß ein Jugendzentrum hin!"
Das ist auch die Meinung der meisten Erwachsenen. Aber statt Geld für ein Jugendzentrum bereitzustellen, läßt die Stadt für 4,4 Millionen lieber ein Affenhaus (!) bauen.

Das Geld für das Jugendzentrum sowie für alle öffentlichen Ausgaben müssen die bezahlen, die auch das Geld haben: die Vermögenden und Unternehmer. Deshalb muß die Forderung lauten, wie es auch schon im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland formuliert ist: Bestreitung der öffentlichen Ausgaben durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft! Abschaffung aller indirekten Steuern!

Wenn die Mieter der Elberfelder Nordstadt, im größten Sanierungsviertel Westdeutschlands, für die Offenlegung aller Sanierungspläne, für bessere Wohnverhältnisse, für niedrigere Mieten, auf die Straße gehen, wird die Polizei sich genauso verhalten wie sie das am Samstag einem Teil der Nordstadtbewohner vorgemacht hat: offene Gewaltanwendung. Auch wenn die Polizei die Hausnahme vereiteln konnte, war das kein Zeichen der Stärke. Es war ein Zeichen der Schwäche, die Angst vor den Aktionen des Volkes!
Hier hilft auch kein Appell an die Justiz. Die vor zwei Wochen angelaufenen Prozesse gegen die Jugendlichen der ISJ, die an der Hausbesetzung letzten Herbst teilnahmen, haben gezeigt, daß die Justiz alles andere als "gerecht" ist. Auch sie steht gegen das Volk und die Jugendlichen.

Schluß mit der Kriminalisierung der Jugendlichen!
Für die Aufhebung der Strafanträge und für Freispruch der Angeklagten!
Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in der Elberfelder Nordstadt!

Für Samstag, 23.2.74, wurde gleich wieder eine Demonstration geplant, die sich gegen die Polizeimaßnahmen der Stadt richtete und die Forderung der ISJ für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum nochmals unterstreichen sollte.
Zur Demonstration wurden Handzettel mit folgenden Parolen verteilt, die auch auf Transparenten mitgeführt wurden:

- Die Stadt streicht unsre Steuern ein
  und läßt uns in kein Haus hinein
- Weg mit den Strafanzeigen – Freispruch für die Hausbesetzer
- Gegen uns Hand in Hand Polizei und Jugendamt

Der Zug mit über 300 Demonstranten bewegte sich an den Häusern vorbei, die die Jugendlichen letzten Samstag einrichten wollten, und die mit scharfen Hunden abgesichert waren. Am Platz der Schlußkundgebung wurden nochmals die Forderungen der ISJ laut verkündet und die Stadtverordneten aufgefordert, zu Verhandlungen ins wöchentliche Plenum (das Beschlußorgan der ISJ) zu kommen.
Ein Teil der Nordstadt-Bevölkerung erklärte sich bereits solidarisch mit den Jugendlichen und empörte sich über die Polizeieinsätze; gleichzeitig äußerte sich großes Unverständnis über die Maßnahmen der Stadt.



Mit scharfgemachten Hunden gegen die Jugendlichen: Der Kampf für ein Jugendzentrum ist gerecht.

ISJ-Spendenkonto, Stichwort "Prozesse",
Stadtsparkasse Wuppertal,
Konto Nr. 113 510 53

Dieses leerstehende Gebäude, ein ehemaliges Altersheim mit 150 Räumen in bestem Zustand, mit großem Garten und einer modernen Großküche will die Münchener Stadtverwaltung abreißen, um an dieser Stelle ein Kulturzentrum für die oberen Zehntausend für 180 Millionen DM (Kostenvoranschlag) bauen zu lassen. Hausbesitzer ist die Stadt München. Die Bürgerversammlung des Stadtteils Haidhausen hatte gefordert, das Haus wenigstens bis zum Bau für ein Bürgerzentrum freizugeben. Es bildete sich eine "Aktion Bürgerzentrum Haidhausen". Die Stadt reagierte darauf mit dem Beschluß, das Haus sofort abreißen zu lassen, um weiteren Ärger zu vermeiden. Die darauf erfolgte Besetzung des Hauses durch 200 Haidhauser am 15.2. wurde mit einem riesigen Polizeiaufgebot (1 000) in kürzester Zeit brutal zerschlagen. Über 150 Menschen wurden festgenommen, an Ort und Stelle erkennungsdienstlich behandelt, dann ins Gefängnis verfrachtet, nocheinmal erkennungsdienstlich behandelt. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen alle ein Verfahren wegen schweren Hausfriedensbruches ein. Doch ein Jugendzentrum hat die Stadt inzwischen in Aussicht gestellt. Der Kampf war nicht umsonst.

- Die volksfeindlichen Pläne der SPD-Stadtverwaltung können nicht mehr im Schutze der Dunkelheit durchgeführt werden. Der Abbruch des Altersheim kann nicht, wie geplant, klammheimlich über die Bühne gehen. OB Kronawitter mußte Federn lassen. Er wird es zumindest im Stadtteil Haidhausen zukünftig noch schwerer haben, seine seichte Sozialdemagogie an den Mann zu bringen.
- Die an der Aktion Bürgerzentrum Beteiligten haben nicht resigniert. Als Bürgerinitiative wird man sich zukünftig intensiver mit den Auswirkungen der Stadtsanierung auf die Bewohner befassen.

W.P., München

DIE KIRCHE ERHÖHT DIE PREISE

Bremen. Rechtzeitig vorbereiten muß man sich durch höhere Rücklagen auf ein verteuertes Sterben in Bremen-Nord. Die Grambker Kirchengemeinde hat für "ihren" Friedhof die Preise erhöht. Steigerung: 40 %!
Die Kirche beteiligt sich dadurch munter an der verschärften Ausbeutung der Werktätigen. Gleichzeitig stieg das Kirchensteueraufkommen in Bremen um 9,5 % auf 60 Millionen Mark! Allein die Hälfte davon wird für "Personalkosten" verwandt und stopft die Wänste der Pfaffen.
Weil viele Menschen nicht mehr bereit sind, die Parasiten in den Kirchen und Klöstern zu finanzieren und weil die Vertröstung auf ein angenehmes Leben im Jenseits immer weniger sticht, erklärten 1973 in Bremen 6 100 Menschen ihren Austritt aus der evangelischen Kirche. "Es ist sogar vorgekommen, daß ganze Bürogemeinschaften zusammen ihren Austritt erklärten", bedauert die Kirchen Leitung. Dabei entspricht die tatsächliche Macht der Kirche keineswegs der Kraft von zwei Prozent Kirchgängern. Sie wird vom kapitalistischen Staat als ideologisches Instrument gegen das Volk am Leben gehalten, unterstützt, finanziert. Allein dadurch, daß die Kirchensteuer vom Staat eingezogen wird, sichert sich die Kirche die ökonomischen Mittel zur Ausübung ihres reaktionären ideologischen Einflußes.
Wir fordern deshalb:
Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Vereinigungen ohne Ausnahme werden vom Staat als private Vereine behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen!

–r–,Bremen

8. März: Frauentag

INTERNATIONALER KOMMUNISTISCHER FRAUENTAG

Der Internationale Kommunistische Frauentag am 8. März ruft uns allen – Männern wie Frauen – eine wichtige Verpflichtung ins Gedächtnis: Die besonderen Forderungen der Frauen müssen Teil werden der allgemeinen Forderungen der kämpfenden Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen; umgekehrt können die werktätigen Frauen sich nur befreien, wenn sie an eben diesen Kämpfen teilnehmen und alle Werktätigen zusammen den Sozialismus erringen.

DIE TRADITION DER REVOLUTIONÄREN FRAUENBEWEGUNG

Clara Zetkin, die große Führerin der sozialistischen und später der kommunistischen Frauenbewegung schrieb über den Internationalen Kommunistischen Frauentag:
"Der Internationale Kommunistische Frauentag rückt in helle Beleuchtung, daß die volle Gleichberechtigung und Befreiung des weiblichen Geschlechts einzig und allein durch die proletarische Revolution sichergestellt wird, weil nur sie mit der Verwirklichung des Sozialismus, des Kommunismus, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für die Erfüllung der Forderungen der Frauen schafft."

Zetkin hatte damit eine Erkenntnis formuliert, die sich die junge Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert schon früh angeeignet hatte. Die Entwicklung des Kapitalismus, die gerade im letzten Jahrhundert mit ungeheurer Brutalität und Rücksichtlosigkeit die Frauen in den Produktionsprozeß schleuderte, war der Hintergrund, auf dem das sich organisierende Proletariat die alten Vorurteile über die Minderwertigkeit der Frau abstreifen konnte. Die proletarischen Frauen erkannten, daß die einzige Möglichkeit ihrer Befreiung der Kampf um den Sozialismus ist, den sie mit und in ihrer Klasse führen müssen. So erteilten sie der bürgerlichen Frauenbewegung eine Absage und organisierten sich in den Gewerkschaften und in der damals noch revolutionären Sozialdemokratischen Partei unter klarer revolutionärer Zielrichtung. Ihre Tageskämpfe richteten sich vor allem gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, für den 10-Stunden-Tag und für die politische Gleichberechtigung der Frauen – Wahlrecht und Organisationsfreiheit. Um diese Kämpfe der proletarischen Frauen ausrichten und führen zu können, hielt die Sozialdemokratie nationale und internationale sozialistische Frauenkongresse ab.

Die internationale sozialistische Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen verabschiedete eine Resolution, in der sie beschloss, jedes Jahr einen Internationalen Sozialistischen Frauentag abzuhalten. Dieser sollte vor allem der Agitation für das Frauenwahlrecht dienen, aber diese Forderung in Zusammenhang mit der gesamten sozialistischen Auffassung der Frauenfrage beleuchten.

In den folgenden Jahren spielte vor allem der Kampf gegen den Krieg eine zentrale Rolle in den Kämpfen der sozialistischen Frauen. Denn gerade die Frauen entwickelten spontan einen sehr großen Haß gegen die Kriegspolitik der Kapitalisten. Auf vielen Demonstrationen gaben die proletarischen Frauen in immer mehr Ländern der ganzen Welt ihrer Forderung nach Frieden Nachdruck.
Am stärksten war die Bewegung der Frauen gegen den Krieg in Rußland. 1917 erreichte sie den Höhepunkt. Am 8. März gingen die Arbeiterinnen gemäß dem Aufruf der Bolschewiki in Petrograd auf die Straße, um gegen Hunger, Krieg und Zarismus zu demonstrieren. Die Demonstration der Arbeiterinnen wurde von den Arbeitern durch eine allgemeine Streikaktion in ganz Petrograd unterstützt. Der politische Streik begann in eine allgemeine Demonstration gegen die Zarenherrschaft umzuschlagen. Der 8. März war der Auftakt der revolutionären Kämpfe in Rußland im Jahre 1917, dem Jahr der glorreichen Oktoberrevolution.

Diese Tradition der revolutionären proletarischen Frauenbewegung wurde nach der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die rechten Führer der Sozialdemokratie von der Kommunistischen Internationale wieder aufgenommen. Sie war sich von Anfang an darüber im Klaren, daß in jeder revolutionären Bewegung die Frauen einen wichtigen Platz haben müssen. So bemühte sich auch die KPD, eine kommunistische Frauenbewegung zu entfalten, die die Kämpfe der Frauen leiten und sie in den Zusammenhang der revolutionären Arbeiterbewegung stellen sollte.
Die Forderungen, um die sich die revolutionäre proletarische Frauenbewegung in der Weimarer Republik drehte, waren vielfältig. Zwei Beispiele ihrer Kämpfe seien hervorgehoben: Im Herbst 1928 entwickelten sich im Ruhrgebiet heftige Kämpfe gegen Lohnabbau und für den 8-Stunden-Tag, die zunächst von den Hüttenarbeitern ausgingen. Der KPD gelang es hier durch ihre Agitation, eine beispielhafte solidarische Aktion der Frauen für ihre kämpfenden Männer zu organisieren. Die Frauen gingen in die Betriebsversammlungen der Männer und riefen diese zum Kampf auf. Sie wiesen auf die Unmöglichkeit hin, mit den jetzigen Löhnen hauszuhalten und forderten ein Durchhalten bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die Frauen wählten auf ihren Versammlungen Delegierte, die sich dann zentral für das ganze Ruhrgebiet trafen und die nächsten Kampfaktionen miteinander absprachen. Daneben schickten sie Delegationen in die Büros der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, die den Kampf sabotierten, um mit ihnen abzurechnen. Trotzdem sahen sie aber die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung sehr deutlich und setzten sich dafür ein, daß sich ihre Männer in den freien Gewerkschaften organisierten. Durch die solidarische Aktion der Frauen und Männer der Arbeiterklasse wurde die Kraft und Ausdauer dieses Streiks sehr groß. Zugleich waren die Ruhrarbeiterfrauen ein leuchtendes Beispiel für alle proletarischen Frauen in Deutschland.

Der Kampf gegen den § 218

Dieser Kampf weitete sich 1931 zu einer breiten Volksbewegung unter Führung der KPD aus. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren so schlimm, daß immer mehr Frauen vor allem des werktätigen Volkes abtreiben mußten. Immer mehr wurden deswegen verhaftet und verurteilt. Als dann noch ein Rundschreiben des Papstes veröffentlicht wurde, in dem dieser die reaktionäre Haltung der Kirche in dieser Frage bekräftigte, wuchs die Empörung gegen den Paragraphen. Die KPD rief zu einem nationalen Komitee gegen den § 218 auf. Sie betonte dabei, daß sie nicht für die Abtreibung sei, daß dies immer nur der letzte Ausweg sein könne. Das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der Abtreibung müsse sein, Bedingungen zu schaffen, unter denen alle geborenen Kinder gut versorgt in sicheren Verhältnissen aufwachsen können. Da aber die bürgerliche Gesellschaft dies nicht garantieren könne, hätte sie kein Recht, den Frauen die Abtreibung zu verbieten.
Obwohl im Laufe dieser Kampagne über 800 örtliche Kampfkomitees gebildet worden waren und über eine Million Menschen gegen den Paragraphen demonstriert hatten, erreichte sie ihr Ziel nicht. Das lag vor allem daran, daß sich die Sozialdemokraten gegen die Bewegung stellten, mit der Begründung, daß dort die Kommunisten maßgeblich mitarbeiteten. Selbst hier, wo sogar linksbürgerliche Kreise eine Aktionseinheit mit den Kommunisten eingingen, um den Paragraphen abzuschaffen, war der SPD ihr Antikommunismus und ihr Pakt mit dem Kapital wertvoller als die Interessen der großen Masse der Frauen des werktätigen Volkes.
Um die Kämpfe der Frauen zusammenfassen zu können in der Stoßrichtung auf den Sozialismus und um die Tradition der revolutionären proletarischen Frauenbewegung hochzuhalten, beschloß die Kommunistische Internationale 1921, den 8. März, den heroischen Kampftag der russischen Frauen von 1917, zum internationalen Kommunistischen Frauentag zu machen, an dem in allen Ländern der Welt der Kampf der Frauen als Teil des Klassenkampfs des Proletariats und der breiten Volksmassen besonders hervorgehoben werden sollte.
Der 8. März steht so auch für uns heute für die Tradition der revolutionären Frauenbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung. –wos, Frankfurt–

SPENDENLISTE VOM 17.2. BIS 2.3.1974

H-J. H., Freiburg	50,— DM
IG/KOB, Wolfenbüttel	1 000,— DM
Sympathisanten aus Göttingen	310,— DM
H-V. R., Köln	15,— DM
H.H., Berlin	100,— DM
D.N., Göttingen	40,— DM
U.S., Heidelberg	150,— DM
K.H., Friedrichshafen	170,— DM
KHG-Zelle Dolmetscher-Institut, Heidelberg	286,— DM

Der Verbrecher ist die bürgerliche Justiz

DIE JUSTIZ WIRD DEN DEMOKRATISCHEN KAMPF DES VOLKES NICHT AUFHALTEN KÖNNEN

Die politische Justiz in der Bundesrepublik läuft auf Hochtouren. Sie verrichtet ihr Geschäft allerdings weitgehend im Stillen. Während die bürgerliche Presse mit großem propagandistischem Aufwand über die Prozesse gegen die Baader-Meinhof-Gruppe und die Verhaftungsaktionen gegen eine sogenannte Baader-Meinhof-Nachfolgeorganisation berichtet, finden tagtäglich an vielen Orten politische Prozesse gegen fortschrittliche Menschen statt, über die die Presse so gut wie garnicht berichtet. Das hat seinen guten Grund: Mit den Prozessen und Aktionen gegen die Baader-Meinhof-Gruppe glaubt die Bourgeoisie, die ganze fortschrittliche Bewegung als einen terroristischen Haufen von Bombenlegern verteufeln zu können. Mit ihnen versucht sie gleichzeitig, den geplanten gewaltigen Ausbau und die militärische Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegsarmeen gegen das Volk zu rechtfertigen.

Anders bei den Prozessen, in denen zur Zeit Hunderte von Menschen landauf, landab zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt werden. An einer Berichterstattung über diese Prozesse hat die Bourgeoisie kein Interesse. Denn warum stehen diese Hunderte von Menschen – und es werden immer mehr – vor Gericht? Sie stehen vor Gericht ganz einfach wegen ihrer fortschrittlichen Gesinnung, weil sie ihre Rechte und Interessen gegen den bürgerlichen Staat verteidigt haben, weil sie das "Verbrechen" begangen haben, diesen Staat als das zu bezeichnen, was er ist, als Staat, der das Volk unterdrückt, um die Profitinteressen der Kapitalisten durchzusetzen.

Die "kriminellen Taten", die den Gegenstand dieser Prozesse darstellen, sind meist als bloßer Vorwand und oft als völlig aus der Luft gegriffene Lügengespinste zu erkennen, die nur zur Verdeckung des in Wirklichkeit praktizierten staatlichen Gesinnungsterrors dienen. Eine höchst aufschlußreiche Äußerung, die die ganze gegenwärtige Prozeßwelle kennzeichnet, tat der Kölner Richter Schmitz-Justen über U. Kranzusch, den er im November vergangenen Jahres zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt hat. Vor der "Deutschen Richterakademie" sagte er: "Ohne seine Ansprache wäre er freigesprochen worden." Das heißt, daß Kranzusch nicht etwa deshalb verurteilt wurde, weil ihm eine Gewalthandlung gegen Polizisten bei der Demonstration gegen den Besuch des südvietnamesischen Diktators und Massenmörders Thieu in Bonn nachgewiesen worden wäre, sondern weil er den Prozeß zu einer Anklage gegen die Verbrechen des US-Imperialismus und seiner südvietnamesischen Marionetten benutzte.

12 MONATE FÜR PROTEST GEGEN US–AGGRESSION IN INDOCHINA

Wegen ihrer antiimperialistischen Gesinnung verurteilte Ende Januar auch der Kölner Amtsrichter Kaumanns 10 Teilnehmer an einer Demonstration gegen den völkermordenden Bombenkrieg der USA gegen die Zivilbevölkerung Nordvietnams im Dezember 1972. Die Angeklagten waren nach schweren Prügeleien der Polizei wahllos herausgegriffen und unter Anklage des Landfriedensbruchs und anderer Delikte gestellt worden. Die Strafen, die bis zu 12 Monaten ohne Bewährung gingen, fielen je höher aus, desto schärfer sich die Angeklagten in der Verhandlung gegen den amerikanischen Imperialismus äußerten, gegen den sie demonstriert hatten.

Überall, wo heutzutage Menschen die barbarischen Unterdrückungsmethoden des Imperialismus gegenüber den Völkern der Dritten Welt und im Innern der BRD anklagen – und ihre Zahl wächst ständig – ist sofort der Staatsapparat zur Stelle, läßt Einzelne durch die Polizei herausgreifen, um sie der Verfolgung durch den staatlichen Justizapparat zuzuführen und dadurch der ganzen aufkommenden Bewegung den Stempel der Kriminalität aufzudrücken.

DER LANDFRIEDENSBRUCH

Die breite Bewegung von Menschen, die die unerträglichen Lebensbedingungen um den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range (Niedersachsen) im Sommer letzten Jahres nicht mehr hinnehmen wollten, quittierte die Staatsgewalt mit der Einleitung von über 60 Strafverfahren gegen Beteiligte an den damaligen Protestaktionen. Die ersten Verfahren wegen Landfriedensbruchs beginnen in diesen Tagen in Osnabrück. Denn für die Justiz des kapitalistischen Staates wird nicht durch Bombenabwürfe der Landfrieden gebrochen, sondern durch diejenigen, die sich gegen diese unerträglichen Belästigungen und Bedrohungen zur Wehr setzen.

WEGEN ANWESENHEIT

An den Universitäten reagiert der Staat auf den wachsenden Widerstand der Studenten gegen die Pläne, Wissenschaft und Forschung für die Kapitalisten auf Kosten des Volkes noch profitabler zu machen, mit massiven Strafverfahren. Allein in Heidelberg laufen etwa 100 Verfahren gegen Studenten, die in Vorlesungen und Versammlungen von ihrem Recht, ihre Meinung zu sagen und sich zu Diskussionen zu versammeln, Gebrauch gemacht haben. In Bonn sind 70 Studenten in den sogenannten "Hörsaal-9-Prozessen" wegen Teilnahme an einer einzigen Veranstaltung angeklagt. Begangenes "Verbrechen": bloße Anwesenheit.

Das Schema der Kriminalisierung fortschrittlicher Studenten ist fast immer das gleiche. Reaktionäre Professoren verbieten die Äußerung fortschrittlicher Meinungen, um ungehindert ihre lügenhaften Lehren über die Wohltaten des Kapitalismus verbreiten zu können. Wagt dennoch ein Student, den Mund aufzumachen, um zu zeigen, im Interesse welcher Klasse der Professor seine "Wissenschaft" verbreitet, so schalten Rektor und Staatsanwaltschaft sofort die Strafjustiz ein. Die Anklage lautet dann – in Hunderten von Fällen – auf **Nötigung eines Professors.**

Wegen einer bloßen Forderung nach Diskussion über Korruption und Postenschieberei am Heidelberger Institut für Politische Wissenschaft wurde



Richter und Staatsanwalt, eine kriminelle Vereinigung begründend

im Januar 1972 ein Student zu 3 Monaten verurteilt. Die Diskussion der Studenten über dieses empörende Urteil versuchte der Rektor anschließend durch ein generelles Versammlungsverbot zu verhindern. Als die Studenten sich aber das Recht nicht nehmen lassen wollten, ihre Empörung gemeinsam zum Ausdruck zu bringen, und sich trotzdem versammelten, wurden aus den 800 Teilnehmern 3 Studenten herausgegriffen und in einem Schnellprozeß bereits 2 Wochen später zu Strafen bis zu 6 Monaten ohne Bewährung belegt.

Daß es der Justiz in all diesen Fällen um die Unterdrückung ganz bestimmter, nämlich fortschrittlicher, die Interessen der breiten Teile des Volkes gegen die herrschenden Kapitalisten vertretende Meinungen geht, zeigt auch folgendes Beispiel aus Heidelberg: In einer Broschüre hatten Studenten an zahlreichen Fällen nachgewiesen, daß sich der Medizinprofessor Gänshirt gegenüber Patienten der Körperverletzung und unterlassenen Hilfeleistung schuldig gemacht hatte, indem er entgegen den tatsächlichen Krankheitserscheinungen in seinen Diagnosen und Gutachten zum gesundheitlichen und materiellen Schaden der Patienten geurteilt hatte.
Was auf diese Veröffentlichung folgte, war kein Strafverfahren gegen den Professor, sondern gegen den verantwortlichen Herausgeber der Broschüre: wegen Verleumdung des Professors.

DIE BOURGEOISIE FÜHLT SICH "GENÖTIGT"

Die ständig wachsende Zahl politischer Prozesse ist einerseits ein Zeichen dafür, daß immer mehr Menschen sich aus der Bevormundung durch die herrschende Klasse lösen und ihre Interessen selbstbewußt in die eigene Hand nehmen. Sie ist ein Zeichen aber auch dafür, daß der bürgerliche Staat die überall im Volk entstehenden Bewegungen als eine reale Bedrohung seiner eigenen Existenz ansieht und gegen sie schon im Keim mit einer seiner schärfsten Waffen losschlägt, der Kriminalisierung durch die bürgerliche Klassenjustiz.

Überall, wo Menschen ihre Interessen in die eigene Hand nehmen und dadurch in Konflikt geraten mit den Profitinteressen der Kapitalisten, schlägt die Justiz zu. Ob es sich um Menschen handelt, die keine Wohnungen finden und deshalb in leerstehende Häuser einziehen, die die Eigentümer nicht vermieten, weil sie sie zerstören wollen, um noch mehr Geld aus dem Boden zu schlagen, und die deshalb wegen Hausfriedensbruchs – wie in Hamburg – zu Freiheitsstrafen verurteilt werden. Ob es sich um den Dortmunder Pfarrer Schröter handelt, der in einem satirischen Kindermanifest die Konsequenz aus den kinderfeindlichen kapitalistischen Städten zog und die Kinder aufforderte, sich die Bolzplätze zu nehmen, die ihnen dieser Staat verweigert, und deshalb wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen verurteilt wurde.
Oder um die Arbeiter im öffentlichen Dienst, gegen die Staatsanwälte wegen des Streiks im Februar Nötigungsverfahren eingeleitet haben. Überall, wo es an ihre Profite oder Herrschaftsinteressen geht, fühlt sich die Bourgeoisie "genötigt".

DER JUSTIZTERROR IST KEIN ZEICHEN DER STÄRKE!

Die Justiz aber muß sich in diesen Prozessen immer unverhüllter als Klassenjustiz zu erkennen geben, die nicht irgendeine über den Dingen stehende Gerechtigkeit verwirklicht, sondern die Geschäfte der herrschenden Klasse gegen die Belange des Volkes besorgt. Ihre Maske der klassenneutralen Gerechtigkeit läßt sie dort fallen, wo sie offen Meinungen verfolgt. Denn schon die Wahrheit zu sagen, ist im Kapitalismus eine kriminelle Handlung. Seit Ende Februar laufen in Dortmund und Lüneburg Verfahren gegen die presserechtlich Verantwortlichen der früheren Gruppe KPD/ML-Rote Fahne (Bochum). Die fast fünfzigseitige Anklageschrift gegen N. Oßwald und M. Schulte enthält eine Zusammenstellung von Zitaten aus verschiedenen Publikationen dieser Organisation, zum Beispiel ein Zitat über die Justiz: "Die dritte Gewalt ist die Justiz. Sie ist angeblich unabhängig. In Wirklichkeit aber ist sie, wie auch der gesamte staatliche Gewaltapparat, abhängig von den Krupps und Thyssen." Mit solchen Ausführungen, so wirft die Staatsanwaltschaft den Angeklagten vor, hätten sie den Straftatbestand des § 90 a (Verächtlichmachung der Bundesrepublik) erfüllt. Das Recht der freien Meinungsäußerung stehe solchen Kritikern der Staatsordnung in der Bundesrepublik nicht zu. Nicht genug: Oßwald und Schulte wird außerdem vorgeworfen, sie gehörten einer kriminellen Vereinigung (§ 129) an, da sich die Gruppe KPD/ML-Rote Fahne (Bochum) geradezu die ständige Verächtlichmachung der Bundesrepublik zum Ziel gesetzt habe. Der bürgerliche Staat schirmt sich in diesem Verfahren in bisher nicht dagewesener Weise durch nackte Gesinnungsparagraphen gegen jede Äußerung ab, die ihn und seine Unterdrückungspolitik beim Namen nennt. Wahrlich ein Musterprozeß, in dem auf einen Schlag die Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und des Volkes aufgehoben werden soll.

Wie die bürgerlichen Gerichte mit Kritikern der kapitalistischen Herrschaftsordnung verfahren, mußte am 11. Februar in Dortmund B. Dewe erfahren, der zu 2 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde, weil er für ein Flugblatt verantwortlich gezeichnet hatte, in dem festgestellt wurde, daß die Polizei zur Niederhaltung der zunehmenden Kämpfe der Arbeiterklasse die Funktion einer Bürgerkriegsarmee habe. Mit Gefängnis wird bestraft, wer das Vorgehen der Bourgeoisie und ihres Staates beim Namen nennt, z. B. den Polizeieinsatz bei dem Ford-Streik in Köln im letzten Sommer oder die Geheimanweisungen des Baden-Württembergischen Innenminister Schieß an die Polizei, Streikende zu bespitzeln. Gerade an der Anwendung von politischen Gesinnungsparagraphen durch die Justiz, aber auch an all den anderen politischen Prozessen, werden immer mehr Menschen erkennen, wem das Recht und die Justiz in dieser Gesellschaft dienen, und daß sie vor diesen Gerichten ihr Recht nicht bekommen können. Je offener die bürgerliche Justiz in der Verfolgung der demokratischen Bewegungen des Volkes gezwungen ist, sich als Instrument der Diktatur der herrschenden Kapitalistenklasse erkennen zu geben, desto deutlicher zeigt sich auch, daß die laufenden Prozesse gegen diesen Staat und die herrschende Klasse gewendet werden können. Diese Prozesse schlagen vor allem dann zunehmend gegen die, die sie angezettelt haben, zurück, wenn das Stillschweigen, das die bürgerliche Klasse bewußt über diese Prozesse verhängt, in dem sie sie in ihrer bürgerlichen Presse totschweigt und die Öffentlichkeit systematisch aus den Gerichtssälen ausschließt, durchbrochen wird. Der Versuch der bürgerlichen Klasse, die demokratischen Bestrebungen des Volkes als kriminell abzuurteilen und zu unterdrücken, scheitert an der Breite der demokratischen Bewegung, die zugleich denen, die vor Gericht erscheinen müssen, die Entschlossenheit gibt, den Prozeß nicht passiv duldend zu ertragen, sondern offen aufzutreten als Teil der demokratischen Volksmassen. Erfolgreich kann der Kampf gegen die Kriminalisierung nur so geführt werden, daß erstens die Prozesse in der breitesten Weise zur Enthüllung der Praktiken der Kapitalisten und ihres Staates benutzt und zu Tribunalen gegen die bürgerliche Herrschaft gemacht werden, und daß andererseits die Erfahrungen mit diesen Prozessen immer mehr Menschen bekannt gemacht werden. Dieses allein Erfolg versprechende offensive Vorgehen gegen die Angriffe der Klassenjustiz wird die Urteile im allgemeinen zwar nicht milder ausfallen lassen und nur in seltenen Fällen zu Freisprüchen führen. Eher das Gegenteil wird zunächst der Fall sein, wie der Richter Schmitz-Justen in der wünschenswert deutlichen Sprache erklärt hat. Die Klassenjustiz wird natürlich versuchen, mit Terrorurteilen und massenweisen Ordnungsstrafen auf das einfache Aussprechen von Wahrheiten im Gerichtssaal reagieren. Aber mit diesen Terrorurteilen wird die Bourgeoisie nicht erreichen, der demokratischen Bewegung im Volk das Rückgrat zu brechen, sondern nur die wachsende Solidarität der Volksmassen herausfordern, die sich gegen diese Justiz mit dem wachsenden Willen wehren, sich ihrer eines Tages gänzlich zu entledigen. Jeder einzelne Prozeß gegen einen fortschrittlichen Menschen muß nach allen Seiten dazu genutzt werden, die Einsicht großer Teile der Arbeiterklasse und des Volkes in die Notwendigkeit der Zerschlagung dieser Justiz und des gesamten Unterdrückerstaates als Voraussetzung ihrer Befreiung von Ausbeutung und Entrechtung wachsen zu lassen.

le,Heidelberg

FLUGBLATTVERTEILER VON POLIZEI FESTGENOMMEN

Wir verteilen weiter!

Hamm. Am Dienstag, 26.2.1974, verteilte die Ortsaufbaugruppe Hamm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland ein Flugblatt für die Selbständigkeit der umliegenden Gemeinden. Nach ca. 1/2 Stunde wurden die Verteiler von einem Kriminalpolizisten aufgefordert, die Verteilung einzustellen, da keine Genehmigung vorläge. Die sei nach dem geltenden Ortsstatut notwendig. Die Kollegen wiesen daraufhin, daß sie sich ihr Recht der politischen Meinungsfreiheit nicht nehmen lassen.

Sie wiesen die Bevölkerung auf die Behinderung durch die Polizei hin und verteilten weiter. Nach ca. 1/2 Stunde kam dann der herbeigerufene Streifenwagen. Die Bevölkerung wurde wieder durch die Kollegen aufmerksam gemacht. Sie weigerten sich, mit zur Wache zu fahren und damit auf ihr Recht zu verzichten. Daraufhin entrissen die Polizisten einem der Kollegen die Flugblätter, zogen ihn dabei brutal an den Haaren und stießen ihn in den bereitstehenden Wagen. Obwohl in der Einkaufsstraße zu diesem Zeitpunkt verhältnismäßig wenig Menschen waren, versammelten sich doch ungefähr 30 Passanten. Einer davon sagte zu dem Kriminalpolizisten ganz klar, daß es nicht richtig wäre, wenn die Verteilung von Flugblättern verhindert würde. Auf der Wache wurden die Kollegen erkennungsdienstlich behandelt, d. h. wie Verbrecher fotografiert. Zudem wurde eine Anzeige angekündigt.
Nachdem die bürgerlichen Parteien in Hamm wochenlang mit Plakaten und Ständen für die Idee einer Großstadt Hamm warben, was der Bevölkerung nur Nachteile bringt, sahen viele Menschen wieder einmal, daß es mit der bürgerlichen Demokratie nicht weit her ist, wenn das Volk seine Interessen vertritt.
Deswegen fordert der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm die Abschaffung aller Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen, die die Unverletzbarkeit der Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit einschränken oder unterdrücken.

T.F./W.R.
Ortsaufbaugruppe Hamm

Die Ehre des Funktionärs

IGM-BEZIRKSLEITER VERKLAGT KOLLEGEN

Weil der Kollege Jochen Kretschmann auf einer Betriebsversammlung der Klöcknerhütte Bremen den damaligen IG-Metall-Bezirksleiter Heinz Scholz beleidigt habe, wurde er jetzt vom Bremer Amtsgericht zu 100 DM Geldstrafe und zur Bezahlung der Verhandlungskosten von mehreren tausend Mark verurteilt.
Der Kollege Kretschmann hatte damals lediglich gesagt, daß der IG-Metall-Funktionär Scholz den Kapitalisten in Geheimgesprächen bereits zugesagt hatte, mit einer Tariflohnerhöhung von 6 % einverstanden zu sein. So war es dann damals auch wenig später tatsächlich zu einem 6-%-Abschluß gekommen. Aber IG-Metall-Scholz, der auch SPD-Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg war, fühlte sich durch das Sagen dieser Tatsachen beleidigt und verächtlich gemacht und ließ sich dies nun auch von der bürgerlichen Justiz bestätigen.

Doch der Zweck des Gerichtsverfahrens ist leicht zu durchschauen. Wer öffentlich vor den Kollegen die Lumpereien der rechten Gewerkschaftsbonzen angreifen will, soll nun auch durch das Risiko gerichtlicher Verfolgungen davon abgeschreckt werden. Staatsanwalt und politische Polizei waren sogar gegen den Kollegen Kretschmann aufgetreten für die gerichtliche Ehrenrettung des Funktionärs Scholz. Schon gleich nach der Aussage in der Betriebsversammlung war Kollege Kretschmann entlassen worden. Doch eindeutiger als durch die Hinzuziehung der bürgerlichen Strafbehörden können die rechten Gewerkschaftsführer nicht zeigen, daß sie Interessenvertreter der Kapitalistenklasse sind.
Inzwischen ist Scholz Arbeitsdirektor und Mitglied im Vorstand der Howald-Werft. Ob auf dem Spitzenposten der Gewerkschaftsführung oder im Vorstandssessel eines Kapitalunternehmens – immer im Dienst der Ausbeuter, bis die Arbeiterklasse ihnen das schmutzige Handwerk legt.

– R., Bremen / Red.

Am 31.1.1974 fanden vor dem Landgericht Oldenburg Hauptverhandlungen statt gegen:

1. den 20 bis 30 mal vorbestraften Fuhrunternehmer XY, der durch Heizölverdieselung und Steuerhinterziehung einen Schaden von rund 220 000 DM verursacht haben soll und deswegen zu einem Jahr Freiheitsstrafe zur Bewährung – Auflage: 5 000 DM Geldbuße – und 25 000 DM Geldstrafe verurteilt wurde – Aktenzeichen: 10 Kls 20/73;

2. den in seinem Beruf arbeitsunfähigen 14 mal vorbestraften Kfz.-Mechaniker XY, der durch vollendeten und versuchten Betrug einen Schaden von knapp 13 000 DM – davon 3 600 DM nur versucht – verursacht haben soll und deswegen zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe – natürlich ohne Bewährung – verurteilt wurde (der SPD-Ratsherr Detlef Prellwitz hatte als Staatsanwalt fünf Jahre Freiheitsstrafe beantragt) – Aktenzeichen: 12 Kls 4/72.

aus: **Braune Blätter, Oldenburg**

Grenzschutz-Bürgerkriegsarmee

KORRESPONDENZ EINES EHEMALIGEN BGS-SOLDATEN ZU NOTSTANDSÜBUNGEN

Nach dem brutalen Einsatz der Polizei gegen den gerechten Kampf der Frankfurter Bevölkerung gegen Mietwucher und Bodenspekulation hat das Bundeskabinett 7,5 Millionen DM zur "Verbesserung der Ausrüstung des Bundesgrenzschutzes (u. a. mit Schutzschilden und Wasserwerfern)" (FR vom 28.2.) bewilligt. Der Bundesgrenzschutz soll "noch stärker als bisher auf die besonderen Aufgaben als Bundespolizei ausgerichtet werden" (FR, vom 28.2.).

Regierung und Presse wollen uns weismachen, daß der Bundesgrenzschutz erst jetzt auf den "Einsatz bei Krawallen" vorbereitet wird. Das ist eine Lüge. Seit mindestens 6 Jahren wird der Bundesgrenzschutz systematisch so ausgebildet, daß er Fabriken stürmen kann ("Objektschutz") und Demonstrationen mit Häuser- und Straßenkampf zerschlagen kann.
Seit Jahren wird auch die Ausrüstung danach ausgewählt. Im Herbst 1968 (zur Zeit der Verabschiedung der Notstandsgesetze) hat die Grenzschutzabteilung IV/6 in Gifhorn eine Bürgerkriegsübung durchgeführt. Sie diente der Bundesgrenzschutz-Führung dazu, festzustellen wie die Ausrüstung an die Zerschlagung von Demonstrationen angepaßt werden könne. In der Übung wurde eine "Demonstration von Arbeitern und Studenten" (so die offizielle "Lage") folgendermaßen zerschlagen:

- die Bundesgrenzschutz-Beamten (hinter Stacheldrahtrollen verschanzt) mit Schnellfeuergewehren
- Panzerspähwagen mit vorgebautem Stacheldrahtverhau, die in die Demonstranten hineinfahren sollen. (siehe Fotos)

Der Bundesgrenzschutz hat sich also schon längst heimlich auf den Einsatz gegen das Volk vorbereitet.
Wenn der Bundesgrenzschutz gegen Demonstranten und streikende Arbeiter eingesetzt werden soll, dann doch nicht mit Schutzschilden und Wasserwerfern, die die Polizei längst selber hat. (Der Bundesgrenzschutz hat übrigens schon immer Schutzschilder gehabt für seinen "großen Sicherheits- und Ordnungsdienst").

Wenn Regierung und Presse jetzt offen vom Einsatz des Bundesgrenzschutzes sprechen, als letztes Mittel, wenn die Polizei nicht mehr klarkommt, dann aus 2 Gründen:

- der Bundesgrenzschutz ist schwerer bewaffnet als die Polizei. Neben Pistolen und Maschinenpistolen – die auch die Polizei hat – verfügt er nämlich über Handgranaten, Schnellfeuergewehre (FN G1), Maschinengewehre (MG 42), panzerbrechende Waffen, Granatwerfer, Panzerspähwagen, die im Gegensatz zu den Panzerspähwagen der Polizei mit Maschinengewehren und Schnellfeuerkanonen 2 cm und 7,5 cm ausgerüstet sind. Schließlich hat der Bundesgrenzschutz auch noch Hubschrauber (für ca. 10 Leute mit Ausrüstung), die in Vietnam als Kampfhubschrauber mit Maschinengewehren, Schnellfeuerkanonen, Bordraketen eingesetzt wurden.

Der Bundesgrenzschutz ist militaristischer ausgebildet als die Polizei. Die ganze Ausbildung ist darauf ausgerichtet, Gegner zu vernichten. Den "Polizeischuß", der nur fluchtunfähig macht und deswegen auf die Beine abgegeben wird, gibt es nur auf dem Papier, nämlich in den Gesetzen, nach denen der Bundesgrenzschutz arbeiten sollte.

Wenn Regierung und Presse jetzt offen vom Einsatz des Bundesgrenzschutzes sprechen, wollen sie das Volk unter dem Vorwand der "Frankfurter Krawalle" auf den Einsatz einer Polizeitruppe vorbereiten, die armeemäßig ausgerüstet und ausgebildet ist.

Die Arbeiterklasse und das Volk kommen gegen diesen Unterdrückungsapparat nur an, wenn sie seine Abschaffung fordern und wenn sie eigene Machtorgane aufbauen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten und ihren Staat. Deshalb fordert der Kommunistische Bund Westdeutschland:

- Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung;
- Wahl der Offiziere;
- die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.



Hier proben die Beamten einen Stoßkeil, um eine Demonstration zu zerschlagen. Während zwei Gruppen mit gezogenem Schlagstock die Flügel bilden, steht hinter ihnen eine weitere als Greiftrupp bereit.



Der Bundesgrenzschutz (BGS) sperrt die Strasse gegen Demonstranten ab. Die Beamten rechts im Bild sollen die Demonstranten darstellen.



Dieser Panzerwagen, vor den ein Stacheldrahtgitter gespannt wurde, soll gegen eine Demonstration eingesetzt werden.

Verfassungsschutz wirbt

MIT ZWANG UND EINSCHÜCHTERUNG

Um Kommunisten einzuschüchtern und um Menschen zu zwingen, für sie zu arbeiten, scheuen der "Militärische Abschirmdienst" (MAD) und der Verfassungsschutz offenbar weder Mühe noch Kosten.

Während meiner Bundeswehrzeit wurde ich bereits in der zweiten Woche der Grundausbildung vom MAD vernommen. Der vernehmende Offizier bot mir bares Geld, wenn ich ihm Informationen über die kommunistischen Zirkel liefere, die später den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) gründeten und in denen ich organisiert war. Bei Ablehnung aber sollte ich die "Macht des MAD" zu spüren bekommen. Diese "Macht" bekam ich dann auch zu spüren. Während meiner Dienstzeit wurde ich innerhalb der Kaserne alle sechs Wochen versetzt und stets war für mich eine gehörige Portion "Sonderdruck" da. Mein Spind wurde zweimal "unauffällig" während meines Wochenendurlaubs durch Abnahme der Rückseite geöffnet und durchsucht.

Jetzt, nachdem meine Militärzeit kaum einige Wochen beendet ist, tauchen Beamte des Verfassungsschutzes bei mir auf und fordern mich auf, für sie zu arbeiten. Dabei wollen sie ein "Vertrauensverhältnis" mit mir herstellen und nicht die "Holzhammermethoden des MAD" anwenden. Obwohl ich die Kerle bereits einmal aus dem Hause warf, tauchen sie immer wieder auf, rufen mich sogar im Betrieb an.
Ich mochte den Herren von hier aus sagen, daß ihre ganze Mühe umsonst ist. Weder für ein Auto noch für eine bezahlte Ausbildung auf dem Wege des zweiten Bildungsweges und anschließendem Studium bin ich bereit, für die Spitzelorganisation MAD und Verfassungsschutz zu arbeiten. Der Verfassungsschutz wird auch nicht erreichen, daß die Koblenzer Genossen sich durch solche Methoden einschüchtern lassen, noch wird der Verfassungsschutz erreichen, daß die Entwicklung kommunistischer Politik hier am Ort auch nur ins Stocken gerät. Vielmehr muß er damit rechnen, daß – setzt er seine Belästigungen fort – die Konterfeis einiger seiner Beamter in der KVZ erscheinen.

Allen Genossen, denen sich MAD oder Verfassungsschutz in ähnlicher Weise nähern, rate ich, sich erst gar nicht auf Gespräche mit diesen Herren einzulassen, sondern in der KVZ über solche Vorfälle zu schreiben.

Wolfgang Schorlau
Sekretär der Ortsaufbaugruppe
Koblenz des KBW

TERROR DURCH DEN MAD

Weg mit der Militärjustiz!

Hannover. Der Kampf der Soldaten in der Bundeswehr wird immer breiter, der Widerstand gegen den Militarismus wird immer bewußter geführt. Aber auch die Reaktion der Herrschenden wird härter, die Verfolgung fortschrittlicher Soldaten schärfer. Ein Beispiel dafür sind Ereignisse in Hannover.

In der Scharnhorst und der Prinz-Albrecht-Kaserne hatte sich im letzten Jahr eine Gruppe von Soldaten gebildet, die über Flugblätter die Soldaten über ihre wirklichen Aufgaben und die Unterdrückung in der Bundeswehr aufklärten. Die Soldaten kämpften gegen die Ausbildung eines faschistischen Offiziers aus Marokko und veröffentlichten Material über Bürgerkriegsmanöver wie WINTEX. Als durch die Arbeit der Gruppe der Widerstand der Soldaten wuchs, schaltete sich der Militärische Abschirmdienst (MAD) ein. Er beschattete verdächtige Soldaten, versuchte Soldaten zu Aussagen zu erpressen und setzte deren Angehörige unter Druck.
So konnte ein Soldat sich mehrere Tage lang nicht bewegen, ohne einen Schwarm von Spitzeln hinter sich herzuziehen. Einen anderen Soldaten versuchte man zu erpressen, indem man mit dem Verhör des todkranken Vaters drohte. Zitat: "Notfalls gehen wir über Leichen". Wieder einem anderen Soldaten drohte man, die Mutter aus dem Staatsdienst zu entlassen, wenn er nicht sagen würde, wer in der Gruppe arbeitet. Der Vater eines Kameraden wurde von der Arbeitsstelle zu einem Verhör geführt. Außerdem wurden bei den Schülern, die die Flugblätter verteilt hatten, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Flugblättern und Büchern vorgenommen, "weil man daraus die Gesinnung erkennen kann".
Mit Gangstermethoden, Erpressung und Terror meinte der MAD dann, genug "Beweise" gesammelt zu haben, und eine Anzahl von Soldaten wurde kurzerhand in den Knast gesteckt. Es wurden gegen die Soldaten Strafen zwischen 7 und 21 Tagen Bau sowie 21 Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung verhängt. Als Gipfel sind gegen sieben Soldaten Ermittlungsverfahren bei einem Gericht eingeleitet worden. Diese Verfahren können sich u. a. auf den § 15 des Soldatengesetzes stützen, wo es heißt: "Im Dienst darf sich der Soldat nicht zugunsten oder zuungunsten einer politischen Richtung betätigen", und weiter: "Der Soldat darf insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet." Ein weiterer Paragraph, der die Soldaten knebelt, ist der § 8: "Der Soldat muß die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten." Aufgrund dieser Paragraphen und einigen anderen Bestimmungen und Gesetze des Wehrstrafgesetzes und des Strafgesetzbuches können und sollen die Soldaten zu Gefängnisstrafen verurteilt werden!
Dieser Fall macht wieder klar: Es gibt für uns nirgendwo eine Gemeinsamkeit mit den Herrschenden.
Mit der Armee unterdrücken die Kapitalisten gleichzeitig die eigene Arbeiterklasse und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, wollen sie ihre imperialistischen Raubkriege führen, unterdrücken sie die Soldaten, um sie zu zwingen, notfalls auf ihre eigenen Kollegen zu schiessen, soll auch die Einheit der Arbeiterklasse gespalten werden. Die Interessen der Arbeiterklasse sind dem genau entgegengesetzt: Frieden und internationale Solidarität, Einheit und Demokratie, auch in der Armee. Darum muß die Arbeiterklasse gemeinsam mit den Soldaten den Kampf gegen den Militarismus aufnehmen, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen, und sich selbst eine Miliz zu schaffen, die nach demokratischen Prinzipien organisiert ist, muß die Arbeiterklasse sich selbst bewaffnen. Ein erster Schritt im Kampf um den Sozialismus muß heute die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Armee sein.
Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Armee!
Sofortige Einstellung der Verfahren gegen die 7 Soldaten!
Weg mit der Militärjustiz! –th–

Reservistenverbände

FASCHISTISCHE SAMMELBECKEN

Welche Geisteshaltung die staatlich geförderten militärischen Traditionsvereine haben, zeigt mit seltener Offenheit die "Arbeitsgemeinschaft der Reservisten, Soldaten und Traditionsvereine in Bayern" (ARST). In einer programmatischen Erklärung, die auf einer Arbeitstagung in der "Akademie für Selbstschutz" in Tutzing erarbeitet wurde, bezeichnen sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft als "Kameraden" und als "Deutsche an sich". Die "Sicherheitslage in der Bundesrepublik und in Bayern" empfinden sie "in wachsendem Maße als bedrohlich". Es sei notwendig, "wieder ein deutsches Nationalgefühl" zu entwickeln. Um das zu erreichen, will der Dachverband sich dem "in Zukunft eher sich steigernden Radikalismus vorwiegend antidemokratischer Kreise" annehmen und ihn bekämpfen. Nach Meinung des Dachverbandes wendet sich dieser Radikalismus "gelenkt und in gefährlich geschickter Weise" an die "teilweise anfällige junge Generation", "deren er sich hemmungslos bedient".
Nach eigenen Angaben gehören der seit 1969 existierenden Dachorganisation heute 350 000 ehemalige Soldaten der Bundeswehr an.

Mit der programmatischen Erklärung macht der bayrische Reservistenverband jetzt verstärkt den Versuch, eine bestimmte Aufgabe solcher Verbände wiederzubeleben: Sammelbecken zu sein für reaktionäre und faschistische Kräfte, die von dort aus ihr Gift versprühen wollen.

– W.S., Koblenz –

Wüstenkampf in der BRD

DAS MANÖVER "GORDISCHER KNOTEN"

Vom 14.–18. Januar fand im oberhessischen Raum das Manöver "Gordischer Knoten" statt, an dem deutsche und amerikanische Verbände teilnahmen. Die angenommene taktische Lage sah einen Angriff von "Kamelland", dargestellt von Teilen der Bundeswehr und dem 11. Kavallerie Regiment der US-Streitkräfte, auf "Kreuzland", bestehend aus Teilen der in Deutschland stationierten US-Infanteriestreitkräfte.

Ferner sollte das Manöver Aufschluß darüber geben, wie lange diese amerikanischen Streitkräfte benötigen würden, um bei einem Angriff (Kamelland) ihre Bereitstellungs- und Verteidigungsräume zu beziehen. Geübt in diesem Manöver wurde dann das "Bewegen im Gelände", aber nicht in einem Gelände, wie wir es hier in Mitteleuropa haben, mit Wäldern, Hügeln und Gebüsch. Die Soldaten mußten so tun, als gäbe es dieses Gelände nicht, sondern nur offenes, völlig unbewachsenes Gelände. Ein Wüstenkrieg wurde geprobt auf westdeutschem Boden, die US-Streitkräfte und die Einheiten der Bundeswehr werden auf den Einsatz im Nahen Osten zur Sicherung der Ölquellen vorbereitet.
Dieses Ziel drückt sich bereits in der gestellten Lage aus: Kamelland, die Araber, und Kreuzland, das "christliche Abendland" treffen aufeinander. Schließlich der Name "Gordischer Knoten": Das ist jener Knoten, den Alexander der Große vor über 2 000 Jahren mit dem Schwert durchschlug, um – wie die Sage geht – die Reichtümer des Orients unter seine Herrschaft zu bringen. Den Reichtum des Nahen Ostens, das Öl, wollen die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten heute für sich sichern, deshalb müssen sie ihre Armeen auf einen Einsatz in diesem Teil der Welt vorbereiten. Ein ähnliches Manöver hatten die US-Imperialisten bereits unmittelbar nach dem letzten Nahostkrieg in der kalifornischen Mojave-Wüste mit 9 000 Marineinfantristen durchgeführt. Inzwischen werden auch besondere Panzer speziell für den Wüstenkampf entwickelt.

J.B.,Oberhessen/Red.

An alle, die uns abhören

SPITZELANWEISUNG RAUSGESCHMUGGELT

Bremen. Aus dem Fernmeldeamt Bremen erhielten wir eine Information, die aufzeigt, mit welchen Mitteln die telefonische Überwachung vorgenommen wird.
Durch ein Rundschreiben wurden die Bediensteten in die Technik der Bespitzelung eingewiesen, worin es heißt:
"1. Am Anrufplatz der FeAK die Taste 'ZT' solange drücken, bis die Lampen 'AKL' und 'WL' flackernd aufleuchten. Das Gespräch am Anrufplatz wird aufgezeichnet.
2. Fälschliches Drücken der Taste 'ZT' vermeiden. In jedem Fall die Auskunft verständigen, damit der Platz freigeschaltet und das Aufnahmegerät wieder aufnahmebereit geschaltet werden kann.
3. Bei Freischaltung des Platzes erlöschen die Lampen 'AKL' und 'WL'.
4. Am FeAD-Platz ist die Taste 'U' zu drücken. Es flackert die Kontrollampe 'U'."
Damit die Post-Bediensteten sich nicht etwa weigern, als Verfassungsschutz-Schnüffler tätig werden zu müssen, wird ihnen ihr Agentendienst als Volks-Schutz schmackhaft gemacht: das Rundschreiben trägt die Überschrift: "Verhaltensanweisung für anonyme Bedrohungen oder Belästigungen".
Daß die Postler sich so einfach nicht übers Ohr hauen lassen, beweist die Tatsache, daß dieses Rundschreiben an die KVZ-Redaktion geschickt wurde.

–r–,Bremen

Rebellion in Äthiopien

ES GEHT NICHT NUR UM DEN SOLD DER SOLDATEN

Addis Abeba, 1. März. Die Rebellion der Soldaten in Äthiopien breitet sich weiter aus: Alle strategisch wichtigen Punkte des Landes sind besetzt, die Rundfunksender, alle öffentlichen Gebäude, die Ministerien und Flugplätze sind in der Hand der Soldaten. Hohe Offiziere, so der Generalstabschef der Armee, und Regierungsvertreter werden gefangen gehalten. Die Soldaten fordern zuerst eine wirksame Erhöhung ihres Solds, die Verbesserung ihrer Verpflegung und Unterkunft.

Um zu zeigen, wie ihre Lage ist, haben sie schon vor Wochen in einer Garnison an der Grenze nach Somaliland die Offiziere gefangengenommen und ihnen die Mannschaftsverpflegung verabreicht. Nach 14 Tagen mußten die Offiziere wegen Unterernährung in ein Krankenhaus gebracht werden; sie drohten zu krepieren! Der Soldatenaufstand begann im Norden, in Asmara in Eritrea. Die äthiopischen Feudalherren haben Eritrea erobert. Die Soldaten der 2. Division sind dort stationiert, um die Herrschaft der äthiopischen Grundbesitzer gegen den wachsenden Widerstand des Volks von Eritrea und seiner Befreiungsfront zu sichern. Jetzt wenden sich die Soldaten gegen ihre eigenen Unterdrücker. Sie haben sich nicht von ihrem Kampf abbringen lassen durch eine sofortige Erhöhung ihres Solds um 25 %. Im Gegenteil. Der Aufstand breitete sich auf alle Teile der Armee aus. Der Kaiser hat am Donnerstag, 28. Februar, die Regierung entlassen und einen neuen Ministerpräsidenten ernannt. Gegen diese Ernennung fanden große Demonstrationen statt. Eine weitere Erhöhung des Solds um 12 % wurde angekündigt. Die Soldaten sind damit nicht zufriedenzustellen. Mit Flugblättern, die sie aus Hubschraubern über der Hauptstadt Addis Abeba abwerfen, fordern sie die Bevölkerung zum "Kampf gegen die Nutznießer des Regimes" auf. Sie verstärken die Bewachung des Flughafens der Hauptstadt, um zu verhindern, daß die "Nutznießer des Regimes" ins Ausland flüchten.

Breiteste Demonstrationen der Volksmassen in Addis Abeba hatte es schon Mitte Februar gegeben. Unmittelbarer Anlaß war damals die Benzinpreiserhöhung. Die 4 000 Taxifahrer nahmen das nicht hin. Sie trugen ihren Protest auf die Straße. Diese Protestdemonstration weitete sich aus. Immer neue Schichten des Volkes nahmen daran teil: Studenten, Lehrer, Schüler und die vielen kleinen Bauern und Landarbeiter, die vor der Dürre in die Hauptstadt geflüchtet sind. Sie versprachen sich davon Arbeit und Brot, nachdem Hunderttausende bereits in den letzten Monaten in den von der Dürre betroffenen Gebieten verhungert sind.

Der Protest des Volkes wendet sich zunehmend gegen die Ursachen der Hungersnot, die Herrschaft der Grundbesitzer, Kirchenfürsten und ausländischen Imperialisten, die die Lebensmittel horten und die Preise in die Höhe treiben, um noch höhere Gewinne zu erreichen.

Der Kaiser und die Regierung konnten die Volksmassen Mitte Februar noch einmal in Schach halten. Sie unterdrückten blutig die Protestbewegung mit der Polizei und der Armee. Mehrere Demonstranten wurden erschossen, viele verletzt und über 1 000 festgenommen und in die Konzentrationslager gesteckt. Jetzt stellen die Soldaten selber Forderungen. Wenn sie ihren Kampf konsequent führen gegen die "Nutznießer des Regimes" und sich nicht mit der angekündigten weiteren Erhöhung ihres Solds um 12 % abspeisen lassen, dann ist das der richtige Weg. Sie werden ihre Aufgabe erkennen: die Herrschaft der Feudalherren und der ganzen herrschenden Klasse zu sichern und das Volk zu unterdrücken. Stattdessen müssen sich die Soldaten an die Seite des äthiopischen Volkes und des Volkes von Eritrea stellen und gemeinsam den Kampf gegen die gemeinsamen Unterdrücker bis zum Sturz der feudalen Herrschaft führen.

– D.T. –

ÄTHIOPISCHE STUDENTENUNION IN DER BRD:

Aufruf zur Solidarität

Die äthiopische Studentenunion in der Bundesrepublik hat uns einen Aufruf zugeschickt, mit dem sie zur Solidarität auffordert. Sie weist auf den jahrelangen Kampf des äthiopischen Volkes hin und zeigt, mit welchen Methoden dieser Kampf von den Feudalherrschern unterdrückt wird. Selbst Hilfsaufrufe und Hilfsorganisationen gegen die Hungersnot [illegible] sind in Äthiopien verboten und unterdrückt worden, ihre Organisatoren wurden ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Dazu schreibt die Äthiopische Studentenorganisation in der BRD in ihrem Aufruf:

"Das Komitee für Menschenrechte in Äthiopien hat an alle demokratischen und friedliebenden Organisationen und Individuen um ihren internationalen Einsatz gegen solche Verletzungen der elementarsten Menschenrechte und faschistischen Methoden des Regimes appelliert.

Die äthiopische Studentenunion appellierte in ihrer Unterstützung dieser Aktion an alle demokratischen Organisationen, Protestaktionen gegen das Regime, das die elementarsten Rechte der äthiopischen Völker mit Füßen tritt, zu machen.

Schreiben Sie Protestbriefe an die zuständigen Behörden, an die Äthiopi-[illegible]sche Botschaft in Bonn und fordern Sie die Freilassung der gefangenen Arbeiter und Studenten:

Getachew Maru, Alemayehu Taye, Zwede Belay, Abyu und ihrer Kollegen (das sind die Organisatoren der Hilfsmaßnahmen in Äthiopien. Die Red.). Sie können Ihre Solidarität zeigen, indem Sie sich gegen jegliche faschistische verbrecherische Terroraktion des Regimes einsetzen.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

BRD-Hilfe für die äthiopische Polizei

DER MILITÄRHILFEVERTRAG BRD-ÄTHIOPIEN VON 1965

"Artikel 1

Der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gewährt dem Innenminister des Kaiserreichs Äthiopien beim Aufund Ausbau der äthiopischen Polizei folgende Unterstützungen unter den in diesem Abkommen festgelegten Bedingungen:

a) Der Bundesminister der Verteidigung liefert dem Innenminister des Kaiserreichs Äthiopien Ausrüstung für den Auf- und Ausbau der äthiopischen Polizei.

b) Der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland wird eine Sachverständigengruppe in das Kaiserreich Äthiopien entsenden, die die Regierung des Kaiserreichs' Äthiopien bei der Ausrüstung der äthiopischen Polizei mit dem von der Bundesrepublik Deutschland gelieferten Gerät unterstützen wird.

c) Der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland wird Personal der äthiopischen Polizei in der Bundesrepublik Deutschland ausbilden."

Diese Militärhilfe der Bundesrepublik Deutschland an Äthiopien beläuft sich auf 30 Millionen DM.

Quelle: U.Albrecht / B.A.Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik, rororo aktuell Bd.1535, Hamburg 1972, S. 128ff

SALVADOR PUIG

Hinrichtung in Spanien

Am Samstag, den 2. März, wurde der 26-jährige Salvador Puig Antich, Mitglied der anarchistischen Organisation MLI (Iberische Befreiungsbewegung), mit dem Würgeeisen in Barcelona hingerichtet.

Am 9. Januar war er vom Kriegsgericht in Barcelona zum Tode verurteilt worden. Er hatte auf die ihn umzingelnden Polizisten der Politischen Polizei, die bereits das Feuer auf ihn eröffnet hatten, zurückgeschossen. Einer von ihnen wurde tödlich getroffen. Unbewiesen ist, ob die tödliche Kugel aus der Waffe Puig Antichs stammt. Alle Gutachten der Verteidigung wurden im Prozeß abgelehnt. Das Todesurteil wurde Anfang Februar vom Obersten Militärgericht bestätigt.

Trotz weltweiter Proteste gegen das Todesurteil – selbst die EG-Kommission richtete ein Gnadengesuch an Franco – trotz nicht abbrechender Demonstrationen und Aktionen in allen Städten Europas und vor allem in Spanien, die die Aufhebung des Todesurteils forderten, entschied der Ministerrat unter dem Vorsitz Francos am Freitag Abend (1. März) die Vollstreckung des Todesurteils. Am selben Samstag wurde ein Pole in Tarragona hingerichtet. Er war wegen Tötung eines Guardia Civil (paramilitärische Landpolizei) zum Tode verurteilt worden.

Ebenfalls am selben Tage wurde ein Guardia Civil, der im Streit seinen vorgesetzten Hauptmann erschossen hatte, zu lebenslänglicher Haft begnadigt.

Die letzte Hinrichtung war 1963. Damals wurde Julian Grimau Mitglied der der Kommunistischen Partei Spaniens, hingerichtet. Arias Navarro, der jetzige Ministerpräsident, war damals Chef der Staatssicherheitspolizei. Seitdem sind viele Menschen, streikende Arbeiter, Demonstranten, von der faschistischen Polizei Spaniens auf offener Straße oder in ihren Wohnungen erschossen worden, wurden politische Gefangene zu Tode gefoltert. Das Blut an den Händen der Machthaber in Spanien ist nie getrocknet.

Die Hinrichtung Puig Antichs ist ein Zeichen dafür, daß das Regime jetzt gegen die Kämpfe des spanischen Volkes noch härter vorzugehen beabsichtigt.

– K.S., Heidelberg –

Bauern demonstrieren in Frankreich

Zwischen dem 15. und 21. Februar kam es in verschiedenen Städten Frankreichs zu großen Demonstrationen der Bauern. Einem Bericht der französischen Tageszeitung Le Monde vom 20.2. zufolge sollen sich insgesamt 100 000 Menschen an den Demonstrationen beteiligt haben. Die Bauern fordern eine wirksame Erhöhung der Erzeugerpreise, besonders für Rindfleisch. Außerdem fordern sie das Verbot für die Einfuhr von Rindfleisch.

Die Forderungen sind an die französische Regierung gestellt und an den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften (EG) in Brüssel, der zur gleichen Zeit über die Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der EG für das Rechnungsjahr 1974/75 beriet. Die französische Regierung trat bei den Verhandlungen für eine allgemeine Erhöhung um 13 % ein, während die Bundesregierung nur 7 % zugestehen wollte. Zu einer Einigung ist es bis jetzt nicht gekommen, vereinbart wurde lediglich, daß Frankreich und auch Italien das Recht haben, bis zum 31. März ihre Grenzen zu schließen für Rindfleisch, das aus Ländern kommt, die nicht der EG angehören. Das sind vor allem Argentinien und Polen. Eine der Bauernforderungen wurde so zumindest vorübergehend erfüllt; außerdem wurde den Bauern eine Erhöhung verschiedener Subventionen und Prämien zugesichert.

WAS EMPÖRT DIE BAUERN?

Auf diese Frage ging ein Bauer in einem Interview ein (Le Monde vom 22.2.). Der Bauer war bei den Demonstrationen in Guingamp dabeigewesen und rechtfertigt die hohe Militanz, die gerade dort die Demonstrationen hatte. Er betrachtet die Eigentumsfrage als den Kern: "Die Traktoren – sie gehören dem Credit agricole (eine besondere Bank für die Landwirtschaft, d.Red.). Die Tiere – sie gehören dem Credit agricole. Wenn ich ein alter, der Tradition verhafteter Bauer wäre, würde ich sagen, daß ich immerhin noch Eigentümer meiner Frau wäre."

Aufstand des Moro-Volks

PHILLIPINEN BRUTALER TERROR DER REGIERUNG

Anfang Februar 1974 haben die von der Regierung Marcos unterdrückten Moslems auf der Sulu-Insel Jolo eine neue Offensive gestartet. Sie überrannten den Flugplatz der Stadt Jolo, eroberten ein in der Nähe liegendes Militärhauptquartier und griffen ein Schulgebäude an, in dem sich die philippinischen Militärs eingenistet hatten.

Die Regierung schlug mit ungeheurer Brutalität zurück. Sie zerstörte die Stadt Jolo bis zu 60 % und vertrieb über 30 000 Menschen aus dem Kampfgebiet, wie Augenzeugen berichtet haben (Süddeutsche Zeitung, 12. und 18. Februar).

Dennoch ist es der Regierung bisher nicht gelungen, den Aufstand niederzuschlagen: Die Kämpfe haben sich ausgebreitet und auf andere Inseln übergegriffen.

Das Volk der Moros bekennt sich zum Islam im Gegensatz zu den Filipinos, die die Hauptinsel bewohnen. Während der spanischen und anschließend der US-amerikanischen Kolonialherrschaft haben sie das Christentum angenommen, die Moros hingegen haben sich ihre Unabhängigkeit und Autonomie bewahrt. Ihr Gebiet wurde von den Kolonialisten niemals erobert. Seitdem nun die Philippinen einen unabhängigen Staat bilden, versuchen die neuen Machthaber ihre Gewalt auch über das von den Moros bewohnte Gebiet zu errichten. Zuerst schickten sie von Manila, der Hauptstadt des Philippinen-Staates, Missionare. Damit hatten sie aber keinen Erfolg. 1968 schließlich verteilte die Regierung in Manila einfach das Land der Moros an Filipinos! Das war der Anfang des bewaffneten Kampfes für die Moros. Einer ultimativen Aufforderung der Regierung Marcos, die Waffen abzuliefern, wiesen sie zurück. Seitdem herrscht Kriegszustand auf den südlichen Inseln der Philippinen. Unter den Moros hat sich eine Befreiungsorganisation gebildet, die "Islamischen Revolutionären Kräfte", die den Truppen des vom US-Imperialismus ausgehaltenen Staatspräsidenten Marcos immer wieder harte Schläge versetzt. Neuerdings sollen auch amerikanische Soldaten mit Vietnam-Erfahrung auf der Seite Marcos eingegriffen haben.

Trotzdem werden weite Landstriche nach wie vor von den "Islamischen Revolutionären Kräften" beherrscht. Außerhalb der Städte sind die Straßen nicht mehr sicher. Die Marcos-Regierung hat mehr als 100 000 Einwohner in "Wehrdörfer" umgesiedelt, weil der größte Teil der Bevölkerung die Befreiungskräfte unterstützt. Immer wieder behauptete Marcos, daß der Aufstand zerschlagen worden sei, und daß sich "die Aufständischen" auf der Flucht befänden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Tatsache, daß jetzt die Kämpfe erneut offen ausgebrochen sind. Der jetzige Aufstand ist ein Zeichen dafür, daß die Herrschaft der amerikanischen Neokolonialisten und ihres Lakaien Marcos auf den Philippinen ins Wanken gerät.

– M.T., Hamburg / Red.

CHILE

Gemeinsamer Aufruf

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN

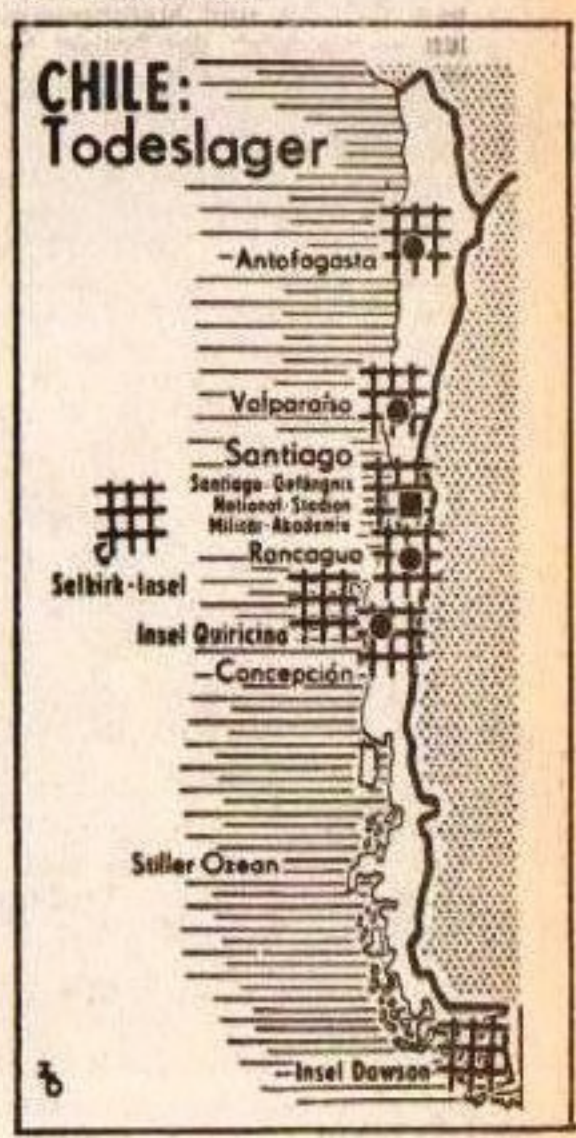
Am 12. Februar 1974 verfaßten die Sozialistische Partei Chiles, die Kommunistische Partei Chiles, die Christliche Linke, Movimiento Izquerda Revolucionario (MIR) und MAPU einen gemeinsamen Aufruf. Unter anderem wird darin auf die Bedeutung der Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen hingewiesen. Es heißt darin:

"Wir rufen neuerlich die internationale öffentliche Meinung dazu auf, die massive Kampagne für das Ende der Unterdrückung, die Achtung der Menschenrechte, die Schließung der Konzentrationslager, die Freiheit aller politischen Gefangenen, und die Aufhebung des inneren Kriegszustandes zu intensivieren.

Wir erbitten insbesondere dringend, sich auf der ganzen Welt sehr für die Forderung der Freiheit für Luis Corvalan, Clodomire Almeyda, Anselmo Sule, Pedro Felipe Ramirez, Bautista van Schouven, Vincente Sota und andere Gefangene auf der Insel Dawson einzusetzen.

Die Insel Dawson ist zu einem richtigen Vernichtungslager geworden. Ihre klimatischen Bedingungen, das Haftund Zwangsarbeitssystem und das Fehlen medizinischer Betreuung, erschwert noch durch die Nähe des arktischen Winters, bedeuten, daß die Junta die in diesem Konzentrationslager festgehaltenen hohen Persönlichkeiten und Volksführer Chiles de facto in einem langsamen, aber sicheren Tod verurteilt hat. Die Welt kann mit der gebotenen Dringlichkeit mobilisiert werden, um ihrer aller Leben und Freiheit zu retten.

Im Namen der Werktätigen und des Volkes von Chile bedanken wir uns für die Solidarität, die uns zuteil geworden ist. Wir sind sicher, daß sie ständig wachsen wird, daß sie in den Volksmassen festen Fuß fassen wird, daß sie sich noch kräftiger in jeder Fabrik, in jeder Schule, in jedem entfalten und so, von jedem Punkt der Erde den Widerstand ermutigen wird, der sich in Chile entwickelt und der mit dem Sieg enden wird, mit dem sich unser Volk die Tore zu einer neuen, wahrhaft demokratischen Gesellschaft öffnet."



Die Insel Dawson, ganz unten auf der Abbildung, dient der Junta als KZ für die besten Kräfte des chilenischen Volkes. Die Nähe zur Antarktis und der jetzt beginnende Winter in diesem Teil der Welt bedeuten brutalste Bedingungen.

Schreibmaschinen für Guinea-Bissau

Heidelberg. Seit 10 Jahren führt das Volk von Guinea-Bissau den bewaffneten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus und den Imperialismus. Die Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC), die führende revolutionäre Kraft von Guinea-Bissau, ruft alle fortschrittlichen und antiimperialistischen Menschen dazu auf, diesen Kampf zu unterstützen und den Aufbau des im Herbst 1973 proklamierten anti-kolonialen und anti-imperialistischen Staates "Republik Guinea Bissau" voranzutreiben. Für den Verwaltungs- und Erziehungs- und Ausbildungssektor werden dringend Schreibmaschinen benötigt.

In folgender Weise kann dieser Aufruf unterstützt werden:

- durch die Einsendung neuer oder gebrauchter mechanischer oder elektrischer Schreibmaschinen an: E.Ferreira, 69 Heidelberg Weberstraße 10
- durch Geldspenden an das Komitee Südliches Afrika Volksbank Heidelberg, KtoNr. 29940
- durch Informationen an das Komitee Südliches Afrika, wo man billige Schreibmaschinen erhalten kann;
- und indem diejenigen, die Schreibmaschinentypen umrüsten können, sich an eine der genannten Adressen wenden.

Kontaktadresse: Komitee Südliches Afrika, 69 Heidelberg, Postfach 2184

Solidarität mit dem gerechten Kampf des Volkes von Guinea-Bissau!

England: Totes Rennen

SCHWINDENDES VERTRAUEN IN DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN

London. Bei den Parlamentswahlen am 28. Februar hat keine der Parteien die absolute Mehrheit erreicht. Der arbeiterfeindlichen Politik des bisherigen Regierungschefs Heath ist eine Abfuhr erteilt worden. Die Konservative Partei hat für ihr geplantes hartes Durchgreifen gegenüber der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften nicht die erhoffte Mehrheit erhalten. Aber auch die Labour Party unter Wilson hat keine Mehrheit erhalten. Denn viele Menschen erinnern sich noch zu gut an die arbeiterfeindliche Politik; die die Labour Party mit Wilson während ihrer letzten Regierungsperiode machte. Und viele haben beobachtet, wie gerade jetzt die Labour Party all ihren Einfluß geltend gemacht hat in den Gewerkschaftsführungen, die Kampfbereitschaft der Arbeiter abzuwiegeln und sie am selbständigen Kampf zu hindern.

So ist das wichtigste Ergebnis der Wahl nicht der Vorsprung der Labour Party vor den Konservativen. Das wichtigste Ergebnis ist der Stimmenverlust beider großen Parteien. So haben in Prozenten ausgedrückt die Konservative Partei rund 8 % und die Labour Party etwa 6 % weniger Stimmen als das letzte Mal erhalten. Das zweite wichtige Ergebnis ist die Zunahme der Wahlbeteiligung um über 6 %. Das zeigt eine zunehmende Politisierung in England. Diese Politisierung hat sich so ausgewirkt, daß viele Menschen die Liberale Partei gewählt haben und in Schottland, Nordirland und Wales nur die in diesen Regionen arbeitenden jeweiligen nationalen Parteien. Die Nordirische, schottische und walisische Partei treten für eine stärkere Vertretung und Berücksichtigung der Interessen ihrer jeweiligen Regionen ein, sie fordern z. B. eigene Landtage in Wales und Schottland, und überhaupt eine größere Unabhängigkeit von der Zentralregierung in London.

Die Tatsache, daß diese regionalen Parteien und die Liberale Partei verstärkt gewählt wurden, ist das dritte wichtige Ergebnis. Keineswegs sind sie besser als die beiden großen bürgerlichen Parteien und keineswegs sind sie in der Lage, die derzeitige Krise zu beseitigen. Das erwartet auch niemand in England von ihnen. Vielmehr wurden sie aus Trotz, aus Ablehnung der beiden großen bürgerlichen Parteien gewählt. Bei einer Meinungsumfrage während des Wahlkampfes lautete die Frage, welcher Partei man mehr vertraue. Darauf antworteten die meisten der Befragten, daß sie keiner Partei vertrauten! Die Wahlen haben also für die großen bürgerlichen Parteien einen starken Verlust an Vertrauen bei den Menschen gebracht bei gleichzeitiger steigender Wahlbeteiligung. Das ist eine günstige Entwicklung, zeigt sie doch, daß die Menschen in Großbritannien die Diskussion führen über die Politik, die in ihrem Land gemacht wird. Freilich bedeutet der Vertrauensverlust, den die beiden großen bürgerlichen Parteien erlitten haben, nicht eine vollständige Abkehr der Menschen von diesen Parteien. Auch bedeutet das nicht schon eine Abkehr vom bürgerlichen Parlament und dem bürgerlich-parlamentarischen System. Die Parteien, die gewählt wurden, wenn auch aus Trotz und Opposition, sind bürgerliche Parteien, Parteien, die wenn sie an die Macht kommen, die Regierungsmacht im Interesse des Kapitals und der Kapitalistenklasse ausüben werden und nicht im Interesse des Volkes. Das Ergebnis aber drückt eine Tendenz aus zu der Bereitschaft größerer Teile des Volkes, sich aus der Rivalität der beiden großen bürgerlichen Parteien zu lösen. Diesen Loslösungsprozeß zur politischen Selbständigkeit zu führen, ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten in Großbritannien.

D.T.

Sozialimperialisten rüsten gegen VR China

DIE SOWJETUNION BEHAUPTET, DIE VOLKSREPUBLIK CHINA WOLLE EIN GEBIET DER SOWJETUNION VON 1,5 MILLIONEN QKM BESETZEN.

In der westdeutschen und anderen westlichen Presse häufen sich die Meldungen, nach denen die Imperialisten der UdSSR einen Überraschungskrieg gegen die Volksrepublik China noch in diesem Jahr vom Zaun brechen wollen. Der "Spiegel" und der "Stern" widmeten den sowjetischen Aggressionsgelüsten Titelgeschichten und Leitartikel.
Die Sowjetunion behauptet, die Volksrepublik China wolle ein Gebiet der Sowjetunion von 1,5 Millionen Quadratkilometern besetzen. Die Sowjetunion müsse deswegen gegen China rüsten. Worum geht es?

Nach dem Opiumkrieg, den die westeuropäischen Staaten gegen China führten, nutzte der russische Zar die militärischen Besetzungen der britischen und französischen Kolonialisten in China, um durch Drohungen und militärischen Druck den chinesischen Kaiser zu ungleichen Verträgen zu zwingen, die dem Zaren 1858 600 000 und im Vertrag von Peking 1860 weitere 400 000 Quadratkilometer einbrachten.

Engels stellte fest, daß Rußland mit diesen Verträgen "China eines Gebietes, so groß wie Frankreich und Deutschland zusammengenommen, und eines Stromes von der Länge der Donau beraubt". (Marx/Engels, Werke Bd.12, S.622)
Die von Lenin geführte Sowjetregierung annullierte in den Deklarationen vom 25.7.1919 und 27.9.1920 alle früheren Abmachungen und "erklärte alle Verträge, die von den früheren Regierungen Rußlands mit China geschlossen wurden, für außer Kraft gesetzt. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle eroberten Gebiete des chinesischen Territoriums ... und gibt China unentgeltlich und für immer alles zurück, was ihm von der zaristischen Regierung und russischen Bourgeoisie räuberisch entrissen wurde." (Zitiert nach Kuntze, Peking contra Moskau, München 1971, Seite 173, siehe auch "Spiegel" 28/1969)

Am 31.5.1924 wurde zwischen der inzwischen von Stalin geführten Sowjetregierung und China ein Abkommen getroffen. Die Sozialimperialisten lügen dreist in einer Note vom 29.3.1969: "In diesem Abkommen wurden die russisch-chinesischen Verträge, die die Staatsgrenze festlegten, weder zu ungleichen noch zu Geheimverträgen gezählt. Von ihrer Aufhebung oder Überprüfung war keine Rede." (Kuntze, S.138) In Artikel III heißt es jedoch: "Auf einer von beiden Seiten zu vereinbarenden Konferenz sollen alle Konventionen, Verträge, Abkommen, Protokolle, Kontrakte usw., die zwischen der Regierung von China und der zaristischen Regierung abgeschlossen wurden, **anulliert** und durch **neue** Verträge, Abkommen usw. auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit wie auch **im Geist der Deklaration der Sowjetregierung von 1919 und 1920** ersetzt werden." (ebenda)
Die Umsetzung dieses Vertrages wurde jedoch durch den in China ausbrechenden Bürgerkrieg verhindert.
– Soweit die historischen Tatsachen und die Lügen der Sozialimperialisten.



Die Aufnahme zeigt die Grenzwachen und Bewohner um einen sowjetischen Tank versammelt, den sie unschädlich gemacht haben.

DIE ÜBERFÄLLE DER SOZIALIMPERIALISTEN AUF CHINESISCHES GEBIET

In den Grenzflüssen liegen mehrere hundert Inseln. In den alten Verträgen blieb die Frage der Inseln unerwähnt. Die Volksrepublik China hielt sich daher an das international geltende Völkerrecht, nach dem in solchen Fällen die Mitte der Hauptfahrrinne die Grenze bildet.
Ungestört lebten dort die chinesischen Fischer und Bauern. Das änderte sich mit Beginn der 60er Jahre, nachdem die Chruschtschow-Clique die Diktatur des Proletariats in eine faschistische Diktatur der Bourgeoisie verwandelt hatte.
Russische Soldaten griffen Fischer an und drangen schließlich bewaffnet in chinesisches Gebiet mit Panzerwagen ein und eröffneten das Feuer auf chinesische Grenzsoldaten.
Am 2. und 15. März 1969 überfielen die Sozialimperialisten die chinesische Ussuri-Insel Dschen Bao. Seitdem sind die Überfälle keineswegs abgeklungen.

WAS IST DIE CHINESISCHE HALTUNG ZU DIESEM KONFLIKT?

Die Sozialimperialisten sprachen von einem chinesischen Überfall, aber ihren Märchen schenkte kaum jemand Glauben.
Am 24.5.1969 legte die Volksrepublik China ihre Haltung zur Grenzfrage noch einmal dar. In dieser Erklärung besteht die Volksrepublik China darauf, daß die Verträge von 1858 und 1860 als ungleich anerkannt werden müssen.
"Aber aus der Erwägung
- daß der zaristisch-russische Imperialismus China zur Unterzeichnung der Verträge zwang, als das chinesische wie das russische Volk rechtlos waren ...,
- daß daher das sowjetische Volk keine Verantwortung dafür trägt,
- daß breite Massen der sowjetischen Werktätigen lange Zeit in diesen Gebieten angesiedelt sind,

ist die chinesische Regierung, vom Wunsch der Aufrechterhaltung der Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und der Sowjetunion geleitet, noch immer bereit, diese ungleichen Verträge als Grundlage der Bestimmungen des ganzen Grenzverlaufs zwischen beiden Ländern zu nehmen sowie für die Beilegung aller die Grenze betreffenden Fragen."

Diese vernünftigen Vorschläge wurden von den Sozialimperialisten abgelehnt. Weiterhin behaupteten sie, daß China 1,5 Millionen Quadratkilometer besetzen wollte.
In China wurden alle offiziellen russischen Erklärungen veröffentlicht, trotz Aufforderung wurden dagegen die chinesischen Erklärungen im Interesse der Kriegsvorbereitungen gegen die Volksrepublik China in der Sowjetunion nicht veröffentlicht. In der Sowjetunion wurden stattdessen mit der angeblichen Gefahr des chinesischen Überfalls die Verdoppelung und Verdreifachung der Truppen an der chinesischen Grenze begründet. Hand in Hand ging damit die Hetze gegen die "gelbe Gefahr".
Die Sozialimperialisten kennzeichneten die Chinesen als Untermenschen, halbe Tiere, als Verrückte, die dem Oberhexenmeister Mao Tsetung nachlaufen: Die sowjetische Illustrierte Ogonjok schrieb 1969: "Die rasenden kannibalistischen (!) nationalistischen Ideen Maos haben Millionen Chinesen verhext (!). Laßt China zugrunde gehen, laßt Millionen Menschen anderer Nationalität hinschlachten, damit die verrückten Ideen des chinesischen Führers triumphieren." (zitiert nach "Spiegel" 14/69)
Der russische Dichter Jewtuschenko hetzt: "Bei den neuen Batu Khanen schaukeln Bomben in den Köchern" ("Spiegel" Nr. 6/70 – Batu Khan war der Enkel des Mongolen-Führers Dschingis Khan im Mittelalter). Bereits 1964 versuchte Chrustschows Schwiegersohn Adschubej ein Bündnis mit den BRD-Imperialisten zu erreichen. Die UdSSR sei das "Bollwerk Europas" gegen die "gelbe Gefahr", gegen die "Tataren", die sich anschickten, Europa zu überfluten. Der russische Dichter Wosnessenski spricht offen-rassistisch von "Dschingis-Untermenschen", die sich anschicken, Europa zu überfallen, und nur die "ewige Wachsamkeit" der Sozialimperialisten würde die Leute "mit den vorstehenden Backenknochen" daran hindern, in Paris "die Gobelins des Louvre vollzupissen" (zitiert nach "Stern" 9/74). Seit Jahren bereits wird den Völkern der Sowjetunion dergleichen faschistische Ideologie eingehämmert.

DIE POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN KRIEGSVORBEREITUNGEN DER SOZIALIMPERIALISTEN

Die faschistische, rassistische Hetze der Sozialimperialisten dient zu nichts anderem als zur Vorbereitung eines Überfalls auf die Volksrepublik China. Ihr Auge haben sie dabei besonders auf Sinkiang (wo die chinesischen Atomforschungszentren stehen), die Innere Mongolei und vor allem die hochindustrialisierte ehemalige Mandschurei geworfen. Man beläßt es nicht bei einigen hundert Inseln.

Die Kommunistische Partei Chinas ist den Sozialimperialisten schließlich vor allem deshalb ein Dorn im Auge, weil sie den Marxismus-Leninismus nicht verraten hat, an ihm festhält, sich immer mehr Kommunisten, Organisationen und Parteien in aller Welt vom Revisionismus abwenden und sich dem Vorschlag der Kommunistischen Partei Chinas zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung anschließen. Während die Völker der Welt angesichts der Verhältnisse in der Sowjetunion vom Ekel gepackt werden, erweist sich das sozialistische Lager, insbesondere die Volksrepublik China, als lebendiger Beweis der Verwirklichung umfassender Demokratie und der raschen wirtschaftlichen Entwicklung im Sozialismus.
Das Beispiel der Kommunistischen Partei Chinas und der Volksrepublik China untergräbt den konterrevolutionären Einfluß der Sozialimperialisten in aller Welt gerade in den letzten Jahren immer stärker. Deshalb spannt er alle Kräfte an, um dieses Beispiel aus der Welt zu schaffen.

Die chinesischen Volksmassen sind durchweg bewaffnet und im Volkskrieg wohlgeübt. Deshalb sehen die Sozialimperialisten ihre Chance vor allem im Einsatz hochtechnisierter Waffen. Dabei drohen sie auch mit Atomwaffen und behaupten, China wolle den Atomkrieg. Den Völkern der Sowjetunion wird verschwiegen, daß die chinesische Regierung anläßlich der Zündung der ersten Testbombe erklärt hat, niemals und unter keinen Umständen als erste Atomwaffen zu gebrauchen. Der Aufforderung an die anderen Atommächte, eine gleiche Erklärung abzugeben, sind aber weder die Sozialimperialisten noch die westlichen Imperialisten nachgekommen. Wie sollten sie auch?
Bereits 1968 erklärte Oberst Rybkin in der Zeitschrift "Kommunist in den Streitkräften": Es sei der "Atomkrieg ein vertretbares Kampfmittel der sozialistischen Länder für gerechte politische Ziele" (zitiert nach "Spiegel" Nr. 14/69). Seit dem Einmarsch in die CSSR wissen die Völker der Welt, was "gerechte politische Ziele" für die Sozialimperialisten heißt.
In den letzten Jahren wurde vor allem die Zahl der unterirdischen Depots für Atomsprengköpfe an der Grenze auf 19 erhöht. Über 70 Luftbasen wurden in Grenznähe installiert. Diesen umfassenden Aufmarsch gegen die Volksrepublik China charakterisierte die britische Militärzeitschrift "Army Quarterly" in der Februar-Ausgabe dieses Jahres als "einwandfrei offensiv" (zitiert nach "Stern" Nr. 9/74).

Eine Rechtfertigung für einen Überfall haben sich die Sozialimperialisten schon mit der faschistischen Breschnew-Doktrin geschaffen. Mit der Doktrin der "begrenzten Souveränität" sozialistischer Länder wurde schon der Überfall auf die CSSR begründet. Wie 1968 erklärte jetzt die Prawda: "Die Ereignisse in China sind nicht nur eine innere Angelegenheit dieses Landes."
Die westliche Presse spekuliert nun, daß die Sowjetunion noch in diesem Jahr ihren Überfall ausführen müsse, damit sie der umfassenden Sicherung Chinas durch den weiteren Ausbau der Atomwaffen zuvorkommen kann.
Die chinesischen Genossen sehen das Schwergewicht der Aktivitäten der Sozialimperialisten im Versuch, sich in Europa an die Stelle des US-Imperialismus zu setzen und sich im Mittelmeerraum auszubreiten.
Zum anderen aber sind die chinesischen Genossen spätestens seit 1968 (CSSR) gewarnt und kalkulieren einen Überraschungsangriff ein. Deshalb verstärkten die Volksmassen Chinas in den letzten Jahren auch ihre Verteidigungsvorbereitungen und setzen die Weisung Mao Tsetungs von 1969 in die Tat um: "Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten." Das chinesische Volk ist vorbereitet. Die Verteidigung der Grenze wurde organisatorisch gestrafft und verstärkt. Unter allen chinesischen Städten wurden wahre Labyrinthe von Tunnels gebaut. Die zynische Reaktion der Sozialimperialisten verrät ihre Hoffnungen und Absichten: "Es ist allgemein bekannt, daß solche Tunnels keinen irgendwie effektiven Schutz bieten." (Sowjetskaja Rossija, zitiert nach "Spiegel" 7/74).

Die Volksrepublik China erklärt: "Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden, wer uns angreift, hat aber unbedingt mit unserem Gegenangriff zu rechnen."
Hunderte von Millionen im Volkskrieg geübter freiheitsliebender chinesischer Menschen werden die sozialimperialistischen Truppen über die Grenze zurückjagen. S.,Bremen/Red

Besuch in Albanien

BRIEF UND BERICHT EINES BREMER GENOSSEN

Werte Genossen!
Seit langem verfolge ich aufmerksam die Entwicklung zunächst des Zirkelblocks und später dann des KBW; zeitweise habe ich mit dem KBW nahestehenden Organisationen zusammengearbeitet. Ich glaube, auf diesem Weg bietet sich endlich die Möglichkeit, aus dem Gruppengezänk und Parteigeheul der verschiedenen kommunistischen und pseudokommunistischen Organisationen – das ich selbst aktiv mitmachte und daher recht gut kenne – herauszukommen und konkret in Praxis und Theorie den Aufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands voranzutreiben. Mit großer Spannung lese ich alle vierzehn Tage die KVZ, und heute habe ich mich besonders über den Artikel zur Kriminalität in der Volksrepublik China gefreut. Vor allem deshalb, weil dabei eigene Erinnerungen an meinen Besuch im sozialistischen Albanien geweckt wurden.

Vor ca. eineinhalb Jahren hatte ich die Möglichkeit, dieses Land zu besuchen und den Aufbau des Sozialismus dort mit eigenen Augen zu beobachten. Ich war zwar vorbereitet gewesen, aber trotzdem überwältigten mich die Empfindungen und Eindrücke. Bücher können Erfahrungen schildern, sie aber niemals ersetzen. Mein eigenes Erleben bewies mir einmal mehr, wie richtig – und vor allem: wie notwendig – unser Weg ist; denn ohne Revolution unter Führung der Arbeiterklasse mit ihrer konsequenten marxistisch-leninistischen Partei wären die ungeheuren ökonomischen und sozialen Erfolge des kleinen Albanien niemals möglich gewesen.

Um den Bezug zum China-Artikel herzustellen: Auch wir wurden einige Male mit dem "Problem" der Kriminalität in einem sozialistischen Land konfrontiert. Zwei Ereignisse waren dabei herausragend: Über unseren Dolmetscher lernten wir einen Richter in Durres (einer mittelgroßen Hafenstadt Albaniens) kennen, dessen einzige Tätigkeit darin bestand, Jugendliche zu "verurteilen", die im Übermut irgendwo Scheiben eingeworfen oder ähnlichen Unsinn getrieben hatten. Ja, früher, als die Vendetta, die Blutrache, noch sehr verbreitet war, da gab es wohl auch einige größere Fälle, über die er urteilen mußte – aber jetzt? Bald wird er arbeitslos sein! Falls es doch einmal zu Konflikten kommt, werden diese möglichst ohne Einschalten eines Gerichts auf die humanste Art und Weise gelöst. Den folgenden Vorfall haben wir selbst direkt miterlebt: Am Strand kamen zwei ältere Jugendliche aus einem nichtigen Anlaß in Streit und begannen bald, sich zu prügeln. Ein Polizist, der zufällig in der Nähe war, versuchte mit einigen anderen Leuten, die Streithähne auseinander zu bringen. Als eine Lösung aber trotzdem nicht in Aussicht zu sein schien, lud er die beiden einfach zu einem Glas Bier in die nächste Kneipe ein. Dort diskutierten alle den Fall, klärten die Ursachen des Streites und versöhnten sich schnell wieder miteinander. Damit war dann die Angelegenheit erledigt, es gab kein Protokoll, keine Vernehmung – nichts dergleichen.
Es ist klar, daß bei dieser Praxis sich die Kriminalität garnicht erst zu dem entwickeln kann, was sie in kapitalistischen Ländern ist. Ihre eigentlichen Ursachen – durch Unterdrückung aufgestauter Haß, ungleiche Besitzverhältnisse, Neid etc. – sind zusammen mit ihrer ökonomischen Basis, dem Privateigentum, ausgerottet; trotzdem auftretende Konflikte werden "bei einem Glas Bier" beigelegt – das ist sozialistische Justiz. Hier bewahrheitet sich konkret der Satz vom "Absterben des Staates" nach der Revolution.

IM PIONIERLAGER "QUEMAL STOFFA"

Sozialistische Kinder in Albanien

Tosender Beifall empfängt uns im Pionierlager "Quemal Staffa" – Hunderte von jungen Albanern bereiten uns einen überwältigenden Empfang. Wir – das sind junge Kommunisten aus der Bundesrepublik Deutschland, die in dieses kleine Land am Mittelmeer kamen, um sich mit eigenen Augen vom Aufbau des Sozialismus zu überzeugen. Wir waren auf viele Überraschungen gefaßt – doch die Wirklichkeit übertraf selbst unsere kühnsten Erwartungen. Diese Jugendlichen zeigten uns, was es heißt, in einem sozialistischen Land zu leben, welche Freude es macht, im Vertrauen auf die eigene Kraft eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen – aber auch, wieviel Mühe und Arbeit das kostet. Sie bewiesen uns die tausendfache Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Hier sahen wir im Keim den neuen Menschen, der in der Lage sein wird, endgültig den Kommunismus aufzubauen.

Erziehung ist Klassenkampf. Diejenigen, die die Macht haben, bestimmen ihre Formen und Ziele. Im Kapitalismus dient sie der Bourgeoisie, einer kleinen Minderheit, die die Jugend für ihre Zwecke einspannen will. Widerstandslos sollen die jungen Menschen Ausbeutung und Unterdrückung ertragen – dafür werden sie von einer aufgeblasenen Pop-Industrie verdummt und von der Wahrnehmung ihrer Interessen abgehalten. Im Sozialismus dagegen dient die Erziehung der großen Mehrheit des Volkes, sie ist ausgerichtet auf die Zukunft, auf den Aufbau des Kommunismus. Mit ihrer Hilfe soll die Gesellschaft geschaffen werden, in der alle Menschen ohne Unterdrückung frei ihr Leben bestimmen können.

DIE NEUE MORAL

Schon Karl Marx erkannte vor über 100 Jahren, daß nur die Arbeiterklasse die wirklich revolutionäre Kraft ist,, die die Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung sprengen kann. "Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten – aber sie haben eine Welt zu gewinnen!" ... Dieser Satz des "Kommunistischen Manifests" hat noch immer uneingeschränkte Gültigkeit.
Deshalb muß die Bedeutung der Arbeiterklasse auch in der sozialistischen Erziehung ihren Niederschlag finden. Vor allem Lenin forderte immer wieder die Erziehung zu einer neuen Moral, zu neuen sittlichen Anschauungen und Überzeugungen auf dieser Basis: "Wir sagen, daß unsere Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet ist ... Wir sagen: Sittlich ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft und dem Zusammenschluß aller Werktätigen um das Proletariat dient, das eine neue, die kommunistische Gesellschaft aufbaut." (Lenin, Werke Bd.31, S.281 und 283)

So früh wie möglich werden die albanischen Kinder in diesem Geist erzogen. Selbst im Kindergarten ist die Geschichte der albanischen Arbeiterklasse und ihrer Partei ständiger Bestandteil des Unterrichtes: An einer Wand des Kindergartens "1. Juni" in Durres hängt eine große Tafel mit Bildern und Grafiken aus der Geschichte der Partei und des Partisanenkampfes; es gibt viele Kinderbücher, die in einfachen Bildern die Entwicklung des Klassenkampfes in Albanien darstellen, und die Erzieherinnen lesen oft kurze Episoden vom Kampf der Partisanen vor. Dadurch erfahren die Kinder in lebendiger Weise von der heldenhaften Geschichte ihres Volkes und von den großartigen Taten der kommunistischen Partei im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzungsmächte. Von den älteren Jugendlichen werden viele Veranstaltungen durchgeführt, in denen alte Kommunisten von ihren Erfahrungen berichten. Diese Erzählungen setzen die Jugendlichen dann selbständig in kleine Theaterstücke oder Sketche um, die sehr oft gleichnishafte Lehren für die Gegenwart enthalten. Der Erfolg ist die Festigung des Vertrauens aller Schichten der Bevölkerung in die Kraft der Arbeiterklasse.

Halt! – Das ist doch Manipulation, "politische Indoktrination" schon der Kleinsten!, ... werden da unsere bürgerlichen Pädagogen angesichts der albanischen Praxis rufen. Wir Kommunisten antworten ihnen darauf: Was versteht ihr denn unter "Manipulation"? Erziehung ist bewußtes Leiten und Führen junger Menschen in Richtung auf ein bestimmtes Ziel, und dieses Ziel ist es in erster Linie, was die sozialistische von der kapitalistischen Erziehung unterscheidet. Die Kommunisten wollen keine unterdrückten, geduckten Menschen, geistig verkrüppelt und ohne eigene Initiative und Phantasie, Menschen, die nur ihr eigenes Ich kennen und zu Solidarität und Klassenbewußtsein nicht fähig sind. Diese Menschen können den Kommunismus niemals aufbauen. Die Revolution braucht offene, klassenbewußte Kämpfer, Menschen, die die Realität erkennen und diese aktiv umgestalten wollen. Dieses Ziel hat die sozialistische Pädagogik. Wer hier von Manipulation redet, meint nicht eine gegen ihre Interessen gerichtete Beeinflussung der Menschen – der zeigt nur seine Angst vor eben diesen Revolutionären, die sich selbst befreien und ihm dann seine bürgerlichen Privilegien nehmen werden, die er mit Händen und Füßen verteidigt.

DER ALBANISCHE KINDERGARTEN

Die staatlichen Erziehungsinstitutionen sind so organisiert, daß sie die Bedürfnisse von Eltern und Kindern in stärkstem Maße berücksichtigen. Jedes albanische Kind kann ohne Wartezeit einen Kindergartenplatz bekommen; zur Zeit (die Zahlenangaben stammen aus dem Jahr 1972) besuchen etwa 85 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergarten. Die übrigen leben zu Hause bei den Großeltern oder bei anderen Verwandten, die nicht arbeiten. Geöffnet sind die Kindergärten nach der Arbeitszeit der Eltern: Im Sommer von 6.00 Uhr bis spätestens 18.00 Uhr und im Winter von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr. In diesen Fällen bekommen die Kinder natürlich auch kostenloses Essen. Außerdem gibt es halbtags geöffnete Kindergärten (bis 14.00 Uhr oder 15.00 Uhr). Die Kosten richten sich nach dem Pro-Kopf-Einkommen der Familie; der niedrigste Betrag ist 40 Lek, der höchste 100 Lek im Monat (ein Facharbeiter verdient etwa 800 bis 900 Lek).

Obwohl den Eltern durch diese Maßnahmen die Erziehung ihrer Kinder von Partei und Staat fast ganz abgenommen wird, können sie doch durch die verschiedensten Möglichkeiten direkten Einfluß darauf nehmen. Das allgemeine Erziehungsprogramm wird nicht von weltfremden Bürokraten in ihren Ministersesseln festgelegt, sondern es entsteht in der ständigen Diskussion mit Eltern, Ärzten, Pädagogen und – wie man uns versicherte – sogar Kindern. Für jeden Jahrgang, der neu in einem Kindergarten aufgenommen wird, bildet sich ein Kollektiv aus allen Eltern, das dann während der gesamten Kindergartenzeit bestehen bleibt und mindestens einmal pro Monat zusammentritt. Diese Zusammenkünfte sind keine "geselligen Runden" wie die Elternabende bei uns, sondern hier wird hart und erregt über pädagogische Probleme gestritten und über die weitere Arbeit des Kindergartens entschieden. Außerdem finden dabei umfangreiche pädagogische Schulungen statt, die den Eltern mehr und bessere Kenntnisse zur Erziehung ihrer Kinder vermitteln. Das ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung wirklicher Chancengleichheit.

DAS KOLLEKTIV

Eine der Voraussetzungen dafür ist das Kollektiv: Der Einzelne beschränkt sich nicht mehr auf sich selbst, sondern öffnet sich den anderen Menschen und lernt dadurch, Schwierigkeiten gemeinsam mit ihnen zu lösen. Einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust – dieser Grundsatz durchdringt das gesamte öffentliche Leben Albaniens. Die Schaffung neuer solidarischer Beziehungen zwischen den Menschen wird zu einer der wichtigsten Forderungen sozialistischer Pädagogik. Das Ziel ist, mit den Worten Enver Hoxhas, "das Privateigentum materiell und theoretisch auch in seinen Grundmauern zu zerstören." (Rede vor dem Plenum des ZK, 15. Juni 1967) Konkret heißt das, die ganze idealistische Philosophie des "Ich", die noch tief verwurzelt in den Menschen steckt, vollständig und endgültig auszurotten und durch die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus zu ersetzen. An die Stelle des bürgerlichen Individualismus tritt kollektives Fühlen, Denken und Handeln.

Wie das in der Praxis aussieht, zeigten uns die Kinder in Durres: Sie werden von einem großen Kollektiv im Geiste der Solidarität und Freundschaft erzogen, alle Probleme und Schwierigkeiten werden gemeinsam angegangen und gelöst, das Kollektiv ist Angelpunkt jeglicher Erziehung. Niemals wird zum Beispiel ein Lied nur von dem Kind gelernt, das es später vortragen soll – immer lernen alle Kinder zusammen und helfen sich gegenseitig bei der Überwindung von Schwierigkeiten. Es ist völlig unmöglich, daß ein Spielzeug nur einem Jungen oder Mädchen gehört – immer ist das gesamte Kollektiv dafür verantwortlich, ebenso wie für die Erledigung bestimmter Pflichten. Versucht ein Kind, irgendwie auszubrechen, und entwickelt es im Kollektiv schädliche individualistische Tendenzen (will es vielleicht ein Spielzeug nur für sich allein behalten), versuchen die anderen Kinder zunächst, ihm seinen Fehler bewußt zu machen und dadurch zu einer Änderung zu kommen. Zeigt das aber keinerlei Erfolg, wird dieses Kind von den anderen bestraft, die den Fall diskutieren und dann eine Entscheidung treffen. So ist es in dem von uns besuchten Kindergarten schon vorgekommen, daß ein Kind vom gemeinsamen Kinobesuch ausgeschlossen wurde. Wohlgemerkt: Diese Entscheidung wurde allein von den Kindern und nicht von irgendeiner Erzieherin gefällt!

DIE PROLETARISCHE DISZIPLIN

Grundlage der neuen Beziehungen unter den Menschen ist die bewußte Disziplin, die aus der Zusammengehörigkeit im Kampf um den Sozialismus erwächst. Sie besteht in der bewußten und freiwilligen Unterordnung der Interessen des Einzelnen unter die Interessen der Gesamtheit des Proletariats und garantiert Einheit und Geschlossenheit des Handelns. Ohne diese bewußte Disziplin ist kollektives Handeln niemals möglich.
"An die Stelle des alten Drills, der in der bürgerlichen Gesellschaft entgegen dem Willen der Mehrheit üblich war, setzen wir die bewußte Disziplin der Arbeiter und Bauern, die mit dem Haß auf die alte Gesellschaft die Entschlossenheit, Fähigkeit und Bereitschaft zum Zusammenschluß, zur Organisation der Kräfte für diesen Kampf verbindet, um aus dem Willen von Millionen und aber Millionen vereinzelter, zersplitterter, über das ganze riesige Land verstreuter Menschen einen einheitlichen Willen zu schmieden; denn ohne diesen Zusammenschluß, ohne diese bewußte Disziplin der Arbeiter und Bauern ist unsere Sache aussichtslos." (Lenin, Werke Bd. 31, S.278)

Das ist der Unterschied: Nicht blinder Gehorsam wird verlangt, sondern Nachdenken, Nachprüfen und freiwilliges Unterwerfen unter die Konsequenzen der gewonnenen Erkenntnis. Uns wurde die praktische Bedeutung, der Inhalt dieses Grundsatzes eigentlich erst durch den Gesamteindruck klar, durch die Zusammenfassung aller einzelnen Erkenntnisse, die wir von den albanischen Jugendlichen gewinnen konnten. Wie ist es möglich, daß ein Lager, in dem 1 300 Jugendliche ihre Ferien verbringen, mit nur ca. 40 Erwachsenen, die die pädagogische Leitung und die technische Organisation in den Händen haben, existieren kann? Bei uns würde das unweigerlich in ein Chaos führen – hier zeigt sich die Wirkung der Erziehung zur bewußten Disziplin.

DIE EINSTELLUNG ZUR ARBEIT

Mit der bewußten Disziplin vereinigt sich die neue Einstellung zur Arbeit, die die Menschen befähigt, friedliche Heldentaten beim Aufbau der kommunistischen Zukunft zu vollbringen. Im Kapitalismus haben die Menschen keine Beziehung mehr zu ihrer Arbeit. Sie verkaufen ihre Kraft an einen Kapitalisten, der damit seine Maschinen in Bewegung hält. Die Werkzeuge gehören nicht mehr den Arbeitern, ebensowenig wie das fertige Produkt – sie sind nicht mehr Herr über sich selbst. Die Arbeit tritt ihnen als etwas Fremdes gegenüber, nicht als notwendiges Element, als erstes Bedürfnis ihres Lebens, sondern als Job zum Geldverdienen. Dieses Verhältnis bestimmt das Denken der Menschen. Es führt dazu, daß die einzelnen Tätigkeiten nicht nach ihrem Nutzen für die Allgemeinheit bewertet werden, sondern daß das Geld der alleinige Maßstab ist: Die dicke Lohntüte gilt mehr als die dünne. Das sind alles Anschauungen und Theorien, die durch eine Änderung der ökonomischen Basis nicht sofort beseitigt werden können. Gegen sie muß ein umfassender ideologischer Kampf geführt werden; denn Menschen mit dieser kapitalistischen Einstellung zur Arbeit werden niemals in der Lage sein, den Sozialismus aufzubauen, der ja ungeheure Anstrengungen von jedem Einzelnen erfordert. Deshalb ist man schon früh darauf ausgerichtet, die Kinder zu einer positiven Arbeitshaltung zu erziehen, einer Arbeitshaltung, die direkt dem Charakter der Arbeit im Sozialismus entspricht: Sie bereichert nicht mehr nur einzelne Großgrundbesitzer und Kapitalisten, sondern dient allen Arbeitern und Bauern. Diese sind jetzt die Herren des Landes, der Fabriken, der Bodenschätze und arbeiten im eigenen Interesse, für sich, für ein besseres, kulturvolleres und reicheres Leben.
Die Arbeit im Kindergarten selbst wird so organisiert, daß sie allen Kindern den größtmöglichen Spaß macht. Sie gehen mit Freude an die Erledigung ihrer Aufgaben, Bettenmachen und Aufräumen wird zum Spiel. Die Kinder besuchen Fabriken und Werkstätten in der Umgebung, wobei sie anschaulich erleben können, wo und unter welchen Bedingungen ihre Eltern arbeiten; später wird dann das Erlebte nachgespielt. Waren sie bei einem Tischler, wird hinterher eine kleine Werkstatt aufgebaut, und die Kinder lernen die Tätigkeiten praktisch kennen, indem sie selbst mal einen Tisch oder einen Stuhl bauen. Das Ziel dieser Erziehung ist einerseits, den Kindern die Notwendigkeit der verschiedenen Arbeiten klar zu machen (indem sie zum Beispiel über die Bedeutung des elektrischen Stromes sprechen und im Zusammenhang damit elektrifizierte Dörfer malen) und sie damit zu einer positiven Haltung diesen Tätigkeiten gegenüber zu erziehen. Niemand soll von einem Schuster schlechter als von einem Ingenieur denken. Andererseits soll den Kindern die Fähigkeit vermittelt werden, jede Arbeit ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen gemäß rationell zu organisieren (indem man darüber spricht – und es ausprobiert – wie irgendwelche Arbeiten möglichst zeitsparend durchgeführt werden können). Jetzt empfinden die Kinder eine zusätzliche Arbeit nicht mehr als Zwang, sondern im Gegenteil als Ansporn zu noch größeren Anstrengungen: man bestraft jemanden dadurch, daß man ihn eine bestimmte Arbeit nicht machen läßt!

Nur mit dieser Einstellung zur Arbeit werden die Menschen in der Lage sein, die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen, weiterzuentwickeln und endlich den Kommunismus aufzubauen. Damit weisen diese Kinder den Weg in eine Zukunft, in der Arbeit nicht mehr als "notwendiges Übel", sondern als absolut lebenswichtiges Element des Daseins betrachtet wird, eine Zukunft, deren oberstes Gebot nicht Profit und Leistungsstreben, sondern der Mensch mit all seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten ist. Unsere Erlebnisse beim Besuch des Kindergartens "1. Juni" und des Pionierlagers "Quemal Staffa" haben bewiesen, wie sehr die sozialistische Erziehung der Erziehung im Kapitalismus überlegen ist, sie haben uns eine Generation gezeigt, die Albanien in eine neue, grandiose Zukunft führen wird.

Vorwärts in der Solidarität mit dem kambodschanischen Volk! Für den Sieg der revolutionären Volksmacht!

Nach weniger als 4-jährigem Kampf haben die Volksbefreiungskräfte fast ganz Kambodscha befreit und Phnom Penh eingeschlossen. Das kambodschanische Volk ist entschlossen, alles daranzusetzen, um noch in diesem Jahr, d. h. in den kommenden Monaten durch die Befreiung Phnom Penhs und die Vernichtung der letzten Bastion des US-Imperialismus und seiner Handlanger die Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens in Unabhängigkeit und Freiheit zu legen.
Umgekehrt sind die US-Imperialisten entschlossen, Kambodschas Befreiung unter allen Umständen zu verhindern. Sie würde ihre Situation in ganz Indochina und Südostasien vollends aussichtslos machen. So wurde der US-Wehretat für Kambodscha 1974 gegenüber 1973 verdoppelt. Für den Fall der Befreiung Phnom Penhs drohen sie mit einem Massaker durch ihre Luftwaffe, ähnlich dem von Hanoi und Haiphong im Dezember 1972.

Für die internationale Solidarität kommt es darauf an, die öffentliche Meinung in den imperialistischen Monopolen dagegen zu mobilisieren und die sofortige und vollständige Einstellung der US-Aggression und Unterstützung der US-Marionetten durchzusetzen und den Abzug des US-Terrorapparates zu fordern.

Zur Initiierung einer breiten Mobilisierung der öffentlichen Meinung für die Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes findet vom 17.-23. März in der ganzen Welt eine Kambodscha-Informationswoche statt. Nachfolgend drucken wir ein Informationsgespräch (Gedächtnisprotokoll) vom Februar 1974 mit einem Mitglied der Nationalen Befreiungsfront (FUNK) ab:



In den befreiten Gebieten, die durch die Bombenangriffe der US-Truppen verwüstet wurden, geht der Aufbau voran.

Rechnen Sie mit der endgültigen Eroberung Phnom *Penhs während der diesjährigen Trockenzeit, die noch ca. 3 Monate dauert?*
Spätestens seit 1972 war klar, daß das Ziel der Nixon-Doktrin, die Khmerisierung des Krieges (Kambodschaner – auch Khmer genannt, Kambodschaner abschlachten zu lassen, d.Red.) fehlgeschlagen war. Seit dieser Zeit befinden sich die Volksbefreiungskräfte unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Die Initiative im Kampf befindet sich vollständig auf unserer Seite, die Truppen der Marionetten werden immer mehr zurückgedrängt. Wir unternehmen alle Anstrengungen, den endgültigen Sieg zu erreichen. Aber wegen der besonderen Bedingungen des Kampfes können wir das genaue Datum des Sieges nicht vorhersagen. Denn unser Kampf ist ein nationaler Befreiungskampf, ein Krieg des ganzen Volkes gegen fremdländische Aggression.
Wir werden Phnom Penh nicht von außen im Sturm erobern, sondern wir werden die Marionetten mit Unterstützung der Volksmassen von Phnom Penh hinwegfegen.

Wie groß ist die Zahl der südvietnamesischen, thailändischen und taiwanesischen Söldner und welche Rolle spielen sie in der Marionettenarmee?
Im Rahmen der Khmerisierung des Kampfes gingen die USA daran, ihre Truppen durch Söldner zu ersetzen. Dabei spielen besonders kambodschanische Minderheiten in Südvietnam eine Rolle.
Dies zeigt noch einmal den Charakter des Krieges als Krieg des ganzen Volkes gegen Imperialismus und Neokolonialismus, also gegen fremde Eindringlinge. Doch alles geschieht immer noch unter der Anleitung der Amerikaner. Noch immer sind tausende US-Militärberater im Land und an den Kämpfen um Kompong Chàm

Amerikaner. Noch immer sind tausende US-Militärberater im Land und an den Kämpfen um Kompong Chàm

hat sich auch nach dem August 1973 die amerikanische Luftwaffe beteiligt, wenn auch inoffiziell.

In der bürgerlichen Presse wird stets versucht, die Bevölkerung als passiv zwischen zwei Fronten darzustellen. Wieweit beteiligt sie sich am Kampf?
Die Situation in Phnom Penh hat sich in den letzten Monaten geändert. Es ist nicht richtig, von isolierten, vereinzelten oder spontanen Aktionen zu reden. Vielmehr gibt es trotz der ungeheuren Repression der Marionetten fortwährend Streiks der Arbeiter, Demonstrationen besonders der Schüler und Studenten und großen Widerstand der gesamten Bevölkerung gegen die Zwangsmilitarisierung.
Die FUNK hat seit einiger Zeit sogar eine Sektion in Phnom Penh selbst und organisiert alle diese Bewegungen und versieht sie mit der richtigen Stoßrichtung. Jedoch hat die bewußte Bewegung der Volksmassen noch nicht das Stadium erreicht, wo die FUNK sie in den Aufstand führen könnte.

Die Kämpfe in Phnom Penh sind also noch nicht allumfassend. Die Zeitspanne, bis das Bewußtsein der Volksmassen diese Stufe erreicht, kann sehr kurz sein, es kann aber auch noch länger dauern. Das Bewußtsein und die Unterstützung der Volksmassen ist die wichtigste Bedingung für den Sieg, denn unser Kampf ist, wie schon gesagt, ein Krieg des ganzen Volkes.

Die Raketenangriffe der Befreiungsarmee und der Artilleriebeschuß werden derzeit in der Presse dazu benutzt, eine Hetze über angeblichen 'kommunistischen Terror gegen die Zivilbevölkerung' zu entfachen.
Wie sieht die Lage in Phnom Penh in Wirklichkeit aus?
Natürlich ist es die Absicht der bürgerlichen Presse, Falschmeldungen im Dienste des US–Imperialismus über die Bombardierungen und den Beschuß Phnom Penhs zu verbreiten. Die Wahrheit ist, daß die Volksbefreiungskräfte niemals Wohnviertel bombardiert haben, sondern immer nur strategische Ziele wie den Präsidentenpalast, Ministerien und Polizeistationen. Darüberhinaus haben wir die Bevölkerung immer wieder aufgefordert, die strategisch wichtigen Ziele zu meiden. Denn natürlich ist es unser wichtigstes Ziel, Schaden an der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Wir organisieren sogar die Evakuierung der Bevölkerung aus Phnom Penh in die befreiten Gebiete.
Die Lon Nol Clique erpreßt die Volksmassen und zwingt sie zu kämpfen und für ihre Interessen und die des US–Imperialismus als Kanonenfutter zu dienen. Deswegen ist es

kämpfen und für ihre Interessen und die des US–Imperialismus als Kanonenfutter zu dienen. Deswegen ist es

auch ganz klar, daß unter solchen Bedingungen Opfer unter der Zivilbevölkerung nicht unvermeidbar sind. Doch müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß die Ziele des Kampfes des kambodschanischen Volkes gerecht sind, und daß es die Aggression des US-Imperialismus ist, die der Befreiung und der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des kambodschanischen Volkes entgegensteht. Sofort mit der Beendigung der US-Aggression werden auch alle Kampfhandlungen und alle Leiden des kambodschanischen Volkes aufhören.
Ist es richtig, daß viele Menschen, so wie es in der bürgerlichen Berichterstattung dargestellt wird, aus den Kampfgebieten nach Phnom Penh fliehen?
Auch hier ist klar, daß die bürgerliche Berichterstattung die Wirklichkeit verfälscht. Die Wahrheit ist die: Jede Woche gehn tausende Familien in die befreiten Gebiete zurück, sogar Funktionäre des Marionetten–Regimes.
Vor der Einstellung der Bombardierungen der US–Luftwaffe im August 72 gab es eine große Flüchtlingsbewegung von den befreiten Gebieten in die Hauptstadt. Die Bombadierungen durch die B–52 hatten ja gerade das Ziel, die Bevölkerung aus den befreiten Gebieten nach Phnom Penh zu treiben. Aber inzwischen ist die Bewegung umgekehrt. Das hängt vor allem auch damit zusammen, daß das Leben in den befreiten Gebieten in nichts mit dem Leben in Phnom Penh vergleichbar ist. Es gibt keinen Hunger, die Preise sind gleich geblieben, es gibt keine Unterdrückung und jeder kann sich an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens beteiligen.

Wie sieht es mit dem Aufbau der befreiten Gebiete aus?
Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die Zerstörung des Landes und seiner natürlichen Reichtü-

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die Zerstörung des Landes und seiner natürlichen Reichtü-



Fortwährend finden in Phnom Penh Streiks und Demonstrationen gegen die Lon-Nol- Clique statt.

mer fast das Ausmaß der Zerstörung Südvietnams erreicht hat, denn nach Abschluß des Waffenstillstandabkommens vom Januar 73 haben sich alle Bombardierungen der USA auf Kambodscha konzentriert. Wir haben große Erfolge in der landwirtschaftlichen Produktion. Wir handeln nach dem Prinzip "Auf die eigene Kraft vertrauen" und versorgen inzwischen nicht nur alle unsere befreiten Gebiete mit Reis, sondern können Reis sogar in die Gebiete der Provisorischen Revolutionsregierung in Vietnam exportieren. Reis ist unser Grundnahrungsmittel, deswegen spielt der Reisanbau die größte Rolle: wir ernten jetzt dreimal im Jahr, im Gegensatz zu früher, wo jährlich nur eine Ernte möglich war. Der Preis für Reis in den befreiten Gebieten ist gleich geblieben, während er sich in Phnom Penh vervielfacht hat. Das gleiche gilt für Fleisch und Fisch. Auch ist es uns gelungen, mehrere Reisarten anzubauen und außerdem Gemüsearten, die bisher in Kambodscha unbekannt geblieben waren.
Bedeutet die Anerkennung der GRUNK durch die Sowjetunion eine Änderung ihrer bisherigen Politik der Unterstützung der Lon–Nol–Clique?
Wir wissen nichts über konkrete Hilfe der Sowjetunion an die Lon–Nol–Clique. Wir wollen auch nicht die Politik der Sowjetunion kritisieren. Andererseits bedeutet die Anerkennung der GRUNK durch die Sowjetunion einen großen Erfolg, denn er trägt zur zunehmenden Isolierung des US-Imperialismus bei.
Was China angeht, so muß man die große politische und diplomatische Unterstützung Chinas für unseren Kampf hervorheben. Was aber die militärische Hilfe betrifft, befindet sich Kambodscha in einer besonderen Situation, denn der größte Teil der Waffen, mit denen unsere Volksbefreiungskräfte kämpfen, sind erbeute-

tuation, denn der größte Teil der Waffen, mit denen unsere Volksbefreiungskräfte kämpfen, sind erbeute-

te amerikanische Waffen.

Die USA hat ihre Militärausgaben für den Krieg in Kambodscha gegenüber 1973 fast verdoppelt. Glauben Sie, daß bei weiterer Zuspitzung die Bombardierungen auch offiziell wieder aufgenommen werden?
Natürlich muß man mit einer erneuten Verschärfung der amerikanischen Aggression rechnen, in der einen oder anderen Form. Wir können auch die Wiederaufnahme der Bombardierungen durch die US–Luftwaffe nicht ausschließen. Denn das kambodschanische Volk wird sein Ziel, das Marionettenregime endgültig zu vertreiben, niemals aufgeben und niemals mit den Marionetten verhandeln.
Doch in dieser Frage spielt die öffentliche Meinung aller Völker der Welt und die internationale Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes die größte Rolle. Wir verweisen dazu auf die Resolution der Solidaritätskonferenz von Paris.

Indochina-Komitee, Heidelberg

SPENDENKONTO KAMBODSCHA

SPENDENKONTO KAMBODSCHA
437 50 92 Bezirkssparkasse Heidelberg

Sammlungsverbot

ANGRIFF AUF DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Eine Sammlung des Heidelberger Indochina-Komitees für den Kampf des vietnamesischen Volkes wurde am 14. Februar vom Regierungspräsidium Karlsruhe verboten. Damit soll die Solidarisierung der westdeutschen Bevölkerung mit dem gerechten Kampf der vom Imperialismus unterjochten Völker illegalisiert werden.
Die Begründung lautet:
"In Anbetracht der anhaltenden bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wäre die Unterstützung von Gewaltakten oder sonstiger kriegerischer Handlungen mit im Bereich der BRD gesammelten Geldspenden nicht zu vereinbaren mit dem Grundgesetz und mit dem von der Bundesregierung praktizierten Gedanken der Völkerverständigung. Da ein solches Vorhaben eine Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD darstellen würde, ist die in dem Genehmigungsbescheid des Bürgermeisteramtes Heidelberg vom 26.11.73 erteilte Auflage zu Recht erfolgt." (Karlsruhe, 14.2.74)
Dieser Bescheid strotzt von Zynismus. Ist es doch die Bundesregierung selbst, die durch die massive Unterstützung des faschistischen Thieu-Regimes den Gedanken der Völkerverständigung mit Füßen tritt. Es ist die Bundesregierung, die die fortgesetzten verbrecherischen Angriffe der USA, die beständige Einmischung über die Aufrüstung und Dollars an die Marionettenregimes in Indochina unterstützt und zur Verhinderung der Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens beiträgt. Der Krieg der unterdrückten Völker ist kein Terror und auch kein Bürgerkrieg, sondern das einzige Mittel für sie, dem Militär- und Polizeiterror ihrer Peiniger und Blutsauger Einhalt zu gebieten.
Die Maßnahme des Regierungspräsidiums Karlsruhe zielt darauf ab, die imperialistische Außenpolitik der Bundesregierung nach innen abzusichern und die Solidarität der westdeutschen Bevölkerung mit dem gerechten Kampf der unterdrückten Völker gegen die imperialistische Aggression zu illegalisieren.
Die Maßnahme des Regierungspräsidiums Karlsruhe zielt darauf ab, die imperialistische Außenpolitik der Bundesregierung nach innen abzusichern.
Das Indochina-Komitee Heidelberg wird sich durch derartige Schikanen und Unterdrückungsversuche nicht abhalten lassen, weiterhin die materielle und politische Solidarität mit dem gerechten Kampf der Völker Indochinas zu propagieren und zu organisieren. So wird es eine entsprechende Sammlung im März für das kambodschanische Volk durchführen.
Vorwärts in der Solidarität mit dem Kampf der Völker Indochinas, vorwärts in der Solidarität mit dem kambodschanischen Volk!